

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,20 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,20 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Verordng. Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Verammlungs-Kärtchen 20 Pf. Infrate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Erstverleger: Ant. J. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 16. Mai 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Ein Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Ein Akt brutaler Unternehmung. Willkür ist die Ausprägung der 450 Stahlmacher in Lauterberg am Harz. In der dortigen Signdel-Industrie wurden seit Jahren die Löhne derart herabgesetzt, daß der Wochen-Durchschnitts-Verdienst der männlichen Arbeiter bei 60- und mehrstündiger Arbeitszeit die Höhe von 9 Mark kaum erreichte! Wiederholt hatten die Arbeiter sich zur Abwehr weiteren Lohnendrucks aufgerafft und auch vorübergehend günstigen Erfolg erzielt. Die Unternehmer wußten nun durch Versprechung von Lohnaufbesserung die Arbeiter zu überreden, aus dem Zähler- beziehentlich Holzarbeiter-Verband auszutreten, sodas die Zahlstelle, welche im Jahre 1890 mit 250 Mitgliedern bestand, ganz einging. Statt nun die Lage der Arbeiter zu erleichtern, wurde sie immer mehr verschlechtert. Nicht nur, daß die Löhne auf das denkbar niedrigste Niveau herabgedrückt wurden, die Arbeiter mußten auch noch das Kleinmaterial von den Unternehmern kaufen und bis zu 100 pCt. theurer bezahlen als die Waaren in derselben Qualität beim Händler erhältlich sind.

Im Jahre 1893 wurde eine Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes errichtet, welche bis auf 158 Mitglieder anstieg, dann aber, infolge erneuter Versprechungen der Unternehmer, dem Eingehen nahe kam, so daß am Schlusse vorigen Jahres nur noch 18 Mitglieder zu verzeichnen waren.

Dieser schlechte Stand der Organisation ermutigte die Unternehmer zu einem neuen Vorstoß, indem verschiedene derselben in diesem Jahre weitere Lohnkürzungen vornehmen wollten. Nun aber gingen den Arbeitern die Augen auf, sie verlangten die alten Preise und Abgabe des Kleinmaterials zum Selbstkostenpreis.

Gerade gegen die letztere Forderung stemmten sich die Unternehmer am meisten. Den Arbeitern aber gelang es in kurzer Zeit, ihre Forderungen durchzusetzen. Sie sahen endlich ein, daß es nur bei vereinter Kraft möglich ist, weitere Verminderung ihrer Lage abzuwehren, und so schlossen sie sich der Organisation an, so daß die Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes für Lauterberg und Umgebung gegenwärtig 460 Mitglieder zählt und eine Zahlstelle des Metallarbeiter-Verbandes im Werden begriffen ist.

Infolge dieses Anwachsens der Organisation fühlten die Unternehmer ihre selbstherrliche Stellung bedroht und ihre Wuth richtete sich nun gegen die Organisation. Sie legten den Arbeitern ein Schriftstück vor, von welchem sich schwer sagen läßt, ob die in ihm dokumentierte Umfassung oder Gefeseduntentnis größer ist. Das Schriftstück lautet wörtlich:

Wir, die Unterzeichneten, schließen hierdurch unter uns zur Abwehr gegen die von den Arbeitern unserer Fabriken geplanten Bestrebungen, unsere Interessen zu schädigen, den friedlichen Fortgang unserer Fabrikation zu hindern und die Ordnung und Ruhe zu stören, folgenden nach jeder Richtung hin rechtsgültigen Vertrag, dessen Spitze besonders gegen diejenigen Arbeiter gerichtet sein soll, welche dem sogenannten Fachverein oder irgend einer anderen derartigen Vereinigung angehören:

1. Bei Ausbruch eines durch Veranlassung eines Verbandes angeregten Streiks in irgend einem Betriebe der Unterzeichneten, verpflichten sich die übrigen Kontrahenten, alle diejenigen Arbeiter ihrer Betriebe sofort oder nach erfolgter Kündigung zu entlassen, welche jenem Verbands angehören.

2. Es wird allgemein folgender Passus in die Fabrikordnung sämtlicher Betriebe aufgenommen:

Arbeiter, welche einer politischen oder sozialen Vereinigung, ohne Vorwissen des Arbeitgebers, angehören, deren ausgesprochener Zweck dahin geht, zwischen Arbeitgeber und Arbeitern Unfrieden welcher Art zu schüren, können sofort, d. h. ohne vorherige Kündigung entlassen werden.

Sollte aus diesem Grunde mindestens die Hälfte der in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter entlassen werden, so erlischt damit auch die Pflicht des Arbeitgebers bezüglich Einhaltung einer Kündigungsfrist den übrigen Arbeitern gegenüber, das heißt ein sofortiger Schluß der Fabrik kann vorgenommen werden.

3. Die Anzeige zur Aufnahme dieser Bestimmung in die Fabrikordnung ist, um sie rechtskräftig zu machen, sofort von den Unterzeichneten einzeln bei der zuständigen Behörde einzureichen. Der Zufall ist den Arbeitern selbst sofort durch Anschlag bekannt zu geben.

4. Alle in einem Zustand eingetretenen Arbeiter können nur gegen Vorzeigung einer von der Ortsbehörde beglaubigten Aussage, daß sie dem Verband, auf dessen Veranlassung der Streik hervorgerufen wurde, nicht mehr angehören, wieder eingestellt werden, in einem anderen Betrieb, als dem, welchen sie verlassen, überhaupt erst nach Verlauf von sechs Monaten nach Beilegung des Streiks.

5. Arbeiter, welche aus den in sub 1 genannten Gründen entlassen werden, sollen von uns als streikende Arbeiter betrachtet werden und beziehen sich auf diese die in sub 4 getroffenen Bestimmungen.

6. In jedem Betriebe können, von heute an gerechnet, Arbeiter nur dann neu eingestellt werden, wenn sie einem Fachverein irgend welcher Art nicht angehören, auch sich schriftlich verpflichten, daß sie, so lange sie in einem der beteiligten Betriebe arbeiten, einem solchen nicht beitreten wollen.

7. Bei Ausbruch eines Streiks verpflichten sich die Fabrikanten, weder mit sogenannten Volksversammlungen noch mit fremden Unterhändlern konferieren zu wollen, sondern alle Verhandlungen sind zwischen einem Ausschuss der Fabrikanten einerseits und einem Ausschuss von solchen Arbeitern andererseits zu führen, die bis zum Ausbruch des Streiks in den in Frage kommenden Betrieben beschäftigt waren.

8. Frauen oder Angehörige von Streikenden oder aus den in sub 1 angeführten Gründen Entlassenen sollen während der Dauer des Streiks in keinem Betriebe beschäftigt werden.

9. Sonstige Modalitäten bezüglich Wiedereinstellung der an einem Streik beteiligten Arbeiter sollen gemeinsam von den Unterzeichneten festgestellt werden und sich wesentlich nach dem Umfange und den normalen Gründen für den Streik richten.

10. Jeder Unterzeichnete ist verpflichtet, erst allein auf gutlichem Wege zu versuchen, einen bei ihm ausgebrochenen Streik beizulegen, ehe er die Gesamtheit der Unterzeichneten zu Zwangsmaßnahmen auffordert.

11. Tritt die Gesamtheit durch Befolgung dieser Abmachung in die Bewegung ein, so können die Modalitäten der Beilegung nur durch absolute Einstimmigkeit festgelegt werden.

12. Die Unterzeichneten verpflichten sich in jedem Kontrventionsfalle gegen die in sub 1-11 getroffenen Vereinbarungen eine Konventionalsstrafe von 3000 Mk. (dreitausend Mark)

zu zahlen, zahlbar vier Wochen nach erfolgter Aburtheilung. Strafgebühren fallen dem Klararist zu Lauterberg zu.

13. In einem Kontrventionsfalle ist jeder einzelne berechtigt, gerichtlich den Strafantrag zu stellen oder einzuleiten.

14. Rechtsfragen können nur durch das Amtsgericht zu Herzberg a. Harz erledigt werden.

15. Dieser Kontrakt tritt mit dem 1. Mai 1896 in Kraft und ist gültig bis zum 1. Oktober 1897. Sollte eine Verlängerung desselben nicht erwünscht sein, so sind entsprechende Wünsche bis spätestens vier Wochen vor Ablauf dieses Kontrakts einer schriftlich einzuberufenden Versammlung zu unterbreiten. Andernfalls hat er für ein weiteres Jahr ohne weiteres Gültigkeit.

16. Dieser Kontrakt ist in zehnfacher Ausführung ausgefertigt, gestempelt und vollzogen, zwei derselben befinden sich als Hauptexemplare im Gewahrsam der Ortsbehörden zu Lauterberg und Barbis.

So geschehen zu Lauterberg, Barbis, Oberfeld bei Barbis, 1. Mai 1896. gez. Gust. Ranneke, Gallenhoff u. Feidler, F. G. Gallenhoff, A. G. Sillegeit, G. Jahn, Mojahn u. Meyer, Brunn u. Weiß, Oberfelder Stuhlfabrik von Fechner u. Kaltwasser.

Extra angehängt war in den Fabriken folgender Satz: „Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß folgender Zusatz in der Fabrikordnung von heute an in letzterer aufgenommen ist, die Bestimmungen desselben treten am 21. d. M. in Kraft.“

(Folgt Punkt 1 und 2.) Außerdem stand an der Tafel angeschrieben: „Wer sich mit den Bestimmungen der sub 1-11 einverstanden erklärt, soll Donnerstag, den 7. Mai, bis abends 8 Uhr im Kontoir unterschreiben und sich sofort aus dem Verband abmelden. Nichterklärung gilt als Kündigung.“

Die Arbeiter, gewohnt durch die früheren Erfahrungen, unterschrieben nicht, worauf die Aussperrung in Szene gesetzt wurde.

Das ist der offenkundige Versuch, jede Bemühung der Arbeiter, das spärliche Koalitionsrecht auszuüben, rücksichtslos im Keime zu ersticken. In der Zeit, wo ein Mann wie Stumm eine tonangebende Rolle spielen kann, ist es freilich ganz natürlich, daß das Unternehmertum selbst den tollsten Herrschaftsgelüsten freien Raum läßt. Auch daß die Ortsbehörden von Lauterberg und Barbis durch die Aufbebung der „Hauptexemplare“ des Urases in dieser Sache verwickelt werden, ist bei dem Gang des Fabrikantenringes, Befehle zu misshandeln, nicht wunderbar.

Mögen aber die Unternehmer und ihre Verbündeten thun was sie wollen, wenn die Arbeiterschaft einig ist, können sie nichts anrichten. Was den Stahlmachern in Lauterberg a. H. geschah, kann morgen einer beliebigen anderen Arbeiterkategorie gleichfalls widerfahren. Dadurch ist die gemeinsame Unterstützung der Lauterberger Stahlmacher für die gesammte deutsche Arbeiterschaft von selbst gegeben.

Das wichtigste ist vorläufig, den Zugang nach Lauterberg fernzuhalten.

Deutsche Arbeiter, agitirt nach dieser Richtung hin überall, wo ihr mit Holzarbeitern zusammenkommt, und laßt mit dieser Agitation nicht eher nach, bis die Arbeiterpresse melden kann, daß das Attentat des Lauterberger Fabrikantenringes auf das Koalitionsrecht der Arbeiter mißglückt ist!

Tene.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Nicolaus Krauß.

Vor fünfundsiebzig Jahren, oder ist's schon noch länger her, wie sein Weib im ersten Kindbett g'legen ist, hat er d' Arbeit allein net schaffen können. Er hat müssen an Knecht hab'n. Aber der hat net viel Kosten dürfen. So hat er sich ein' ausdienten Soldaten g'nommen, der stücker fünfzehn Jahr drunten in Italien g'wesen ist. Der hat Seph g'heissen, war a egerländer Kind, laufen hat er können wie a Bürstenbinder, aber d' Arbeit hat er, wie alle ausdienten Soldaten, auch net erfinden g'habt. So hat er sie a beim Flauger net gar z'viel z'reißen wollen. Beim Bauer war's umkehrt. Dem war's am liebsten g'wesen, der Knecht war gar net schlafen gangen. Aber mein Seph hat sich auskannt. Wenn der Bauer mit dabei war, hat er g'arbeitet, sonst net.

Im Winter ist der Flauger schon ganz zeitlich dreschen gangen. Und, daß er was g'feh'n hat, hat er d' Vater mitg'nommen. Mein lieber Seph hätt' sich gern noch auf die andre Seit'n g'legt, aber er hat aus'm warmen Bett auffa müssen. Sell hat ihn g'wurmt und g'ärgert. Lang hat er simulirt und überlegt, was er denn anstellen sollt', daß das zeitliche Aufsteh'n aufhören thät. Auf einmal is ihm was eing'fallen.

Am anderen Tag hat er net g'wart't, bis der Bauer „Aufsteh'n!“ g'schrien hat, sondern is noch vorm Flauger in d' Scheuer nüber g'schlupft. Der Flauger wart't, aber wer net kommt, dös is mein lieber Seph. Da fängt der Bauer zum Fluchen und Schimpfen an, wie a Kür. Und ganz allein mollt er zum Dreschen anrichten. In d' Höh hat er den Drischel gebracht, dann hat's

ihm auf einmal einen Riß geben, und die Drischel war weg. 'u Flauger hat die Angst kriegt, sein Fluchen ist ihm eing'fallen, da is er auf die Knie g'sunken und hat zum Scheunthor hinausg'schrien:

„Seph, bleib liegen in Gottsnoma, da Teufel hat ma d' Drischel g'fonga!“

Von der Stunde an war's mit dem zeitigen Dreschen aus. Wie der Seph wieder abjogen ist vom Flauger-Hof, hat er die ganze G'schicht verrathen. Er ist auf die Wallen, die über die Tenne gehen und „Dohnabäume“ heißen, g'stiegen g'weht, und wie der Bauer aufzogen hat, hat er mit beiden Händen runter g'langt und die Drischel auf eins, zwei hinausg'rissen.

So, und dös is die G'schicht vom Flauger-Bauer, dem Teufel und der Drischel. Der Seph ist lang schon g'storben.

Beim Abendessen betrachtete sich Tene ihren Dienstherrn genauer. Sie fand nichts Lächerliches an ihm. Zwar sprang die Nase etwas scharf und lantig aus dem Gesicht, aber das von tiefen Furchen zerrissene Antlitz machte mit seinen, beim Ranen besonders stark hervortretenden Kiefern einen energischen selbstbewußten Eindruck. Die weit abstehenden gewölbten Schultern und die ungeschlachten, von einer Poruhaut überglasten Finger zeigten, daß der Mann bei der Arbeit ausgewachsen, bei ihr groß und alt geworden.

Am Montag war in Eger Getreidemarkt. Der Bauer spannte seine beiden Ochsen vor den geschneerten Dungwagen, warf den in der vorigen Woche gedroschenen Roggen hinauf und fuhr nach der Stadt. Es war schon später Nachmittag, als sein Gefährt wieder durchs Postthor rasselte.

„Fix Lau-lau-lau-lau-lau—u don!“

Die am Hostenfer stehende Bäuerin schlug die Hände über den Kopf zusammen.

„Jefas, Moidl! Der Bauer hat a Halbe z' viel . . . Lauf, Tene, lauf, u geh' ihm ja recht z' Händen!“

Und Tene lief und sprang, spannte die Ochsen aus, nahm ihnen die schweren „Stirnblätter“ und die Stränge ab, trieb sie in den Stall, schüttete ihnen ihr Futter auf und schob den Wagen in die Schupse. Als sie in die Stube kam, sah der Bauer auf einem Stuhl am Tische, die Füße hatte er weit von einander gespreizt, die Hände in den Hosentaschen, und die schwere Flügelmühle sah ihm ganz im Nacken. Er machte ein Gesicht, als hätte er zum Großthäen und Aufschneiden eingenommen.

„Na Weiber!“ hab er an. „Was guh is denn mi so an, wie d' Rah an Kaiser? . . . Wist's was Neun's . . . Da Flauger-Loni — halt aus! — Der Herr Anton Flauger is da erste Bäd in da ganz'n Weanafladt. A Stadtkrac, der neulich z' Wean drinna war, hat mir's im Wirtshaus erzählet . . . Ja, sagt er, hat er g'sagt, u wenn nu lang dauert, wird er nu Bürgermeister a . . . Und wist's, wer der Herr Flauger is? . . . Was, da spitt's halt auf Weichsel? . . . Au Flauger z' Mählesen Jan Bon ist er. U da Flauger, dös bin ich. Fix London, u a mal.“

Er riß die rechte Hand aus der Tasche und schlug einen Haufen Silber- und Kupfermünzen auf den Tisch. „Auftrag'n, Wirtshaus! Wir zahlen schon! . . . Ja sua . . . Na ja . . . Aber Margbeth, 's Geschäft hat sie g'macht . . . Die ganz' Taschen ho i voller Geld, un in der Schreibtasel is a no mehr, u d' Steuer ho i zahlt, und da is Dein' Schmier, Margbeth, die i Dir mitbracht hab' . . . Bin i neat a rechte Strahlerl! . . . Ja, u a paar Halbe Bier hab i trunken und a paar Bratwürstla hab i gessen . . .“

Politische Uebersicht.

Berlin, 15. Mai.

Im Reichstage ging es heute bei der dritten Lesung des Zuckersteuergesetzes noch einmal heiß her. Genosse Schippel übte eine treffende Kritik an dem Gesetze, insbesondere prüfte er die Behauptung, daß die Konjumenten bisher sehr gut gefahren waren und deshalb jetzt eine stärkere Besteuerung des Zuckers ertragen könnten. Das Sinken des Zuckerpreises sei kein Verdienst der Fabrikanten, die wahrlich bisher den Gewinn gehabt hätten, auf den innerhalb unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Kapitalisten Anspruch hätten; am wenigsten sei es gerecht, die Konjumenten, die schon bisher die Steuer trugen, zur Strafe für die durch die industrielle Entwicklung ermöglichte Preislenkung künftig noch höher zu besteuern. Die Thatsache, daß die zu unterstützenden Interessenten im Hause mitstimmten, ja den Ausschlag gaben, stellte er die andere gegenüber, daß die Empfänger einer Armenunterstützung nicht einmal zum Reichstage wählen dürfen. Die Rede war sehr wirksam, freilich nur auf die schon überzeugten Gegner des Gesetzes im Hause und auf die Wähler drapen. Nicht auf die Mehrheit, die den Warner nicht anhörete, sondern ihn durch laute Unterhaltung zu übertönen suchte. Ebenjowenig hörte sie den Abg. Barth an, der das mit allen protektionistischen Fehlern behaftete Gesetz drastisch mit jenen Abbildungen eines Pferdes verglich, das sämtliche Pferdekrankheiten anweist. Aus der Rede des nationalliberalen Schulze-Henne ist nur erwähnenswert das Zugeständniß, daß die Zahl der Interessenten im Hause größer sei, als angenommen werde. Im Himmelsprung wurde darauf die Betriebssteuer mit 143 gegen 121 Stimmen angenommen; zur Minderheit gehörten die bayrischen Zentrumsmitglieder und der Abg. Mareour (ebenfalls Zentrum); die elbsächsische Abgeordneten — mit Ausnahme der beiden sozialdemokratischen — fehlten sämtlich, diese Herren empfanden nur die speziellen Schmerzen der Elsäffer. Für den Ausschluß der neugegründeten Fabriken von der Kontingentierung ergab sich eine noch größere Mehrheit. Ramentlich abgestimmt wurde beim Artikel II über den Antrag Meyer-Danzig, die Konsum-Verbrauchssteuer nur von 18 auf 20, statt auf 24 M. pro 100 Kilo zu erhöhen. Die Linke stimmte natürlich für den geringeren Satz, der mit 154 gegen 119 Stimmen Annahme fand. So kommt denn der Fiskus schlechter weg als die Fabrikanten. Die Gesamt-Abstimmung über das Gesetz fand, da sich kein Widerspruch dagegen erhob, sofort statt. Resultat: 144 Ja, 124 Nein. So hat denn der Wähler die Bescheerung.

Nächste Sitzung: Montag. Tagesordnung: erste Lesung der Militärvorlage.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm am Freitag zunächst den Gesetzentwurf betr. die Gewährung von Umzugskosten an Regierungsbauern in dritter Beratung nach unerheblicher Debatte an, ebenso ohne Debatte den Nachtragsetat. Bei den sodann zur Erörterung stehenden Petitionen von Eisenbahn-Subalternbeamten um Gehaltsaufbesserung entspann sich eine längere Debatte über den Vorschlag des Abg. Dr. Arendt (N.), die Mittel für die Gehaltsaufbesserung der mittleren und kleineren Beamten durch Konversion der 4proz. Staatspapiere anzubringen. Die Petition wurde schließlich entgegen dem Antrage der Budgetkommission auf Uebergang zur Tagesordnung der Regierung als Material überwiesen: Montag: Antrag Wallbrecht betr. Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker.

Die letzte Ehrung, die Jean Volbers zu theil wurde, bewies wie tief die belgische Arbeiterklasse den schweren Verlust fühlt, den Volbers' Tod für sie bedeutet. Ein Leichenbegängniß, wie es Belgien noch nie gesehen hat, ward Volbers zu theil. Aus allen Ecken des Landes strömten die Arbeiter herbei, um ihrem hochgeachteten aber auch innig geliebten Führer das letzte Geleit zu geben. Aber auch viele Bürger folgten im Zuge, in dem 150 Fahnen gezählt wurden. Die niedrigste und zu Gesicht gekommene Schätzung schätzt die Leidtragenden auf 60 000. Zahllos waren die Kränze, unter denen sich auch die von der deutschen Partei und von Berliner Parteigenossen gewidmeten befanden. Gedenkreiden hielten Gregoire Sévry namens der belgischen Partei, L. Bertrand für die Redaktion des „Peuple“, Camille Standaert namens der Genossenschaft Volks-

Sig Vaudon, der Durst! ... Moidl! ... Lene! ... Wo steckt D' denn? Olei kommt her!

Der Bauer begann in dem auf dem Tische liegenden Geld herumzuklauben und zu zählen.

Eine ... zwei Maas ... drei Maas Bier ... Lene, nimm den großen Krug und spring ins Wirthshaus näher ... Aber gut's läßt Dir geben! ...

Die Lene holte den Krug und hielt die Hand hin.

Drei Maas ... drei Maas? ... Simulirte der Bauer weiter. Drei Maas? ... Du, Margbeth, is dös net a weng viel? ... Was? ... Net neinredn, hab i g'sagt.

Drei Maas? ... Zwei thäten's auch ... Macht netto vierundzwanzig Kreuzer ... Na ja ... Dös wär schon bald a Pfündl Fleisch ... Moidl, nimm's kloin Krügl, i trink nur an Maas.

Lene hing den großen blechernen Krug wieder in die „Geschirrbank“ und nahm einen kleinen thönernen vom Pfod.

Eine Maas Bier ... Lagerbier! ... Sm! Ja! Eigentlich, wenn ich's recht überleg, köunt' i heut' schon g'nug truntn hab'n ... U, wenn d' Maus g'nug hat, schmeckt's Mehl bitter ... Stimmt! ... U morgen is wieder a Werktag ... Ei was! ... I trink a mal Milch ...

Mit einem Ruck stand der Plauger auf den Füßen und streifte das Geld mit der einen Hand in die andere. Dazu sang er mit größtender Stimme den Kinderreim:

D' Duabl hat g'sagt, d' Duabl hat g'sagt, D' Buchedern san gont; Klaut sie z'samm, klaut sie z'samm, Gina in mein Daut!

Die Lene mußte so lachen, daß ihr die Thränen in die Augen traten, und sie der Schlucken stieß. Auch die gleichmüthige Bäuerin hielt sich die Seiten. Dann schlang sie ihre Arme von rückwärts um ihren Mann und gab ihm auf die linke, vom Dorfbarbier zerschundene Wange einen kräftigen Schmah. Der Bauer riß vor Erstaunen die Augen auf, so weit er konnte: So was war ihm seit Jahren nicht mehr vorgekommen. Fast verlegen rieb er sich mit dem Knie die Wade. Auf einmal that er wieder einen Jauchzer:

Sig Bau-lau-lau-la-u-don! ... Was? U Strahlkerl bin i doch ...

(Fortsetzung folgt.)

haus, außerdem sprachen L. Desjussaux, Demblou und Passur Anseels, van Kol und andere.

Eine häßliche Störung der imponirenden und in würdiger Weise verlaufenen Feier bildete ein Trupp Soldaten, der mit Kolbenstößen sich Bahn zum Vorbeimarsch zu verschaffen suchte.

England und Transvaal. Aus der unangenehmen Lage, in die Herr Chamberlain sich durch seine unüberlegte Rede für Rhodes und Konsorten verlegt hat, sucht er sich durch eine Depesche an den Gouverneur des Kaplandes herauszuwinden. Die Depesche soll eine Antwort auf die bereits mitgetheilte Erklärung des Präsidenten Krüger sein, in der er sich über die Haltung der englischen Regierung im Laufe der jüngsten südafrikanischen Debatte beschwert hatte. Chamberlain sagt nunmehr, er fürchte, der Präsident sei durch den abgeklärten Drahtbericht über die Verhandlungen irre geleitet worden. Voreilige Urtheile über Drahtauszüge aus Reden, die nur gehörig gewürdigt werden können, wenn sie im ganzen gelesen werden, seien nicht angebracht. Im weiteren gestreitet Chamberlain, daß die Regierung Partei für Rhodes oder andere Direktoren der Chartered Company genommen. Er hofft, der Präsident werde sich bei Ausübung der Milde gegenüber den Verurtheilten von Pretoria nicht durch die Auslassungen unverantwortlicher Personen, die Jameson's Einfall verteidigen, beeinflussen lassen. — Wenn Präsident Krüger demnächst die Rede Chamberlain's im Wortlaut zu lesen bekommt, wird er kaum zu einem andern Urtheil kommen können als nach dem abgeklärten Drahtbericht. Chamberlain hat ausdrücklich es abgelehnt, auf die Verwaltung der Chartered Company zu gunsten einer Amtsenthebung von Rhodes einen Druck auszuüben und obendrein hat er erklärt, die Ziele der Rhodes'schen Politik seien auch seine Ziele und Rhodes gehört nach Afrika. Was brauchte Krüger eigentlich noch mehr? —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II hatte sich heute eine Frau Philippine Gläser, Frau eines Aufsehers aus Deutsch-Wilmersdorf, wegen ihrer schweren Majestätsbeleidigung zu verantworten. Die Angeklagte besuchte im August v. J. ihre Nachbarin Frau Baumgarten, und erzählte derselben, daß sie und ihr Mann soeben wieder von einem neuen Schicksalsschlage getroffen worden seien. Ihr Mann sei so lange ohne Stellung, sie selbst aber krank gewesen, nun habe der Mann wieder Arbeit und da komme jetzt die Einberufung zu einer Lebung, die ihren Mann wieder herausreiße aus seiner Stellung und so stünde das Glend wiederum vor der Thür. Die Nachbarin meinte: „Ja, das hilft nun einmal nichts; wenn der Kaiser ruft, muß man ihm folgen! Dieser Trost hatte aber nur die Wirkung, daß sich der Kerger der Frau Gläser zur Erbitterung steigerte und sie sich zu schweren Beschimpfungen des Kaisers hinreißend ließ. Die Sache wäre wohl gar nicht zur Anzeige gekommen, wenn sich die Angeklagte nicht später mit Frau Baumgarten entzweit und an diese einen Brief geschrieben hätte, der von den unflätigsten Redensarten frohte. Der Gerichtshof hätte auch auf das Zeugniß der einzigen Belastungszeugin kein entscheidendes Gewicht gelegt, wenn er nicht aus dem oben erwähnten Briefe den Schluß gezogen hätte, daß der Angeklagten gemeine Schimpfreden wohl zuzutrauen sind. Das Urtheil lautete auf drei Monate Gefängniß.

Die von Frankfurter Blättern gebrachte Mittheilung, daß in der letzten Zeit in Frankfurt a. M. 40 Verhaftungen wegen angeblicher Majestätsbeleidigung stattgefunden hätten, wird in einer Depesche des Wolff'schen Telegraphenbureaus angefochten. Es heißt darin, der Polizeibericht habe festgestellt, daß während der Zeit der Festlichkeiten in Frankfurt auch nicht eine einzige Verhaftung wegen Majestätsbeleidigung stattgefunden habe.

Wie das „Leipziger Tageblatt“ erzählt, wurde in Freiburg in Baden der Buchbinder Jacobi verhaftet, gegen welchen die Untersuchung wegen Hochverraths und wegen Majestätsbeleidigung, begangen gegen den deutschen Kaiser, eingeleitet ist. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit mehreren vor einiger Zeit in Baden vorgenommenen Hausdurchsuchungen wegen angeblicher anarchistischer Antriebe. Die Angelegenheit wird, wie das Blatt hinzufügt, voraussichtlich in kurzer Zeit durch das Reichsgericht entschieden werden. —

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner am Mittwoch stattgefundenen Sitzung die Vorlage betreffend die Beschlüsse des Landesauschusses zu den Entwürfen von Gesetzen für Elbsaß-Lothringen, betreffend die Gewerbesteuer und die Wandergewerbesteuer den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Den Gesetzentwürfen wegen Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für 1896/97, ferner wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsbeeres u. s. w., sodann wegen Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsetat für die Schutzgebiete für 1896/97 wurde die Zustimmung erteilt. —

Die sogenannte Ordnungspresse sucht das kaiserliche Telegramm an Herrn Hinzpeter fortgesetzt gegen die Christlich-Sozialen auszubuten. So fordern die „Hamburger Nachrichten“ schlankwegs die Amnestiehebung der christlich-sozialen Geistlichen und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ betitelt die harmlosen Leute jetzt bereits als „Sozialrevolutionäre“. — Schade eigentlich, daß das Wort „Reichsfeind“ so arg in Mißkredit gekommen ist. Würde sich auch ganz hübsch machen! —

Vom Oberstaatsanwalt Herrn Drescher geht uns folgende Berichtigung zu:

In der am 14. d. M. herausgegebenen Nr. 112 des „Vorwärts“ befindet sich die Nachricht, daß dem antisemitischen Redakteur Karl Seblahel zur Verbüßung einer dreimonatlichen Festungshaft Ausstand bis zum 1. Juli bewilligt worden sei, um der Einholung der Wiener Gefinnungsgenossen beizuhohnen zu können.

Diese Nachricht ist unrichtig, da dem Redakteur Karl Seblahel ein Strafausschub nicht bewilligt worden ist.

Die geehrte Redaktion ersuche ich mit Bezug auf § 11 des Preßgesetzes ergebenst um Aufnahme vorstehender Berichtigung in die nächste Nummer des „Vorwärts“.

Drescher
Oberstaatsanwalt.

Gleichzeitig erklärt die „Staatsbürger-Zeitung“, der wir die erwähnte Nachricht über Herrn Seblahel entnommen hatten, auf Grund einer ihr „von maßgebender Seite“ gewordenen Mittheilung:

„Herr Seblahel hat bisher weder einen Ausschub erhalten, noch hat er ein dahingehendes Gesuch in der von uns abgegebenen Weise befristet.“

Ja, wie ist denn der Irrthum der „Staatsbürger-Zeitung“ entstanden? Das Blatt hatte doch die von ihm aufgestellte Behauptung auf Grund einer ihm angeblich direkt zugegangenen Mittheilung des Herrn Seblahel aufgestellt. Die Sache bedarf eben doch noch der Aufklärung. —

Braunschweig, 15. Mai. Dem Landtage ging eine Vorlage zur Bewilligung von 2 200 000 Mark für Errichtung eines staatlichen Kalifalz-Verwerkes bei Neuenlinden zu. —

Württembergischer Landtag. Mit gespannter Erwartung und nachheriger doppelter Enttäuschung verfolgten die Frommen im Lande die Diskussion über das Religionsverordnungs-gesetz, das schon seit einigen Jahren die Gemüther erregte und die Ausübung der landesherrlichen Kirchenregimentsrechte im Falle der Zugehörigkeit des Königs zu einer anderen als der evangelischen Kirche regeln sollte. (Belanntlich ist der König von Württemberg bis jetzt ohne männliche Nachkommen und geht im Falle seines Todes die Krone an die katholische Linie über.) Die Tribünen waren während der dreitägigen Debatten von Gläubigen überfüllt; die Mehrzahl der Abgeordneten konnte aber dem Wunsche der evangelisch Strenggläubigen nicht entsprechen und ganz treffend sagte der volksparteiliche Abg. Schnaidt, daß es den Kirchen nicht mehr darum zu thun ist, Macht und Herrschaft zu erlangen, als ihre kirchliche Lehre zu verbreiten. Endlich am dritten Tage kam es zur Abstimmung und wird das ganze Gesetz mit 58 gegen 28 Stimmen abgelehnt, worauf unter großer Bewegung und Heiterkeit eine Note des Staatsministeriums verlesen wird, die die Mittheilung enthält, daß die Regierung den Entwurf des Gesetzes zurückgezogen hat. — Die frommen Evangelischen, die diesmal ihre Wünsche nicht erfüllt erhielten, werden zwar nicht ruhen, bis wieder ein Gesetzentwurf eingereicht wird und kann dann die nutzlose Debatte auf Kosten der Steuerzahler wieder von neuem beginnen.

Karlsruhe, 15. Mai. Der Vertrag zwischen der badischen Regierung und der Stadtgemeinde Karlsruhe bezüglich der Anlage eines Rheinisch-Kanals in unmittelbarer Nähe von Karlsruhe wurde vom Bürgerausschuß einstimmig genehmigt. Darnach betragen die Gesamtkosten 3 1/2 Millionen Mark, wovon der Staat 2 1/2 Millionen bezahlet. Der Kanal mit Dämen soll bis 1. August 1899 fertiggestellt sein, vorausgesetzt, daß die badischen Landstände ihre Zustimmung geben, woran übrigens nicht zu zweifeln ist.

Strahburg i. E., 18. Mai. Die Direktoren des „Elsässer“ Dr. Müller-Simonis und Herrmann sowie der Redakteur Herber wurden heute von der hiesigen Strafkammer wegen Beleidigung des kaiserlichen Ober-Schulrathes in Elbsaß-Lothringen sowie sämtlicher Lehrer der höheren Schulen zu je 600 M. Geldstrafe verurtheilt. Anlaß zur Verurtheilung bildeten zwei Artikel über angebliche Inpartidat. —

Ungarn.

Budapest, 18. Mai. Abgeordnetenhaus. In Verantwortung der Interpellation Sima und Bisontai über die Straßendemonstrationen vom letzten Sonntag erklärte der Minister des Innern Perczel, die Bewilligung zur Abhaltung der Versammlung sei nur unter der Bedingung erteilt worden, daß die Versammlung sich nach Schluß der Beratung sofort auflöse und daß der Straßenverkehr ungestört bleibe. Da die Versammlung das nicht befolgt hätte, sei die Polizei, welche erfahren hatte, daß gegen die Zehntausend-Ausstellung und gegen die besitzende Klasse Kundgebungen im Gange seien, energisch aufgetreten, die Masse habe aber den Anforderungen der Polizei keine Folge geleistet und die Polizeibeamten sogar angegriffen. Unter solchen Umständen hätte die Polizei mit aller Energie eingetreten und aus Nothwehr von der Waffe Gebrauch machen müssen. Die Interpellanten erwiderten, daß die Antwort des Ministers sie nicht befriedige und verlangten die Einleitung einer Untersuchung. Der Minister des Innern antwortete hierauf, daß eine Untersuchung natürlich eingeleitet worden sei und erklärte wiederholt, die Theilnehmer der Versammlung hätten die vorgeschriebenen Bedingungen überschritten und die Polizei habe aus Nothwehr gehandelt. Das Haus nahm darauf die Erklärung des Ministers zur Kenntniß. —

Sernaustadt, 18. Mai. Die „Tribuna“ veröffentlicht eine Zuschrift des hiesigen Bürgermeisters an den Rumänensführer Johann Matia, in welchem diesem mitgetheilt wird, daß die Abhaltung der auf den 15. d. M. hierher einberufenen Rumänen-Versammlung verboten wird, weil dieselbe gegen das Gesetz verstoße.

Für die Nichtmagyaren und Sozialisten giebt es bekanntlich in Ungarn keine Versammlungsfreiheit. —

Frankreich.

Paris, 18. Mai. (Eig. Ber.) Die Stichwahlen des 10. Mai haben den Sieg der Sozialisten vervollständigt.

Im Pariser Gemeinderath gewinnen unsere Genossen 15 neue Sitze. Die sozialistische Gruppe zählt, anstatt der bisherigen 18, 33 Mitglieder. Diese Verstärkung ist zum Theil dem Umstand zuzuschreiben, daß eine Anzahl sozialistischer Radikaler sich zum reinen Sozialismus bekehrt haben. Das ist ein deutliches Zeichen der wachsenden Macht der sozialistischen Ideen innerhalb der Pariser Wählerschaft, denn die sozialistisch gewordenen Wähler sind es, die ihren alten halbsozialistischen Vertreter zu einem ganzen Sozialisten machen. Die übrigen Parteien sind wie folgt vertreten: 20 Radikale und sozialistische Radikale, 18 Bourgeoisrepublikaner (bisher waren es 14) und 14 Rönarchisten. Die sozialistische Gruppe ist somit die stärkste und sie wird ihren Einfluß noch mehr als bisher geltend machen können. Der offiziöse Telegraph hat also wieder einmal gelogen, indem er verkündete, die Zusammensetzung des Pariser Gemeinderathes bleibe dieselbe wie früher.

Es ist interessant zu beobachten, wie die Bourgeoispresse, deren Aufgabe es ist, ihrem Publikum die Wahrheit vorzuenthalten, um dessen Verdauung nicht zu stören, sich selber Lügen strafsen muß. Während sie einerseits mit eiserner Strenge die sozialistischen Erfolge leugnet oder abschwächen sucht, verlangt sie andererseits den Zusammenschluß aller Ordnungsfreunde zum Kampfe gegen die „sozialistische Gefahr“, und das „Journal des Debats“ ermahnt gar die Regierung zur Ernennung an Stelle des zurücktretenden Poubelle eines „energischen, kampfbereiten“ Seine-Präsidenten, und zwar deshalb, weil „nunmehr der reinste Sozialismus, der unverfälschte Kollektivismus vom Pariser Stadthaus Besitz ergriffen hat“ ...

Die Fortschritte des Sozialismus im Pariser Gemeinderath veranschaulicht folgender geschichtlicher Rückblick. Im Mai 1882 wurde zum ersten Mal seit dem Fall der Kommune ein Sozialist in den Gemeinderath gewählt. In den allgemeinen Wahlen von 1884 werden 2 Sozialisten gewählt (darunter Vaillant), denen sich durch Ergänzungswahlen zwei weitere Genossen zugesellen. Die Wahlen von 1887 bringen den Sozialisten 10 Sitze ein. Schon damit gelangt die sozialistische Gruppe, deren Unterstützung den Radikalen nothwendig ist, zu bedeutendem Einfluß. Die Radikalen müssen ihr wichtige Zugeständnisse machen. Die Wahlen von 1890 verharren die Sozialisten um zwei Mitglieder. Das Ergebnis davon ist, daß die Radikalen ganz mit den Bourgeois-Republikanern brechen, um mit den Sozialisten eine gemeinsame Gruppe „Droits de Paris“ (Die Rechte der Stadt Paris) zu bilden, deren Tendenzen schon mehr sozialistisch als radikal sind. 1893 wächst die sozialistische Gruppe auf 18 Mitglieder an, 1896 auf 33 Mitglieder. An stelle der gemischten Gruppe „Droits de Paris“ wird daher eine rein sozialistische Gruppe die führende Rolle übernehmen.

Von den Stichwahl-Siegen in der Provinz ist der glänzendste wohl der Sieg unserer Genossen in der 200 000 Einwohner zählenden Stadt Ylle. Diese Hochburg der Opportunisten hat nunmehr einen Gemeinderath, in welchem 16 Sozialdemokraten und 11 sozialistische Radikale bloß 10 Opportunisten gegenüberstehen. Dijon bekommt zum ersten Mal einen ganz aus Sozialisten zusammengesetzten Gemeinderath. Limoges, wo die Sozialisten erst vor acht Monaten die

Mehrheit erlangt haben, wählte 24 Sozialisten gegen 12 Bourgeoisrepublikaner. L'union bleibt sozialistisch, Roume, Gibens, Carcaffonne, Bierzon, Saint-Savine, Perpignan, Certe werden neu gewonnen. In Troyes, Nibi und Ag wird der opportunistische Gemeinderath durch einen aus Sozialdemokraten und sozialistischen Radikalen zusammengesetzten verdrängt. In Saint-Etienne gewinnen die Sozialdemokraten 16 neue Sitze, in Bordeaux 9.

Dieser großartigen Erfolge stehen nur einige unbedeutende Verluste gegenüber. So in Lyon, wo die Sozialisten — in Folge ihrer Uneinigkeit und des Zusammengehens der Radikalen mit den Opportunisten — von ihren bisherigen 13 Vertretern nur 2 durchgebracht haben.

Die Stichwahl in Havre hat mit der Niederlage der Parteifreunde des Präsidenten Faure geendet. Es wurden 22 Radikale und 11 Opportunisten gewählt.

In obigen wurden die Ergebnisse aus den wichtigsten Gemeinden angeführt. Insgesamt haben die Sozialisten nach den bisher vorliegenden Meldungen in den Stichwahlen 29 Gemeinderäthe behauptet oder neu gewonnen, macht zusammen mit den Ergebnissen der Hauptwahl über 100 Gemeinderäthe, wozu die ca. 1200 Gemeinden in den südlichen Departements hinzugekommen, wo die Sozialisten und Radikalen mit einer gemeinsamen Liste siegten. In Bezug auf das Gesamtergebnis muß man die von der Partei aufzustellende Statistik abwarten. Soviel steht bereits jedenfalls fest, daß die ministerielle Statistik auf rein willkürlichen bzw. absichtlich gefälschten Angaben der Präfekten beruht. —

Das Kabinet Meline für die Panamisten. Die radikalen und sozialistischen Pariser Blätter sind mit recht sehr entrüstet wegen der Nachricht, der neue Siegelbewahrer Darlan habe beschlossen, den Pariser Staatsanwalt Ribalin, den Ricard eigens ernannt, um als unbestechlicher Beamter gegen die Bande der Panamisten, Pressforumpirer, Eisenbahnschwinder energisch vorzugehen, seines Postens zu entheben. Ribalin, schreibt Hochfort, kann über die Lugnade, die ihm droht, nur sehr erfreut sein, denn sie bildet das glänzendste Zeugnis seiner Unabhängigkeit und Ehrlichkeit.

Je offener das Kabinet Meline-Famine sich der hohen und höchsten Ganner annimmt, desto eher wird es mit seinem Latein fertig sein. —

Die Monarchisten, vor allem die Orleansisten, begannen wieder zu hoffen. Sie glaubten, daß die Stellung der gemäßigten Republikaner zwischen Monarchisten und Sozialisten ihrer Sache aufhelfen werde. Ueber die einschlagende Taktik haben sich aber die Orleansisten entzweit, ihr Führer, der Herzog d'Albionnet-Pasquier, ist von der Leitung der Partei zurückgetreten. Die monarchistischen Umstürzer scheinen also wieder am Ende vom Latein zu sein. Uebrigens sind die korrupten Republikaner der Republik weit gefährlicher als die hochverrätherischen Monarchisten. —

Paris, 13. Mai. Der Bericht der Prüfungskommission für den Entwurf eines Kanals vom Atlantischen Ozean nach dem Mittelmeere erklärt, daß der Kanal für den Handel und die allgemeine Schifffahrt fast nutzlos sein würde und daß das jährliche Defizit bei einem Kostenanschlag von ungefähr 3 Milliarden Francs mindestens 75 Millionen Francs betragen würde. Das Projekt sei deshalb aufzugeben.

Belgien.

Brüssel, 13. Mai. Repräsentantenkammer. Der Ministerpräsident und Finanzminister de Smet de Nayer erklärte, der Kongress habe weder irgend einer Macht ein Bündniß angeboten, noch ein solches angenommen.

Die Kammer nahm mit 61 gegen 57 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen den Artikel 1 des Gesetzentwurfes an, welcher die Garantie des belgischen Staates für die Emission der Kongo-Eisenbahn-Obligationen genehmigt. —

England.

London, 14. Mai. Im Unterhause erklärt der Unterstaatssekretär des Aeußeren Curzon, am gestrigen Tage sei die telegraphische Nachricht eingegangen, daß eine Anzahl armenischer Besatzungen in Aleppo freigelassen sei, hauptsächlich auf Grund der Vorstellungen der englischen Regierung. — Von einer Befehung des chinesischen Saisun Tschifu von seitens Australiens sei nichts gemeldet. Der britische Gesandte in Peking habe folgendes berichtet: Einer russischen Firma in Tschifu sei eine Konzession erteilt worden, durch welche gewisse britische Ueberbesitzer ihre erworbenen Rechte als verkehrt erachteten. Die chinesische Regierung sei darauf aufmerksam gemacht worden, daß in eine solche Konzession britischen Unterthanen gehörende Ländereien oder Gebäude nicht eingeschlossen werden dürften, wenn nicht die britischen Unterthanen in die Einschließung einwilligten oder eine Entschädigung für das Aufgeben ihrer Rechte annehmen. Der britische Gesandte habe den Tschifu-Pamen unterrichtet, daß die chinesische Regierung für jede Verletzung von britischen Unterthanen erworbener Interessen verantwortlich sei.

Italien.

Der von den sozialistischen Abgeordneten in Italien eingebrachte und von Andrea Costa begründete Antrag gegen die Afrikapolitik der italienischen Regierung hatte folgenden Wortlaut:

In Erwägung, daß für die letzte Niederlage in Afrika nur die Regierung verantwortlich ist, welche, indem sie die Verfassung verletzte und das Land über den Charakter und die Bedeutung des Unternehmens täuschte, der militärischen Eroberung eine vom Parlament nicht gewollte Ausdehnung gegeben und ihrer Politik das Blut und die höchsten Interessen der Nation geopfert hat; in Erwägung ferner, daß das afrikanische Unternehmen, welches nur der Kriegspartei, den Spekulanten und den politischen Abenteurern Vortheil bringt, mit den wirtschaftlichen Bedingungen Italiens sich nicht verträgt und der Zivilisation Dohn spricht, beschließt die Kammer, sofort die Truppen aus Afrika zurückzurufen und, nach dem Art. 47 der Verfassung, das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. — In der Begründung dieses Antrages hielt Andrea Costa ein furchtbares Strafgericht über Crispi ab. Als er, unter dem Beifall der gesammten Linken ausrief: „Das afrikanische Unternehmen ist ein Strafenrauber-Unternehmen“, wurde er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Costa beendigte seine Rede mit der Erklärung, daß die sozialistische Partei nur einer Resolution über die Zurückberufung der Truppen aus Afrika ihre Zustimmung geben könne. —

Begnädigt wurde der wegen Pressvergehens zu einer schweren Gefängnisstrafe verurtheilte Redakteur des italienischen Sozialistenblattes „La Cotta di classe“, Genosse Gaetano Ronchetti. Es heißt, daß das Ministerium Rudini mit Begnadigungen die von dem letzten Amnestie-Erlaß noch offen gelassenen Tüden ausfüllen will. —

Die Wahlkommission des italienischen Parlaments beantragte die Ungültigkeitserklärung der Wahl De Felice's im vierten römischen Wahlkreis und die Bestimmung einer Stichwahl zwischen De Felice und Obercalchi; im Pleurum ist über den Antrag noch nicht berathen worden. (De Felice ist bekanntlich auch in Catania gewählt). Ueber die beiden Mandate des Abg. Barbato — der im 5. mailänder Wahlkreis und in Cesena gewählt ist — wurde in der Sitzung vom 7. Mai eine Entscheidung getroffen. Zu Beginn der Sitzung erklärte der Kammerpräsident Villa: „Da der Abg. Barbato, der in den Wahlkreisen Mailand V und Cesena gewählt ist, erklärt hat, daß er seinen Entschluß, an den Arbeiten der Kammer nicht theilzunehmen, aufrecht erhalte, und da er infolge dessen für keinen der beiden Wahlbezirke sich entschieden hat, werde ich auf Grund der Statuten

das Loos entscheiden lassen.“ Darauf fand die Loosziehung statt. Das Ergebnis lautete: Barbato bleibt Abgeordneter von Cesena; im Wahlkreis Mailand V hat eine Nachwahl stattzufinden. Barbato wird aber wahrscheinlich auch das Mandat von Cesena zurückweisen, so daß es auch dort zu einer Neuwahl kommen dürfte. In Cesena wird dann jedenfalls wieder ein Sozialdemokrat gewählt werden; unsicher ist der Mailänder Wahlkreis, in welchem bei der letzten Wahl die Radikalen zu Gunsten Barbato's auf die Auffstellung einer eigenen Kandidatur verzichtet hatten. Jetzt wollten sie den Abolaten Enigi Rossi aufstellen, der jedoch die Annahme des Mandats verweigerte.

Türkei.

Konstantinopel, 15. Mai. Nach Berichten aus Kreta herrscht dort infolge der Vertagung der Einberufung des Landtages neuerlich große Erregung. Die Lage erscheint durch diese Regierungsmäßregel jedenfalls verschlechtert, wenn auch nicht unmittelbar gefährdend. Allgemein gilt als wünschenswerth, daß die Pforte ihre Verkündung, daß der Landtag spätestens bis Mitte August einberufen werden solle, baldigt zur Ausführung bringe. —

Amerika.

New-York, 13. Mai. Heute ist die gesetzliche Genehmigung zum Verkauf einer Strecke von 5000 Meilen der Northern Pacific-Eisenbahn und von 43 Millionen Acres des der Bahn eingeräumten Landes für den August d. J. erteilt worden.

Washington, 13. Mai. Das Komitee des Senats für auswärtige Angelegenheiten beriet heute über den Antrag Morgans, welcher darauf dringt, die Libanischen Insurgenten als kriegsführende Macht anzuerkennen. Die weitere Verhandlung hierüber wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. —

Sabannah, 13. Mai. Die Kolonne Prendergast bemächtigte sich eines Lagers der Aufständischen nach lebhaftem Widerstande derselben, wobei 30 Aufständische und 4 Spanier fielen. —

Eine Depesche des „Imparcial“ bestätigt die Nachricht, daß General Weyler sehr unzufrieden ist, infolge der Vorkstellungen aus Washington nicht strenger Gericht über die Filibustier halten zu können. Weyler halte es für nothwendig, eudgiltige Anstrengungen zu machen, um die Aufständischen in der Provinz Pinar del Rio zu vernichten. Die „Correspondencia de Espanna“ hält die Entsendung neuer Verstärkungen in Höhe von 20 000 Mann nach Kuba für dringend geboten. —

Afrika.

Kairo, 13. Mai. In dem Prozesse gegen die Kasse der öffentlichen Schuld stellte heute der General-Staatsanwalt die Anträge, daß der Gerichtshof der Kasse die Befugniß, über die Kassenreserve in unvorhergesehenen Fällen zu verfügen, zu erkennen und daß dazu nur die einfache Stimmenmehrheit erforderlich sei. Das Urtheil soll am 1. Juni d. J. verkündet werden. — Damit ist der Prozeß thatsächlich zu gunsten der Mehrheit der Kassenverwaltung, also der Vertreter Englands und der Dreihundsmächte entschieden.

Massana, 15. Mai. („Agenzia Stefani“) Das Mangascha befindet sich mit 6000 Mann, die mit Gewehren bewaffnet sind, in Abidjan. Er setzt den Kampf gegen Schilet mit geringem Erfolge fort. Ans Anla, der sich mit 2000 Gewehren bei Adua befindet, hat ihm davon abgerathen, den Kampf anzunehmen. Ras Sebat und Agosafari befinden sich nordöstlich von Abidjan. Große und kleine Eingeborenenführer fangen wieder an, den Italienern ihre Dienste anzubieten; Menelik hatte versprochen, Lebensmittel nach Tigre zu schaffen, allein die Provinzen, welche dieselben zu liefern haben, verweigern ihm den Gehorsam. Obgleich der italienische Verpflegungsdienst sich gebessert hat, bietet derselbe noch Schwierigkeiten dar.

Ungefähr 1800 Offiziere und Soldaten haben heute an Bord des „Gottardo“ die Rückreise nach Italien angetreten. —

Victoria, 13. Mai. Der bisherige General-Kommandant und Superintendent der Eingeborenen-Angelegenheiten Zouber ist zum Vizepräsidenten der Südafrikanischen Republik gewählt worden.

In Johannesburg sind infolge des Minderpest-Erlasses viele Bergwerke geschlossen, da der Kohlenverehr eingestellt ist.

Parlamentarisches.

In der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch wurden in der Freitagssitzung, die von 10 bis 2 Uhr dauerte, zunächst die Bestimmungen über die elterliche Gewalt zu Ende beraten. In Abweichung von der Vorlage wurden folgende Anträge angenommen: 1. der vom Freiherrn von Stumm zu § 1646 gestellte Antrag (für den auch unsere Genossen eintraten): „Mit dem Tage der Wiederverheirathung verliert der Vater die Kuzniehung am Vermögen seiner Kinder; 2. ein Antrag Frohne-Stadthagen, die Bestimmung in § 1661 des Entwurfs zu streichen, daß eine uneheliche Mutter die elterliche Gewalt nicht erhalten solle, wenn der Vater oder Vormund wegen Verschwendung oder Trunksucht entmündigt ist (für den Antrag stimmte auch die freikonservative Partei); 3. ein Antrag Ströber, der die Anhörung der Eltern und Verwandten verlangt, wenn die elterliche Gewalt aufgehoben oder eingeschränkt werden soll. Weitergehende Anträge — u. a. auch der von unseren Genossen Frohne und Stadthagen gestellte die Bestimmung zu streichen, daß die Mutter durch Wiederverheirathung ihre elterliche Gewalt verliert — wurden abgelehnt. Alsdann ging die Kommission zur Berathung der Bestimmungen über die rechtliche Stellung unehelicher Kinder über. Die Berathung wurde wegen Beginn der Plenarsitzung auf Sonnabend vertagt. Wir werden in dem Bericht über die Sonnabendssitzung eingehend auf die Stellung des Entwurfs und auf die Beratungen der Kommission eingehen. —

VIII. Kommission zur Berathung des Handwerkerkammer-Gesetzentwurfs. Sitzung vom 15. Mai. Die Kommission faßte einstimmig den Beschluß, die Berathung des Entwurfs bis zum Herbst zu vertagen; sollte jedoch der Reichstag im Juni oder Juli geschlossen werden, vorher noch eine Sitzung zu halten, um eventuell eine Resolution anzunehmen. Gelegentlich einer Sitzung erklärte der Handelsminister Herr von Berlepsch: Es sei entschieden falsch, daß irgend welche Gegenseite im Staatsministerium bezüglich der Handwerkerfrage beständen. Daß der Entwurf für Zwangsorganisation des Handwerks noch nicht an den Reichstag gelangt sei, liege in der großen Schwierigkeit der ganzen Materie und ist kaum Hoffnung vorhanden, den Gesetzentwurf vor dem Herbst d. J. zur Berathung im Reichstag zu bringen. —

Der Nachtragsetat zum Reichshaushalts-Etat, der am Mittwoch vom Bundesrath genehmigt wurde, beläuft sich auf insgesamt 11 626 614 M., und zwar auf 2 833 550 M. an einmaligen Ausgaben des ordentlichen und 8 805 564 M. an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats, denen nur Minus von 12 800 M. an fortdauernden Ausgaben beim Kolonialetat gegenübersteht. Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats setzen sich folgendermaßen zusammen: Auswärtiges Amt 268 500 Mark, Kolonial-Verwaltung 180 000 Mark (Zuschuß zur Bestreitung der Verwaltungs-Ausgaben im Schutzgebiet von Neu-Guinea), Verwaltung des Reichsgebietes 2 315 850 Mark. Diese Summe ist hauptsächlich für Kasernenbauten bestimmt, die durch die Umformung der vierten Bataillone erforderlich werden. In Preußen und Elsaß-

Lothringen sollen an folgenden Orten Kasernen gebaut werden: Koblenz, Charlottenburg, Magdeburg, Raderborn, Jüchow, Hildesheim, Wiesbaden, Worms, Darmstadt, Münster i. E., Mühlh. i. E., Weisenburg, Bisch, St. Avoald. Ferner ist noch an dem ordentlichen Etat beiliegig die Marineverwaltung mit 19 500 M. zur Erbauung eines Kesselprobirhauses in Wilhelmshaven und die Eisenbahnverwaltung mit 50 000 M. zur Erweiterung des Bahnhofes in Groß-Zettingen.

Der außerordentliche Etat setzt sich zusammen aus 1 288 000 Mark für die Post- und Telegraphenverwaltung zur Herstellung einer neuen (vierten) Telegraphenverbindung zwischen Deutschland und England, 5 517 564 M. Zuschuß zu den einmaligen ordentlichen Ausgaben der Militärkontingente und 2 000 000 M. für die Kolonialverwaltung als Zuschuß zur Bestreitung der Verwaltungsausgaben im südwert-afrikanischen Schutzgebiet, der für die nothwendig gewordene Verstärkung der Schutztruppe um 400 Mann erforderlich ist.

Von diesen insgesamt 11 626 614 M. werden gedeckt 108 820 M. durch Einnahmen der Militärverwaltung und 2 712 230 M. durch Einnahmen der Militärverwaltung. Der Rest von 8 805 564 M. soll, wie ebenfalls vom Bundesrath genehmigt worden ist, durch Aufnahme einer Anleihe flüssig gemacht werden.

Die Aufhebung der gemischten Transilager, die in den Orten Liffit, Lborn, Inowrazlaw, Berlin, Rudort, Duisburg, Elbing, Rosenheim, Leipzig, Freiburg, Elßeth, Bremen, Wegefal und Hamburg bestehen, mit Ablauf des Septembers d. J. ist am Mittwoch vom Bundesrath beschlossen worden. Die in den Transilager vorhandenen Bestände an ausländischem Getreide müssen bis zum 1. November d. J. entweder unter Zollkontrolle in das Zollausland ausgeführt oder auf eine öffentliche Niederlage, ein Transilager unter amtlichen Mitverkauf, ein anderes reines oder gemischtes Lager gebracht, oder aber in den freien Verkehr übergeführt werden.

Partei-Nachrichten.

Die Mai-Volkfeste der Arbeiter Münchens, Nürnberg und Fürths, die wegen schlechten Wetters erst am 10. Mai abgehalten werden konnten, waren wie in früheren Jahren so auch diesmal überaus stark besucht und verliefen in bester Weise.

Die diesjährige Landeskonferenz für Meiningen I und Koburg wird am 1. Pfingstfeiertage, nachmittags 3 Uhr, im Rittergarten in Pöfne zusammengetreten.

Die italienische Sozialistenpartei sorgt mit üblichem Eifer für die Verbreitung der sozialistischen Ideen auch unter den italienischen Arbeitern des Auslandes. Im Auftrage der Partei macht gegenwärtig Genosse Rondani eine Rundreise durch die Schweiz und hält in allen größeren Städten — bis jetzt in Bern, Basel und Luzern — mit großem Beifalle aufgenommene Vorträge, worin er die italienischen Arbeiter ermahnt, sich zu organisiren. Die italienischen Auswanderer haben die Organisation in der That sehr nöthig; sie würde die italienischen Arbeiter, die bekanntlich zu Hungerlöhnen arbeiten, wie sie sich andere Arbeiter nicht bieten lassen, moralisch und materiell besser stellen und ihnen bei den anderen, besonders bei den deutschen Arbeitern, mehr Sympathie verschaffen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse D. Kobrac in Berlin hat gestern in Pöfensee eine sechsmonatige Gefängnisstrafe angetreten.

In Altona waren die Parteigenossen F. Ludwig und C. Heinrich der Anfreizung zu Gewaltthatigkeiten angeklagt, weil sie die Nummer des „Süddeutschen Postillons“ verbreitet haben. Das Altonaer Landgericht erkannte — in gleicher Sache wie das Landgericht in Halle a. S. — auf Freisprechung, jedoch nur deshalb, weil nicht bewiesen sei, daß die Angeklagten den Inhalt der Nummer gekannt hätten. Die konfiszierten Exemplare dieser Nummer werden vernichtet.

Wegen eines der „Leipziger Volkszeitung“ entnommenen Artikels, betitelt „Vaterlandslosigkeit“, war seinerzeit Genosse Ströbel in Kiel als verantwortlicher Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ unter Anklage gestellt, vom Landgericht aber freigesprochen worden. Das Reichsgericht hob das Urtheil wegen eines Widerspruchs in der Begründung auf. In der neuerlichen Verhandlung vor dem Kieler Landgericht beantragte der Staatsanwalt gegen Ströbel ein Jahr Gefängniß. Das Gericht erkannte den Angeklagten diesmal für schuldig, weil die Tendenz des Artikels die Absicht auf Ehrenstränkung erkennen lasse. Die Strafe lautete auf 4 Monate Gefängniß.

Genosse Harbaum in Magdeburg, der Verleger der „Volksstimme“, ist mit der Beschwerde gegen seine Verhaftung abschlägig beschieden worden. Auch die Entlassung gegen Kaution hat das Gericht abgelehnt. Die Verhaftung ist bekanntlich wegen angeblicher Majestätsbeleidigung erfolgt, die durch das Maibild der „Volksstimme“ verübt sein soll.

Redakteur Zielowski von der „Pfälzischen Post“ hat vorigen Freitag, am Vorabend des pfälzischen Parteitages, eine einmonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm vom Ludwigshafener Schöffengericht auferlegt ist. Seinem Gesuch, ihm wegen des hoffnungsvollen Zustandes seiner Frau einen einmonatigen Strafausschub zu gewähren, gab die Staatsanwaltschaft keine Folge.

Soziale Uebersicht.

Betreffs der Berufs- und Gewerbezahlung vom Juni v. J. theilen die „Berliner Politischen Nachrichten“ mit, daß es noch geraumer Zeit bedürfen wird, ehe mit Veröffentlichungen über das Gewerbe im allgemeinen und über die Berufe im besonderen begonnen werden kann. Es ergab sich bei der entgeltlichen Bearbeitung noch die Nothwendigkeit einer ganzen Anzahl von Nachprüfungen. Bei der Bearbeitung des Zahlungsergebnisses werde besonders darauf geachtet, daß die Vergleichung mit den Ergebnissen der 1875 er und 1882 er Zahlung erleichtert wird.

In Breslau ist die Kommission, die von den Meistern und Gesellen des Tischlergewerbes zur Eindämmung der Schleuderkonkurrenz und überhaupt zur Verbesserung der Verhältnisse dieses Gewerbes eingesetzt wurde, zu dem Ergebnis gekommen, daß zunächst die Aufnahme einer Statistik nöthig ist. Eine von gegen 1000 Meistern und Gesellen der Orte Breslau, Festenberg und Tredniz besuchte Tischler-Verammlung ist am 11. Mai dieser Ansicht einstimmig beigetreten. Es werden nun Fragebogen ausgegeben; die Fragebogen für die Meister sollen von den Gesellen und die Fragebogen für die Gesellen von den Meistern geprüft werden, so daß keinerlei Unzuträglichkeiten vorkommen können.

Der Gemeinderath von Gent in Belgien nahm mit 90 gegen 17 Stimmen eine Resolution an, wonach ein Minimallohn und die arbeitsfähige Arbeitszeit auf sämmtlichen städtischen Bauten eingeführt werden soll.

Gewerkschaftliches.

Au die Arbeiter Berlin und Umgegend! Da der tarifmäßige Lohn der Tabakarbeiter gegenwärtig in 220 Betrieben an 1216 Arbeiter gezahlt und angeblich nur noch bei 80 Firmen mit 110 Arbeitern gestreift wird, so hat die am 13. Mai stattgehabte Versammlung auf Antrag der Kommission beschlossen: Die Lohnbewegung insofern als abgeschlossen zu betrachten, als keine neuen Meldungen von Arbeitseinstellungen mehr entgegen genommen werden; dagegen verpflichtete sie sich, mit den noch im Auslande stehenden auch ferner solidarisch

zu erklären und alles zu thun, daß auch diesen der tarifmäßige Lohn gezahlt werde.

Da der Bestand der gesamten Arbeiter Berlins und Umgebung nötig ist, um dem Rest der Tabakarbeiter den tarifmäßigen Lohn ebenfalls zu erringen, beziehentlich den errungenen Lohn auch zu behaupten, so appellieren wir an die Genossen, an die gesamte Arbeitererschaft, sowie an die Gastwirthe, Händler und Konsum-Vereine Berlins und Umgebung, sich die im heutigen Inseratentheil veröffentlichten Firmen genau zu merken und dahin zu wirken, daß auch diese Firmen sich den übrigen bald anschließen werden, welche heute schon den tarifmäßigen Lohn zahlen.

An die Tabakarbeiter richten wir das dringende Ersuchen, uns Meldung zu machen, wenn sie in Erfahrung bringen, daß irgend eine Firma noch unter dem Tarif zahlt oder von dem bewilligten Lohn wieder Abzüge zu machen sucht. Gleichzeitig theilen wir noch mit, daß die oben erwähnte Versammlung beschlossen hat, die Steuer von 1 M. für Zigarrenarbeiter und Sortierer, 50 Pf. für Wickelmacher noch ferner zu erheben, bis die zuständigen untergebracht sind.

Die Lohnkommission. (Bureau: Weinstr. 11.)

Achtung, Metallarbeiter! In der Mechanischen Werkstätte von G. Metz u. Co. in Basel sind Differenzen wegen des Lohns, der Arbeitszeit, der Fabrikordnung und der Behandlung der Arbeiter ausgebrochen, weswegen wir Formier, Gießer, Metalldrücker, Spengler, Schloffer, Dreher u. s. w. um Vermeidung des Zugriffs bitten. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht. Der Metallarbeiter-Verein in Basel.

Achtung, Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes! In Nr. 112 des „Vorwärts“ vom 14. d. M. giebt der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter bekannt, daß die Metallarbeiter Berlins nur auf Sammellisten für den Unterstützungsfonds der Berliner Metallarbeiter zeichnen sollen, welche den Stempel des Vertrauensmannes Mäher tragen; auch sollen die Metallarbeiter nur solche Unterstützungsmarken kaufen, die für den Unterstützungsfonds der Berliner Metallarbeiter bestimmt sind; die Metallarbeiter hätten nur dann die Garantie, daß die gesammelten Gelder den Ausgesperrten wirklich zu gute kommen. In dem wir hiermit unsere Organisation vor der etwaigen Annahme verwahren, als ob die Gelder, welche zum Zwecke der Unterstützung gemahnter Kollegen von den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes innerhalb ihrer Organisation aufgebracht werden, nicht den gemahnten Kollegen zuläßen, fordern wir unsere Mitglieder hiermit nochmals auf, nur Listen und Marken von der unterzeichneten Kommission zu entnehmen. Die Agitationskommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Im Auftr.: B. Kurgas, Reinickendorferstr. 19.

Zur Bewegung der Lederarbeiter. In der Weisgerberei von H. H. in Halle a. S. sind Lohn Differenzen ausgebrochen. Sämtliche Weisgerber dieser Fabrik legen die Arbeit nieder. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Lederfabrik von Heyl in Wandersbeck befinden sich bereits die dritte Woche in einem Abwehrstreik. Der Streik der Weisgerber in Durlach i. B. dauert ebenfalls noch fort. — Weiter befinden sich die Lohgerber und sonstigen Lohgerberei-Arbeiter Kopenhagen im Ausstand. Sie ersuchen um strenges Fernhalten des Zugriffs.

Die Tischler Widmars stehen in einer Bewegung um Abschaffung von Kost und Logis beim Reifler. Da es bis jetzt zu keiner Einigung gekommen ist, ersuchen sie um Fernhalten des Zugriffs.

In Karlsruhe hatte der Schneider W. R. in einer Versammlung seiner Berufsgenossen Exemplare der „Fachszeitung für Schneider“ verteilt, worin ein Aufruf zum Beitritt in die Organisation veröffentlicht war. Die Staatsanwaltschaft betrachtete infolge dessen die ganze Nummer als einen Aufruf, vor dessen unentgeltlicher öffentlicher Verteilung es nach dem Reichs-Preßgesetz und dem badiischen Einführungs-Gesetz nötig gewesen wäre, ein Pflichtexemplar bei der Polizei in Karlsruhe einzureichen. Da laut Preßgesetz bei periodischen Druckschriften nur am Orte des Verlags ein Exemplar einzureichen ist, erkannte das Schöffengericht selbstverständlich auf Freisprechung des Angeklagten. Die Kosten des staatsanwaltschaftlichen Schmeißers hat die Staatskasse zu tragen.

Die elsässischen Textilarbeiter wollen belanlich eine eigene Organisation ihrer Branche gründen. Zu diesem Zweck versammelten sich die Polamenter von St. Ludwig und Hünningen in Basel. Nach Anhörung eines Referats über den Ausgang des Mülhauser Weberstreiks fand eine Resolution Annahme, worin man sich prinzipiell mit der Gründung eines besonderen elsässischen Textilarbeiter-Verbandes einverstanden erklärt und die Leitung der Mülhauser Textilarbeiter mit den nötigen Vorarbeiten betraut. Auf Pfingsten ist eine Landeskonferenz der Textilarbeiter des gesamten Elsasses nach Bülil einberufen, in welcher die definitive Gründung des neuen Verbandes vorgenommen werden soll. Diese neue Gründung ist der Ausfluß einer sehr gereizten Stimmung gegen den deutschen Textilarbeiter-Verband, dem die Elsäßer bisher angehört, wegen der geringen Unterstützung, die ihnen beim Mülhauser Streik zu theil geworden. Die Zahl der in der elsässischen Textilindustrie Beschäftigten wird auf 50 000 angegeben, von denen aber kaum Tausend dem Textilarbeiter-Verband angehört.

Zur Lohnbewegung der Zeugdrucker in Greiz i. V. wird uns von dort berichtet: Die Forderungen der Drucker sind von 5 Firmen bewilligt worden. Die Arbeit wurde niedergelegt bei Siebig u. Pöcher, H. Meyer, O. Koder, Treuter u. Galle. Es streiken im ganzen 37 Mann. Zugang ist fernzuhalten. Anfragen und Geldsendungen sind an Franz Feustel in Greiz i. V., Reichenbacherstr. 8, zu richten.

Der Schuhmacherstreik in Prag dauert fort. Bis jetzt haben 63 Meister bewilligt. Ueber 1000 Gehilfen stehen noch im Streik.

Aus Lüttich wird telegraphirt, daß der Ausstand in der Herxstaler Waffenfabrik jetzt endgiltig beendet sei.

Im belgischen Bezirk Verbiers dauert der Streik wegen der Doppel-Webstühle fort. Nach Angabe bürgerlicher Blätter hatten die Tuchfabrikanten zuletzt den Arbeitern vorgeschlagen, selbst eine neue Enquete im Ausland über dieses Verfahren einzuleiten, und versprochen einstweilen die jetzigen Löhne ausreicht zu halten. Die Arbeiter haben aber jede weitere Untersuchung abgelehnt und bestehen einfach auf der Beibehaltung des jetzigen veralteten Fabrikationsverfahrens. Infolge dessen dauert der Ausstand in den meisten Tuchfabriken fort. Nur zwei größere Anstalten arbeiten noch; die anderen haben geschlossen und lassen im Auslande, meist in Cuxen, die abgeschlossenen Verträge ausführen. Dadurch ist die Lage in Verbiers eine höchst verhängnisvolle geworden. Mehrere große Geschäfte treffen bereits Maßregeln zur Uebersiedelung nach der Nachener Gegend. Andererseits ist der Tuchmarkt von Verbiers wegen seiner Unsicherheit sehr im Niedergange und es werden allmählich die großen Bestellungen immer seltener.

Aus Rußland. Der Verein für Unterstützung der privaten Diensthätigkeit in Nischny Nowgorod hat bei der Regierung um die Erlaubnis petitionirt, in Nischny Nowgorod während der Gewerbe-Ausstellung einen Kongreß der Vertreter der Handlungsgesellschaften von ganz Rußland einzuberufen. Auf diesem Kongreß werden verschiedene Fragen betreffend die Verhältnisse der Handlungsgesellschaften behandelt

werden, unter anderen als eine der Hauptfragen die Altersversicherung und die Versicherung gegen Arbeitsunfähigkeit. Viele Handlungsgesellschaften-Vereine haben erklärt, an dem Kongreß theilzunehmen zu wollen.

Vor kurzer Zeit haben in Smorgon im Gouvernement Wilna alle dort arbeitenden 200 Strumpfwirkerinnen die Arbeit eingestellt; für ihre anstrengende Arbeit erhielt bis jetzt eine Strumpfwirkerin 80 Kopelen bis 1 Rubel (1 M. 60 Pf. bis 2 M.) pro Woche.

Soziale Rechtspflege.

Für Unfallverletzte besteht nach Annahme der zuständigen Gerichte die Verpflichtung, an der möglichsten Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit innerhalb gewisser Grenzen mitzuwirken, z. B. dadurch, daß sie die beschädigten Glieder durch Gebrauch von Steifheit und dergleichen bewahren und sie wieder an Thätigkeit gewöhnen. Aus der Nichterfüllung dieser Verpflichtung leiten die Genossenschaften das Recht her, den Verletzten nur den Grad der Erwerbsunfähigkeit zu entschädigen, welcher bei vorschriftsmäßigem Verhalten erzielt worden wäre. Das Reichs-Versicherungsgesetz hat jetzt in dem Rechtskreis des Arbeiters Bartowial entschieden, jener Grundsatz sei noch nicht anwendbar, wenn die zu erwartende Besserung ausbleibe, weil der Verletzte sich nicht entsprechend verhielt, sondern erst dann, wenn in einem schuldhaften pflichtwidrigen Verhalten der Grund liege. Zur Feststellung eines solchen sei vor allem erforderlich, daß dem Verletzten von der Genossenschaft vorher — rechtzeitig und ausdrücklich — klar gemacht sei, welche Folgen die Weigerung, ihm aufgetragene Arbeiten zu auszuführen, für ihn nach sich ziehen würde. V. waren wohl derartige Arbeiten von der beklagten Genossenschaft aufgetragen und auch vermittelt worden, ihr Vorstand hatte ihm jedoch keinerlei Vorhaltungen betreffs der eventuellen Folgen der Unterlassung dieser Arbeiten gemacht. Das Urtheil des Schiedsgerichts, das dem Kläger bei der Rentenbemessung gewisse Unterlassungen angerechnet hatte, welche die Wiedererlangung eines höheren Grades von Erwerbsfähigkeit verhindert haben sollten, wurde darum vom Reichs-Versicherungsausschuß aufgehoben. Dasselbe sprach dem Kläger nunmehr eine Rente in der Höhe des noch wirklich vorhandenen Grades der Erwerbsunfähigkeit zu.

Gerichts-Beitrag.

Wegen Beleidigung eines Vorgesetzten war der frühere Laternenwärter Adolf Hinz in Charlottenburg zu 6 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Er hatte den Laternenaufseher Müggenburg der Bestechlichkeit beschuldigt und den Beweis der Wahrheit vor Gericht so erfolgreich geführt, daß der Amts-anwalt selber die Freisprechung beantragte. Das Gericht verurtheilte den Laternenwärter aber, weil nicht für festgestellt erachtet worden war, daß Müggenburg, wie Hinz behauptete, die Anklage gethan hatte, für Geld mache er alles. Auf grund erneuter Beweisaufnahme erachtete das Berufungsgericht auch diese Anklage des Müggenburg für erwiesen und sprach am 11. d. M. Hinz von Strafe und Kosten gänzlich frei.

Dem Sanitätsverein zu Kassel waren Ende vorigen Jahres zwei Versammlungen aufgelöst worden, weil diese nicht polizeilich angemeldet waren; ferner hatte die Polizei verurtheilt, diesen meist aus Arbeitern bestehenden Verein unter das Vereinsgesetz zu stellen. Die sowohl bei der königl. Regierung als auch beim Oberpräsidium eingeleiteten Beschwerden hatten keinen Erfolg, vielmehr wurde dort das Vorgehen der Polizei als richtig anerkannt. Der Vorstand betrat hierauf den Weg des Verwaltungsstreitverfahrens und das Oberverwaltungsgericht erkannte die eingeleitete Beschwerde als begründet an. Die Versammlungen dieses Vereins brauchen mithin nicht angemeldet zu werden.

Wegen Beleidigung des Freiherrn von Stumm ist vom Landgerichte Erfurt am 10. März der verantwortliche Redakteur der „Thüringer Tribune“ und des „Nordhäuser Volksblattes“, Schriftführer Alexander Wiertel, zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden. Er hatte aus der „Schwäbischen Logwacht“ in Stuttgart einen Artikel abgedruckt, in welchem das Auftreten des Freiherrn von Stumm im Reichstage gegen die Sozialdemokratie scharf kritisiert wurde. Nur Herr von Stumm hatte Strafantrag gestellt. — Die Revision des Angeklagten, welche die Nichtanwendung des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) rügte, wurde am Mittwoch vom Reichsgerichte als unbegründet verworfen.

Das Versteuermisverhältnis vor Gericht. Die Verhandlung ist am Freitag wieder von der Strafkammer zu Stolp i. P. aufgenommen worden. Ein Telegramm meldet kurz: In dem Prozesse gegen den Versteuermisverhältnis-Fabrikanten Westphal stellte der Staatsanwalt den Antrag auf Verurteilung des Angeklagten wegen „wider besseres Wissen begangener Beleidigung und wissentlicher falscher Anschuldigung“ und beantragte auf grund der §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches 1800 M. Geldstrafe event. für je 15 M. einen Tag Gefängnis. Der Staatsanwalt führte aus, daß in keiner Weise eine Bestrafung von Beamten nachgewiesen sei. Hierauf trat Mittagspause ein.

In Wien fanden am Freitag die letzten gerichtlichen Verhandlungen wegen des Konflikts bei der Raifeier im Prater statt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen und neun zu Strafen von 1 Woche Arrest bis zu 18 Monaten schweren Kerkers verurtheilt. Die Richter haben von der großen Macht, die ihnen das Gesetz einräumt, bei dem Prozeß vielfach einen Gebrauch gemacht, der sich unserer Ansicht nach nicht durch die Art der meist herzlich unbedeutenden Vergehen, sondern nur durch die politische Leidenschaft der Richter erklärt. Andernfalls hätten sie Strafen von 1—2½ Jahren schweren Kerkers nicht ausgesprochen.

Versammlungen.

Der Interessenverein der Kistenmacher hielt am 10. d. M. eine Mitgliederversammlung in Cohn's Festhale, Wehrstr. 22, ab. Zur Verlesung gelangte die Abrechnung vom Maskenball, die eine Einnahme von 220 M. und eine Ausgabe von 116,75 M. ergab, mithin ist ein Ueberschuß von 113,25 M. vorhanden. Sodann wurden den Vereinsmitgliedern der Werkstatt Riechheim noch je 3 M. zu der schon erfolgten Unterstützung zugesprochen.

Die ausländischen Musikinstrumenten-Arbeiter hielten am Mittwoch im großen Saale der Branerei Friedrichshain eine öffentliche Versammlung ab, um sich über den Stand ihrer Bewegung zu informieren. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und polizeilich abgesperrt. Nach einem interessanten Vortrag des Schriftstellers Heinrich Schulz erstattete Arndt namens der Kommission Bericht über den Stand des Streiks. Er theilte mit, daß nun auch die Firmen Reusfeld, Hirschfeld und Ziemlein theilweise die Forderungen bewilligt haben, mithin also 25 Firmen ihren Betrieb fortsetzen. Im Streik befinden sich noch 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Blum geht näher auf den Streik ein, indem er die Haltung der Fabrikanten dieser Branche mit der der Tischlermeister in Parallele stellt, er bringt dann den Bericht der letzten Nummer des Fabrikantenorgans, der „Musikinstrumenten-Zeitung“ über den Streik zur Kenntniß der Versammlung, in welchem die Publikationen der Lohnkommission als unwahr bezeichnet werden. Redner befreit die unterschieden. Grundmann und Wustrow geißeln gleichfalls die denunziatorischen Berichte der Unternehmerpresse und weisen die Wahrheit des in der Arbeiterpresse über den Streik veröffentlichten Materials durch die Unterstützungslisten nach. Wustrow

weist die Streikenden auf den Opfermuth und die Fähigkeit der Rothhafer Textilarbeiter hin, woran sich die Streikenden ein Beispiel nehmen sollten. Folgende Resolution gelangt nach Schluß der Debatte einstimmig zur Annahme: Die heutige öffentliche Versammlung der streikenden Musikinstrumenten-Arbeiter verpflichtet sich, unter allen Umständen an ihren Forderungen festzuhalten.

Die streikenden Schuhmacher waren am Freitag Vormittag bei Cohn, Wehrstraße, versammelt, um den Bericht über den Stand des Streiks entgegenzunehmen. Zur Zeit befinden sich nach dreiwöchentlicher Dauer der Bewegung 331 Arbeiter von 29 Geschäften im Ausstand. Bewilligt haben bisher 25 Geschäfte mit 169 Gesellen. Mit mehreren Meistern werden ausblicklich Verhandlungen gepflogen, die voraussichtlich zu weiteren Bewilligungen führen werden. In der Diskussion wurde erwähnt, daß verschiedene größere Geschäfte versuchen, die Arbeit von den kleinen Meistern fertig stellen zu lassen. Wie es scheint, werden die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung keineswegs streng beachtet. J. B. wurde am vorigen Sonntag bei Breitsprecher, Neue Wilhelmstr. 13, gearbeitet, ohne daß die Behörde, die wohl Veranlassung nahm, die kontrollierenden Arbeiter wegzujagen, dies inhibirt hätte. Eine Resolution, welche die Streikenden zum Ausbleiben verpflichtet und die bisherige Taktik als die richtige bezeichnet, an der auch weiter festgehalten werden soll, fand einstimmige Annahme. Weiter wurde ein Antrag angenommen, diejenigen, welche nach Beendigung des Streiks nicht wieder Arbeit erhalten, als Genahregelte zu betrachten und sie dementsprechend zu unterstützen. Beschlossen wurde ferner, ein Flugblatt zu verbreiten, in welchem den Kunden Aufschluß über die Zustände in diesem Gewerbe gegeben werden soll.

Wie eifrig man bemüht ist, die Bevölkerung von der Verwirrung mit der Sozialdemokratie fernzuhalten, dafür legt ein Vorkommnis Zeugnis ab, das sich am Sonntag, den 3. Mai, in Woltersdorf bei Wühlendebel im Kreise Nieder-Barnim abspielte. In dem genannten Ort war in dem Kremzow'schen Lokale eine öffentliche Versammlung der Bauarbeiter einberufen und hatten sich die Versammlungs-Theilnehmer, da dem Wirth noch keine Schankenerlaubnis erteilt war, ein Fäßchen Bier mitgebracht. Das schien nun den 6 bis 8 Gendarmen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe erschienen waren, ein so schweres Vergehen, daß der überwachende Beamte die Anwesenden aufforderte, das Lokal zu verlassen und damit die Abhaltung der Versammlung verhinderte. Jedoch die Maßnahmen verfehlten ihren Zweck, da die Teilnehmer der Versammlung nach kurzer Pause zurückkehrten und eine zweite schon vorher angemeldete Versammlung eröffnet werden konnte. Wohl oder übel war hiergegen nichts einzuwenden und hatte somit auch Genosse Kiesel Gelegenheit, seinen Vortrag, der die Tagesordnung der ersten Versammlung bilden sollte, zu halten. Wenn die Behörde immer ein so zahlreiches Angebot von Gendarmen bei unseren Versammlungen für dienlich hält, so kann das unserer Sache keinen Schaden zufügen, da die Bevölkerung so kleiner Ortsschaften in eine wohl begriffliche Erregung gehalten wird, die neugierig einen jeden veranlaßt, selbst sich zu überzeugen, welche „verbrecherischen“ Pläne in solchen Versammlungen ausgeheckt werden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 15. Mai. (Berl. Corr.) Neuerdings sind von dem Minister des Innern Abmachungen von Interessenten aus den Vororten empfangen worden, welche ihre Wünsche hinsichtlich einer Abänderung der kommunalen Organisation vorgetragen haben.

Die Unzuträglichkeiten, welche für größere Gemeinden, insbesondere solche von der Bedeutung Schöneberg, aus ihrer Unterstellung unter die Landgemeindegliederung sich ergeben, sind nicht zu verkennen; es soll daher erwogen werden, ob die Verhältnisse danach angehen, Schöneberg und eventuell auch andere Gemeinden zu Stadtgemeinden zu erheben.

Was die Frage einer Eingemeindung von Vororten in die Stadt Berlin betrifft, so dürfen die einer allseitig befriedigenden Lösung dieser Frage entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht unterschätzt werden. Erörterungen hierüber sind nach verschiedenen Richtungen im Gange; eine Entscheidung der Frage kann aber nicht in nahe Aussicht gestellt werden. Falls man sich überhaupt zu einer Eingemeindung entschließt, würde voraussichtlich nur eine solche in größerem Umfange und zwar nur von ganzen Gemeinden, in betracht kommen können. Die Verleihung des Stadtrechts an einzelne Vorortgemeinden schließt übrigens eine spätere Eingemeindung derselben nicht aus.

Berlin, 15. Mai. (Berl. Corr.) Der Minister für Handel und Gewerbe hat dem Hause der Abgeordneten die Mittheilung gemacht, daß der dort vorliegende Entwurf eines Gesetzes über die Handelskammern zurückgezogen worden sei.

Stolz (Pommern), 15. Mai. (M. Z. B.) Das Urtheil in dem Prozeß gegen den Versteuermisverhältnis-Fabrikanten Westphal lautet auf Freisprechung des Angeklagten.

Würzburg, 15. Mai. (M. Z. B.) Heute Nachmittag gegen 8 Uhr brach im linken Flügel des königlichen Schlosses Feuer aus, das den Dachstuhl der ganzen Länge nach bis zur Mitte des Hauptgebäudes zerstörte.

Brüssel, 15. Mai. (M. Z. B.) Die Kammer nahm mit 61 gegen 55 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen die ganze Kongressvorlage an.

Rotterdam, 15. Mai. (M. Z. B.) Die heute Nachmittag abgehaltene Versammlung der ausländischen Schiffenklader lehnte einstimmig den gemeldeten Vorschlag eines der hervorragendsten Arbeitgeber ab. Der Ausstand dauert somit fort.

Wien, 15. Mai. (M. Z. B.) Der Kaiser hat die Wahl des Antisemiten Strobach zum Bürgermeister von Wien bestätigt. Wien, 15. Mai. (M. Z. B.) Das Abgeordnetenhaus nahm die restlichen Artikel der Wahlreform-Vorlage in zweiter Lesung in der Fassung des Ausschusses an.

Paris, 15. Mai. (H. B.) Gestern Abend fand auf der Chaussee d'Antin ein blutiger Zusammenstoß zwischen Studenten und der Polizei statt. Die Studenten, etwa 600 an der Zahl, hatten einen Zug arrangirt, um sich vor die Statue der Jungfrau von Orleans zu begeben und ein Nationalfest in Ehren der Jungfrau von der Regierung zu verlangen. Die Polizei verhinderte den Aufzug und verhaftete mehrere Teilnehmer.

Toulon, 14. Mai. (M. Z. B.) Eine Explosion, deren Ursache unbekannt ist, entstand gestern an Bord des Kreuzers „Amiral Duperré“ in der mittelfsten Pulverkammer und verursachte einen Brand, welcher rasch gelöscht wurde. Ein Unfall an Personen ist nicht zu beklagen, doch herrscht hier große Erregung über den Vorfall.

London, 15. Mai. (M. Z. B.) Unterhaus. Chamberlain erklärte, der Gouverneur von Hongkong habe telegraphisch mitgeteilt, daß die Offiziere des deutschen Postdampfers „Hohenjoller“ keine photographische Aufnahme der Forts angefertigt haben. Das ursprünglich über dieselben verhängte Urtheil, welches auf neun Monate Gefängnis lautete, sei nach einem neuen Verhör in eine Geldbuße von 100 Dollars umgewandelt worden.

Oslo, 15. Mai. (M. Z. B.) Aus dem alten St. Andreas-Fisch-Dock brachen heute große Wassermassen durch die Dockthüren in das neue fast schon vollendete Dock ein. Nahezu sämtliche Schiffe wurden von den Untern getrieben, mehrere Fahrzeuge sind gesunken, andere geschnitten. Menschenverlust ist nicht zu beklagen; der Schaden wird auf 2 Millionen Mark geschätzt.

Reichstag.

91. Sitzung vom 15. Mai 1896. 2 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf von Posadowsky, von Hammerstein.

Eingegangen sind ein Nachtragsetat zum Etat der Schutzgebiete von 1896-97, ein Nachtragsetat zum Reichshaushalts-Etat für 1896-97 und der Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Verathung des Gesetzentwurfes, betr. Aenderung der Zuckersteuer-Gesetze.

Zu der Generaldiskussion erhält zunächst das Wort Abg. Weich (fr. Rp.), welcher als Vertreter des Südens sich gegen die Vorlage erklärt, nur die Ausländer haben den Vortheil des billigen Zuckers. Redner verweist darauf, daß in den Gemeinde-Statuten die Bestimmung enthalten ist, daß derjenige, welcher an einer Sache materiell interessiert ist, sich an den Abstimmungen nicht betheiligen dürfe. Wenn für den Reichstag eine solche Bestimmung gelten würde, würde das Gesetz schwerlich zu Stande kommen. Redner schließt mit der Erklärung, daß namentlich seine bayerischen Landsleute bei ihrer ablehnenden Haltung bleiben werden.

Abg. Schulz-Duply (Rp.) will weder das Interesse der Konsumenten noch das der Produzenten in den Vordergrund stellen, sondern lediglich das allgemeine deutsche Interesse, welches die Erhaltung dieses wichtigen Industriezweiges verlangt. Geschädigt werden durch die niedrigen Zuckerpreise nicht die Fabriken, sondern die Rübenpflanzer, die statt 1 M. nur 40-50 Pf. für den Zentner Rüben bekommen haben. Die Gegner in dieser Frage sitzen nicht hier im Lande, sondern im Wettbewerbe der Nationen sitzen sie außerhalb Deutschlands. Deshalb sollte das Gesetz möglichst einstimmig angenommen werden.

Abg. Richter (Z.): Die 11 süddeutschen Zuckerraffinerien kommen bei dieser Vorlage nicht erheblich in Betracht; sie haben keinen erheblichen Vortheil von ihr, und dem geringen Vortheil stehen bedeutende Nachteile gegenüber. Wir anerkennen die hohe Bedeutung der Zuckerindustrie für die Landwirtschaft, aber das Gesetz legt der Allgemeinheit große Opfer auf und bringt die Gefahr der Ueberproduktion mit sich. Deshalb werden meine näheren politischen Freunde gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Schippel (Soz.): Das Zentrum befolgt auch heute wie in der Kommission den Hidsackkurs. Rechtfertigt denn die Lage des Zuckermarktes überhaupt eine stärkere Ausfuhrprämie? Die Ziffern der Ausfuhrstatistik und der Zuckerproduktion beweisen die Nichtigkeit der in dem Capriuschen Gesetzentwurf von 1890 gemachten Behauptung, daß der deutsche Zucker bei ermäßigter Prämie dem prämierten, namentlich dem französischen Zucker gegenüber nicht konkurrenzfähig werden würde. Seit 1890/91 hat sich unsere Zuckerproduktion um 6 Millionen Doppelzentner gesteigert, die österreichische um 2,9, die französische um 1 Million. Andere Staaten sind bereit, ihre Prämien herabzusetzen, z. B. Holland. Warum sollen wir also zum Kampfe blasen? In anderen Staaten würde das nur ein Signal sein zu einer Erhöhung ihrer Prämien. (Lebhafteste Zustimmung links.) In Oesterreich ist man schon am Werke damit. Oesterreich und Frankreich können viel eher ihre Prämien erhöhen, denn sie exportieren nur ein Drittel bezw. ein Zehntel soviel wie wir. Die jetzige Betriebssteuer ist gegenüber der Regierungsvorlage und dem Antrage Paasche nur eine leere Dekoration; jene hätten wirklich die Ueberproduktion zurückgedrängt. Wie die Dinge jetzt liegen, wird die Viebesgabe zu einer neuen Inflation Ueberproduktion führen. Die Mehreinnahmen des Reiches hat man durch Erhöhung des Kontingents und Herabsetzung der Verbrauchssteuer beschritten und wenn der konservative Antrag kommen und angenommen werden sollte: 17 Millionen Kontingent, 2,50 M. Ausfuhrprämie und Erhöhung der Verbrauchssteuer von 18 auf 20 M., so würde der Reichsüberschuss noch auf weitere 6 Millionen vermindert. (Zu dem die Regierung, dann muß es um die Reichsfinanzen so glänzend bestellt sein (Sehr gut! links), daß wir im nächsten Jahre eine Mehrforderung zu erwarten haben.)

Was die Folgen des Gesetzes für die Arbeiter betrifft, so sind bis jetzt die Zuckerpreise gerade durch die Prämie so tief herabgegangen, daß trotz der steigenden Steuereinnahmen die Konsumenten eigentlich noch ganz gut dabei gefahren sind, während die Fabrikanten einen übernormalen Verdienst gehabt haben durch die Subventionen. Wenn aber der Konsument die Steuer hat zahlen müssen, so liegt doch kein Grund vor, ihn nochmals zu schröpfen zur Entschädigung des Fabrikanten für den beschränkten Absatz im Inlande. Wenn gesagt worden ist, daß diejenigen, die direkt an diesen Viebesgaben interessiert wären, nicht das Recht haben sollten, mitzustimmen, so entspricht das dem ganz natürlichen Empfinden aller dorer, die unparteiisch der Sache gegenüberstehen. Nach den Statuten einzelner Städte-Ordnungen dürfen die Interessenten nicht mitstimmen (Sehr richtig! links), auch nach dem Statut der Stadt Leipzig zur Freude der „Deutschen Tageszeitung“ vom Bande der Landwirtschaft. Hier aber geben die Interessenten den Ausschlag (Sehr richtig! links). Wird ein armer Arbeiter arbeitslos und bekommt eine Armenunterstützung, so darf er nicht einmal seine Stimme bei den allgemeinen Wahlen in die Waagschale werfen. (Sehr gut! links.) Wird aber ein reicher Kapitalist während einer Krise 1-2 Jahre profitabel und setzt ihm das Reich öffentliche Almosen von Tausenden und Hundertausenden pro Jahr aus, dann stimmen die Herren im Reichstage mit dafür. (Sehr richtig! links.) Das ist ein so kläffischer Widerspruch, daß ich hoffe, daß die Interessenten ihre Stimme nicht abgeben werden. (Weißt links.)

Abg. Barth (fr. Rp.): Klagt man über die Nothlage der Landwirtschaft, dann wird kein Wort der Kritik gesagt. (Sehr richtig! links.) An welchen Stellen man das Gesetz auch anfassen mag, an allen Stellen ist es falsch. Sie kennen die bekannte Nachbildung eines Pferdes, an dem alle Pferdekrankheiten dargestellt sind. Diefem Bilde gleicht das Gesetz, welches alle protektionistischen Fehler aufweist. (Große Heiterkeit.) Ich bitte das Gesetz abzulehnen.

Abg. Schulze-Denne (nat.) hält es nicht für gerechtfertigt, diejenigen vom Stimmrecht auszuschließen, welche an einer Frage betheiligt sind. Er tritt als Sachverständiger für die Vorlage ein und sucht namentlich die Ausführungen des Abg. Richter in der zweiten Lesung zu widerlegen. Redner weist an den Verhältnissen einer ihm speziell bekannten Fabrik nach, wie die Rübenpreise in den letzten 10 Jahren gesunken sind. Redner erklärt sich für das Gesetz, wie es sich gestaltet hat und fordert auch die Herren aus dem Osten auf, trotz der Verschiedenartigkeit der Interessen für das Gesetz zu stimmen.

Damit schließt die Generaldiskussion. Es folgen persönliche Bemerkungen. In der Spezialdiskussion findet über den Artikel I, Einleitung, eine Debatte nicht statt.

Die Zählung des Hauses bei zweifelhafter Abstimmung ergibt die Annahme des Artikels mit 142 gegen 121 Stimmen.

Zu § 65 (Betriebsabgabe) beantragt Abg. Graf Schwerin (L.) die Wiederherstellung der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Graf Schwerin (L.) erklärt sich gegen die Betriebsabgabe und beruft sich auf die Zuschriften aus dem Lande, welche dieselbe verurtheilen. Durch die Wiederherstellung derselben habe man die Vorlage entschieden verschlechtert. Redner verweist auf einen Antrag wegen der besonderen Behandlung der Melasse.

Abg. Lieber (Z.) weist darauf hin, daß das Zentrum noch einmal in eine Prüfung der Frage eingetreten sei, wie es den Herren von der Rechten entgegenkommen könnte. Der Antrag des Grafen Schwerin zeige aber nicht einen gangbaren Weg, dagegen sei das Zentrum bereit, zur Erleichterung der Melasse-Entzuckerung das Kontingent um 2 pCt. oder 340 000 Doppelzentner zu erhöhen. In Bezug auf die Betriebsabgabe stehe das Zentrum auf demselben Standpunkt wie in der zweiten Lesung.

Abg. Richter: Es ist ja schon eine Verbesserung, wenn der Handel sich vor der Öffentlichkeit vollzieht. (Heiterkeit.) Melassezucker und Betriebsabgabe haben innerlich nicht das mindeste mit einander gemein. Die Betriebsabgabe ist eine Strafe für gewisse größere Fabriken und die Begünstigung des Melassezuckers soll ein Befähigungsmittel dafür sein. Der Reichstag sollte doch in seiner Mehrheit die Frage sachlich entscheiden. Die Betriebsabgabe ist finanziell nicht gerechtfertigt, weil die Deckung der Viebesgabe schon durch die Erhöhung der Verbrauchsabgaben mehr als ausreichend bewerkstelligt wird, und im übrigen hat sie praktisch nur eine Vergrößerung der großen Fabriken zur Folge, zumal im Osten. Die Herren aus Süddeutschland, die über den Werth des gesammten Gesetzes mindestens im Zweifel sind, sollten es sich dreimal überlegen, ehe sie die Betriebsabgabe annehmen, die gerade den neuen süddeutschen größer angelegten Fabriken sehr beschwerlich werden kann. (Weißt links.)

Abg. Graf Schwerin (L.): Die Behandlung der Melasse und die Betriebsabgabe komplementiren sich gewissermaßen. Ich werde mit Rücksicht auf den Antrag des Zentrums gegen meinen eigenen Antrag stimmen. (Heiterkeit.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn der Antrag des Zentrums durchgeht, dann wird die Nachfrage nach Melasse und deren Preis steigen. Ich persönlich würde dem Antrage des Zentrums den Vorschlag geben.

Abg. Lieber (Z.): Bei wirtschaftlichen Dingen muß immer eine Vereinbarung gesucht werden, das weiß Herr Richter als alter Parlamentarier auch sehr gut. Bei der Frage der vierten Bataillone würde es Herr Richter wohl sehr abnehmen, wenn wir die Verkopplung mit der Militär-Strafprozeßordnung lediglich als einen Handel bezeichnen wollten. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Abg. Richter: Ich freue mich, daß Herr Lieber die Vorlage wegen der vierten Bataillone schon jetzt mit einer Ehrensalve begrüßt. Er hat damit Kund gegeben, wie die vierten Bataillone mit der zweijährigen Dienstzeit in Verbindung gebracht werden sollen. (Lebhaftester Widerspruch rechts und im Zentrum. Zuruf: Militär-Strafprozeßordnung!) Ich bin von Anfang an Gegner der Betriebsabgabe gewesen, bevor noch ein Anlaß vorlag, diese Frage im Zusammenhang mit diesem Gesetz zu behandeln. Vergeblich suchen Sie den inneren Zusammenhang mit dem Melasseantrag herzustellen. Den schon bestehenden Melasse-Entzuckerungs-Anstalten wird die Abgabe auferlegt; diese werden geschädigt. Nur den in Zukunft erst zu errichtenden Anstalten kommt der Antrag zugute.

§ 65 wird mit der Betriebsabgabe angenommen und nur durch die Bestimmung ergänzt, daß der Steuerzuschlag in Höhe des Ausfuhrzuschusses nur gezahlt werden soll von der das Kontingent übersteigenden Zuckermenge.

Im übrigen wird der Abschnitt über die Betriebsabgabe unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung genehmigt, ebenso die §§ 70-72 über die Höhe der Ausfuhrzuschüsse. Die §§ 73 und 74, welche sich auf den Höchstbetrag der Ausfuhrprämien bezogen, sind in zweiter Lesung gestrichen und bleiben gestrichen.

Die §§ 75-81 beziehen sich auf die Kontingentirung, sie werden zum Theil unverändert und ohne Debatte angenommen; zu § 78 wurde ein redaktioneller Zusatz beantragt von dem Abg. Müller-Fulda.

Durch Zählung des Hauses wird dieser mit 158 gegen 100 Stimmen angenommen.

Zu § 80, welcher das Kontingent auf 17 Millionen Doppelzentner festsetzt, beantragen die Abg. Müller-Fulda (Z.) und Genossen folgenden Zusatz: Nach näherer Bestimmung des Bundesraths kann das Gesamtkontingent zur Erleichterung der Errichtung neuer Fabriken, welche ausschließlich Melasse entzuckern, bis um 2 pCt. des jeweiligen Gesamtkontingents erhöht werden. Soweit eine solche Erhöhung eintritt, finden die Bestimmungen des § 76 - bezüglich der neu errichteten Zuckerraffinerien, die im ersten Jahre gar keine, oder bei genossenschaftlichen Fabriken, die im ersten Jahre nur das halbe Kontingent erhalten sollen - auf diese Frage keine Anwendung.

Abg. Hüfde fährt aus, daß früher die Melasse schlechter behandelt werden sollte durch die besondere Melassesteuer; jetzt solle zu Ungunsten der Zuckerraffinerie die Melasse begünstigt werden. Die Raffinerie hätten alle Ursache, gegen dieses Handelsgeschäft Protest zu erheben; aber sie sind dazu gar nicht in der Lage, weil das Geschäft im letzten Augenblick gemacht wird. Gegen eine solche Gesetzmacherei sollte man entschiedenen Widerspruch erheben. Man sollte einem bestimmten Industriezweig nicht eine Konkurrenz anfaben, ohne ihm Gelegenheit zur Aufklärung zu geben.

Abg. Müller-Fulda (Z.): Ich bedauere, daß Herr Hüfde seine Gunst nur den bestehenden Melasse-Entzuckerungsanstalten zuwendet und nicht dem Osten die Errichtung ähnlicher Anstalten gönnt. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Paasche (nat.) spricht sich in demselben Sinne aus. Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich fasse den Antrag dahin auf, daß die neu zu errichtenden Melasse-Entzuckerungsanstalten ihr volles Kontingent sofort im ersten Jahre erhalten sollen und zwar zur Hälfte aus dem 2 pCt., zur Hälfte in dem gewöhnlichen Kontingent; in weiteren Jahren erhalten sie ihr Kontingent dann ganz aus den 17 Millionen Doppelzentnern.

Abg. Müller-Fulda befähigt diese Auffassung als die feine.

Abg. Richter: Es kommt jetzt darauf an, alle die Interessentengruppen mit einander in Harmonie zu bringen; die Deute ist vertbeilt, man hat sich darüber verständigt; ob die Sache folgerichtig ist oder nicht, das Gesetz kommt auf Grund dieser Beutevertheilung zu Stande.

§ 80 wurde mit dem Antrag Müller-Fulda angenommen. Die §§ 82 und 83 (Uebergangs- und Schlußbestimmungen) werden genehmigt.

§ 84 bestimmt, daß die Vorschriften des zweiten und dritten Theils des Gesetzes (betr. die Betriebsabgabe und die Ausfuhrzuschüsse) mit dem 31. Juli 1903 außer Kraft treten.

Abg. Graf Carmer (L.): Diese Bestimmung müßte gestrichen werden, weil sie die Industrie benachtheiligt. Wir wollen doch Alle die Befreiung der Prämien, (Widerspruch und Heiterkeit links; Zuruf rechts: Jawohl!), es wird aber der Regierung die Waffe genommen, auf die anderen Staaten einzuwirken, wenn die Prämien 1903 fortfallen.

§ 84 wird gestrichen. Artikel II bestimmt, daß die Zuckersteuer von 18 auf 21 M. erhöht werden soll.

Die Abg. Meyer-Danzig und Richter beantragen, die Zuckersteuer auf 20 M. festzusetzen.

Abg. Richter meint, daß aus den Einnahmen aus der Betriebssteuer und der besonderen Zuschlagssteuer und einer Zuckersteuer von 20 M. alles gedeckt werden kann, was an Prämien gezahlt werden solle. Es sei nicht notwendig, darüber hinaus noch die Konsumenten zu belasten.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich bitte, den Antrag doch abzulehnen. Es kommt hierbei auf die finanziellen Interessen der Einzelstaaten an, die unter allen Umständen gewahrt werden müssen.

Abg. Meyer-Danzig hält es nicht für zweckmäßig, im Interesse der Zuckerindustrie die Konsumenten zu belasten. Es würde bei 21 M. Zuckersteuer eine Mehreinnahme von 6 Millionen Mark eintreten.

Abg. v. Stamm (Rp.): Eine solche Mehreinnahme würde ich nicht für ein Unglück halten.

Abg. von Kardorff (L.): Die Zuckersteuer würde die Landwirtschaft auch belasten und es kann doch nicht beabsichtigt sein, auf Kosten der Landwirtschaft die Reichskasse zu füllen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Schon bei der Verathung der Militärvorlage wurde 1893 der Fortfall der Zuckerprämien in Rechnung gestellt. Auf den Betrag dieser Prämien hat also die Reichskasse ein ins Quasitum. Durch die Erhöhung der Prämien wird die Reichskasse mehr belastet, die ohnehin schon ein großes Opfer für die Landwirtschaft gebracht hat.

Abg. Richter: Der Bundesrath will also auch noch etwas haben. (Heiterkeit.) Es wird damit gaulich gemacht, daß er sonst die Vorlage ablehnen würde. Das glaube ich nicht, daß der Bundesrath für einige Millionen zu haben ist; dazu denke ich zu hoch von ihm. Eine Erhöhung der Verbrauchsabgabe um 2 oder 3 M. ist doch keine Kleinigkeit bei einem Lebensmittel. Die Prämien sollten fortfallen, und die Reichskasse sollte den Vortheil davon haben. Aber wenn die Prämien fortgezahlt werden, so ist doch dadurch nicht notwendig eine Mehrbelastung des Konsums zu folgern. Die Einnahmen betragen aus der Erhöhung der Konsumabgabe 12 Millionen und aus der Betriebsabgabe 2 1/2 Millionen. Die Kommission hatte 21 M. beschlossen ohne Betriebsabgabe und bei einer Prämie von 3 M. Infolge dessen kann jetzt eine Ermäßigung des Steuerfußes eintreten.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn durch die höhere Prämie für Raffinade die Ausfuhr derselben steigt und die des Rohzuckers zurückgeht, so hat das Reich die Mehrausgabe zu bedenken. Die Mehreinnahme aus dem steigenden Verbrauch an Zucker gehört doch dem Reiche ohne weiteres. Da der Zucker mehr ein Genussmittel der wohlhabenderen Kreise ist, ist eine Erhöhung um 1 M. nicht bedeutend.

Die Steuer in Höhe von 20 M. wird in namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 119 Stimmen beschlossen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, die beiden freisinnigen Gruppen, die Volkspartei, die Polen, die Mehrheit der Reichspartei, eine Anzahl konservativer und Nationalliberale, von dem Zentrum die süddeutschen Mitglieder fast alle und außerdem einige der norddeutschen; dagegen stimmten die Mehrheit der Nationalliberalen und Konservativen und die Antisemiten, sowie die oben bezeichneten Bruchtheile der übrigen Parteien.

Zu Artikel III und IV beantragt Abg. Paasche einen Zusatz, wonach die nachweislich vor dem 14. Mai zur Lieferung vor dem 1. August 1896 verkauften Zuckermengen zum alten Steuerfuß abgerechnet werden sollen. Es seien ihm verschiedentlich Depeschen zugegangen, in denen man sich über schwere Schädigungen beklagt.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe auch viele Depeschen bekommen, aber die Depeschengebühren betragen weniger, als die Reichskasse Verlust erleiden würde bei Annahme des Antrags Paasche. In den Lieferungsanträgen ist mit Rücksicht darauf, daß über das Gesetz schon sechs Monate verhandelt wird, eine Bestimmung über die Konsumabgabe enthalten.

Abg. Paasche schlägt vor, solche Lieferungen zum alten Steuerfuß abzurechnen, welche nachweislich ohne Vorbehalt vor dem 14. Mai abgeschlossen sind.

Nachdem noch Abg. Camp (Rp.) den Antrag vertheidigt, wird derselbe gegen die Stimmen der Nationalliberalen und einiger Konservativen abgelehnt.

Es folgt die Verathung der Resolution der Abg. Richter (Z.) und Genossen: „Die verbundenen Regierungen zu ersuchen, mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß durch internationale Vereinbarungen eine Befreiung der Ausfuhrvergütungen für Zucker in thüringischer Waare herbeigeführt werde.“

Dieselbe wird einstimmig angenommen.

Zu namentlicher Abstimmung wird darauf über das Gesetz im ganzen abgestimmt; dasselbe wird mit 144 gegen 124 Stimmen angenommen. Für das Gesetz stimmten die Reichspartei, die Antisemiten, die Welfen und die Polen geschlossen, die Deutschkonservativen mit Ausnahme der Abgeordneten Graf Schlieffen und von Staudy; die Nationalliberalen mit Ausnahme der Abgeordneten Wassermann, Blankenhorn, Brünings, Brand, Prinz Carolath, Klemm, Ludwigsbafen, Grand-Baden, Fürst zu Fürstenberg und Siegle; endlich das Zentrum mit Ausnahme der Abg. Deuringer, Ed. Beckenberger, Hug, v. Lams, Lehmeier, Lehner, Pernu, Marbe, Mayer-Landsbut, Moris, Pichler, Schädler, Schuler, Steininger, Seidler, Wenzel, Wilsperger und Zott. Gegen die Vorlage stimmten außer den genannten Personen die Sozialdemokraten, die beiden freisinnigen Gruppen und die deutsche Volkspartei geschlossen.

Schluß 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (Militärvorlage.)

Die Auflösung der Berliner Partei-Organisation vor Gericht.

Die, wie sich leithin herausgestellt hat, vom Polizeikommissar Schöne erwirkte und vom Berliner Polizeipräsidenten v. Jozogena Auflösung der Berliner sozialdemokratischen Partei-Organisation unterlag der richterlichen Nachprüfung in einer Verhandlung, welche am Freitag, 15. Mai, vor der II. Strafkammer des Landgerichts I Berlin, der früheren Brausewetter-Kammer, begann. Die Auflösung erfolgte durch Verfügung des Polizeipräsidenten vom 29. Nov. 1895 auf Grund des § 9 der Verordnung über die Verhütung eines der gesellschaftlichen Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinsrechts, und es wurden die sechs sozialdemokratischen Wahlvereine für die sechs Berliner Reichstags-Wahlkreise, die Preßkommission, die Agitationskommission, die Lokalkommission und, wie die Staatsanwaltschaft sich ausdrückt, „der Verein der öffentlichen Vertrauensmänner“, sowie der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorläufig geschlossen.

Die 5. Strafkammer des Landgerichts I hat dann am 11. Dezember vorigen Jahres beschlossen, daß die erfolgte vorläufige Schließung bis zum gerichtlichen Erkenntnis in der Hauptsache fortzudauern hat. Die Anklagebehörde betrachtet die sämtlichen vordennannten Vereinen und Kommissionen als politische Vereine und behauptet, daß sich alle eines Vergehens

gegen das preussische Vereinsgesetz schuldig gemacht haben, weil sie nicht in Verbindung getreten seien. Die Wahlvereine hätten sich nicht auf die Vorbereitung von thatsächlich anstehenden Wahlen beschränkt, sondern seien außerhalb der Wahlzeit politisch thätig gewesen. Auch die Preschkommission sei ein politischer Verein, denn sie hatte über den „lokalpolitischen“ Theil des „Vorwärts“ Kontrolle zu üben. Die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg hatte die Ausbreitung sozialdemokratischer Ideen auf dem Lande in die geeigneten Wege zu leiten. Die Lokalkommission ermittelte die Gastwirthe, welche ihre Säle zu politischen Versammlungen hergaben, veröffentlichte die Namen dieser Gastwirthe und warnte vor den andern. Die Parteileitung war nach den §§ 13-16 des Organisationsstatuts, das auf dem Parteitag zu Halle 1890 genehmigt worden ist, eingerichtet und bestand aus zwei Vorsitzenden, zwei Schriftführern, einem Kassierer und sieben Kontrollleuten. Sie besorgte die Parteigeschäfte, kontrollirte die Parteizeitungen, besorgte die Parteitage. Daß sich der Parteivorstand selbst als ein politischer Verein anfaßt, soll aus einem sogenannten geheimen Zirkular hervorgehen, das an alle Vertrauenspersonen vom Parteivorstande verschickt worden ist und bei den der Organisationsaufstellung vorangegangenen Massenversammlungen hier und da gefunden worden ist. Von den Vertrauenspersonen aber sagt die Anklage, sie seien lediglich um das Gesez zu umgehen geschaffen worden, oder um doch eine Verbindung zwischen den einzelnen Vereinen zu ermöglichen. In dem erwähnten Zirkular seien die Vertrauenspersonen allerdings ausdrücklich gewarnt worden, mit den Wahlvereinen in Verbindung zu treten. In Wirklichkeit sei das aber doch geschehen.

Das Material für das verbotene angebliche Inverbindung-treten der politischen Vereine hat die Polizei durch zahlreiche Spitzel beschafft, die eine große Anzahl von Zusammenkünften und den Verhandlungsstoff bei diesen Zusammenkünften ausspionirt haben, außerdem sind als Belastungsmaterial Mittheilungen des „Vorwärts“, Parteitageprotokolle und vor allem eine Menge bei den Hausdurchsuchungen beschlagnahmte Listen, Quittungsbücher, Sammelbögen u. herbeigelegte Briefe. Ueber die Parteileitung ist „ermittelt“ worden, daß auf dem Parteitage zu Breslau im Oktober 1895 die Abgeordneten Bedel und Singer als Vorsitzende, der Abgeordnete Auer und Pfannkuch als Schriftführer, der Abgeordnete Gerisch als Kassierer und der Gastwirth Theodor Wegner als in Berlin auflösender Kontrolleur gewählt worden sind. Die übrigen Kontrolleure wohnen außerhalb Berlins und deshalb bildeten die eben genannten Personen einen besonderen Vorstand. Da ihre Thätigkeit auf einen gemeinsamen Willen beruhte, so soll jeder einzelne auch für die gesammte Thätigkeit des Vorstandes verantwortlich sein. Der Vorstand habe von einer großen Anzahl Vereine Geldbeiträge in Empfang genommen, und seinerseits wieder an andere Unterthütungen gewährt, sagt die Anklage und zum Beweise verweist sie auf die vom Parteivorstand herausgegebene Uebersicht der offiziellen Beiträge der einzelnen Wahlkreise. Es liegt hier ein offener Widerspruch vor, den die Verhandlung sehr bald aufklären dürfte. Denn die Beiträge aus den einzelnen Wahlkreisen sind freiwillige Geldspenden aus dem großen Kreise der Parteihänger, deren Zahl 20 und 30 Mal größer ist als die Zahl der in den Wahlvereinen organisirten Mitglieder. Diese Mitglieder zahlen wohl auch Vereinsbeiträge, aber der Parteivorstand hat sich natürlich in jeder Beziehung gehütet, von diesen regelmäßigen Vereinsbeiträgen nur einen Pfennig in die Parteikasse fließen zu lassen. Die Anklage sagt weiter, Gerisch war Kassierer, aber Auer und Pfannkuch hätten öfters vertretungsweise Gelder in Empfang genommen. In derselben Weise wie jetzt Gerisch habe früher Bedel die Kassengeschäfte geführt. Auch mit der Preschkommission habe der Vorstand Verbindung unterhalten. Bei Auer sind Briefe beschlagnahmt worden, aus denen diese Verbindung und solche mit anderen Vereinen hervorgehen soll. Bei Singer ist ein Schreiben des Arbeiter-Bildungsvereins zur Verfügung beschlagnahmt worden, auf das er eigenhändig die verrätherischen Worte geschrieben hatte: „Der neuen Parteileitung überweisen.“

Interessante Aufschlüsse werden die Polizeibeamten über die sogenannte Korporations-Organisation geben müssen. Wie die Anklage ausführt, hat die Polizei nämlich ermittelt, daß neben der öffentlichen Organisation eine innere Organisation besteht, welche vor dem Polizei-Präsidium geheim gehalten, aber von den Vertrauenspersonen eingeleitet wird. Diese innere Organisation soll für den Fall der Auflösung der öffentlichen Organisation gebildet worden sein und soll die Leitung der Partei-Angelegenheiten auch sofort nach der Schließung am 29. November übernehmen haben. Ihre geheime Thätigkeit soll sich auf die Verhandlung interner Partei-Angelegenheiten, auf die Verhandlung über Beschwerden privater Natur, die Verbreitung verbotener Schriften u. s. w., namentlich aber auf die Vorbereitung der Wahlen für die Vorstände und die Parteitage-delegirten erstreckt haben. Die Vertrauenspersonen sollen vielfach zusammen gekommen sein und die Polizei hat 15 solcher Zusammenkünfte ermittelt. Staatsgefährliche Dinge sind in diesen Zusammenkünften nicht verhandelt worden, sehr häufig handelte es sich nur um die Bestellung von Referenten für Versammlungen oder um Beschwerden ganz privater Natur, die sich zur Erörterung in öffentlichen Versammlungen nicht eigneten. Andere als solche harmlose Verhandlungsstoffe hat nach der Anklage die Polizei nicht auszukunftschaften vermocht. Immerhin muß der polizeiliche Apparat recht gut funktionieren haben, denn es sind sogar polizeiliche Vertrauenspersonen ganz genau von Besprechungen unterrichtet worden, die in den Expeditionen und Redaktionsräumen des „Vorwärts“ stattgefunden haben und es ist nicht nur der sogenannte Berathungsgegenstand ermittelt, sondern sämtliche Theilnehmer der Besprechungen figuriren namentlich in der Anklageschrift.

Den Vertrauenspersonen wird zur Last gelegt, daß sie sehr oft Versammlungen einberufen haben, an denen sich auch Mitglieder anderer Vereine betheiligt haben. Als sehr belastend wird ihnen die Depesche ausgelegt, die sie am 2. September 1895 an die französischen Sozialdemokraten in Paris gerichtet haben.

Die Anklage will ferner den Beweis liefern, daß an den Sitzungen der Preschkommission regelmäßig Mitglieder des Partei-Vorstandes theilgenommen haben. Aus einem bei Antrich beschlagnahmten Schriftstück soll schließlich hervorgehen, daß die Wahlvereine einzelnen Vertrauenspersonen Geldbeiträge „zur Agitation“ überwiesen haben. Auch das soll einen Beweis für die Unterhaltung einer strafbaren Verbindung abgeben.

Die Anklage wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz ist nun gegen sämtliche Mitglieder des Parteivorstandes, gegen die Vorsitzenden der Pres-, Agitations- und Lokalkommission, gegen die Vorstände der sechs Wahlvereine und gegen sämtliche Vertrauenspersonen erhoben worden.

Im ganzen zieren 47 Personen die Anklagebank, und zwar 1. der Reichstags-Abgeordnete Ignaz Auer; 2. der Reichstags-Abgeordnete August Bedel; 3. der Reichstags-Abgeordnete Paul Singer; 4. der Parteisekretär Tischler Wilhelm Pfannkuch; 5. der Reichstags-Abgeordnete Albin Gerisch; 6. der Restaurateur Theodor Wegner; als Mitglieder des Parteivorstandes. 7. Drechlergesele Franz Hoch; 8. Buchdruckereibesitzer Karl Dimmid; 9. Wäfermeister Karl Scholz als Vorstände der Pres-, Agitations- und Lokalkommission. 10. Hausdiener Arthur Pohl; 11. Klemmer Karl Petermann, als Schneider und Kassierer des Wahlvereins im 1. Wahlkreise; 12. Schneider August Fäterow; 13. Wäferschänter Friedrich Felgentreff, als Vertrauenspersonen im 1. Wahlkreise; 14. Zigarrenfabrikant Otto Antrich; 15. Schuhmacher Ernst Lange; 16. Tischler Paul Griesel,

als Vorsitzender, Schriftführer und Kassierer im Wahlverein des 2. Wahlkreises; 17. Gastwirth Hermann Werner; 18. die Gärtlerin Emma Scholz; 19. Tischler Wilhelm Schlichting, als Vertrauenspersonen im 2. Wahlkreise; 20. Gelbgiesele Otto Kräfer; 21. Arbeiter Oskar Mahle; 22. Töpfermeister Albert Harndt als Vorsitzender, Schriftführer, Kassierer im Wahlverein des 3. Wahlkreises. 23. Tischlergesele Wilhelm Georgi; 24. Tischlergesele Stephan Friy als Vertrauenspersonen des 3. Wahlkreises. 25. Schankwirth Wilhelm Erbe; 26. Tischlergesele Adolf Runge; 27. Schankwirth Otto Zabel als Vorsitzender, Schriftführer und Kassierer im 4. Wahlkreise. 28. Schankwirth Baumgarten; 29. Tischlergesele Franz Thiele; 30. Strumpfwirker Robert Bengels; 31. Mohrlager Wilhelm Gurschle; 32. Schriftführer Franz Schulze; 33. Schankwirth Hermann Wolze; 34. Näherin Ottilie Waader als Vertrauenspersonen im 4. Wahlkreise. 35. Zigarrenhändler Robert Drescher; 36. Pantinenmacher Robert Richter als Vorsitzender und Kassierer des Wahlvereins im 5. Wahlkreise; 37. Maler Paul Hübner; 38. Schriftführer Karl Teufert als Vertrauenspersonen im 5. Wahlkreise; 39. Schriftführer Eugen Ernst; 40. Zigarrenarbeiter Max Kiesel; 41. Arbeiter Emil Schumann; 42. Tischlergesele Paul Kröhn als Vorsitzender, früherer Vorsitzender, Schriftführer und Kassierer des Wahlvereins im 6. Wahlkreise; 43. Schankwirth Johann Pfarr; 44. Schankwirth Richard Augustin; 45. Gerbergesele Wilhelm Brinmann; 46. Barbier Karl Wilhelm Helbig; 47. Milchhändler Friedrich Wachsowsky, als Vorstands-personen im 8. Wahlkreise.

Die beiden Frauen sind angeklagt, als Frauen einem politischen Verein als Mitglieder angehört zu haben.

Historisches Interesse dürften die Verurtheilungen einiger Angeklagten erwecken. So ist Abg. Auer 1873 wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung mit 30 Thalern event. 10 Tagen Gefängnis bestraft worden; außerdem 1881 wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz mit 20 M. event. zwei Tagen Haft, 1886 durch Urtheil des Landgerichts Freiberg wegen Theilnahme an einer geheimen Verbindung mit 9 Monaten Gefängnis. Weber ist verurtheilt worden durch das Bezirksgericht Leipzig wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren mit 3 Wochen Gefängnis. 2. Vom Schwurgericht Leipzig 1872 wegen Vorbereitung zum Hochverrath mit 2 Jahren Festung. 3. Vom Bezirksgericht Leipzig 1872 wegen Majestätsbeleidigung mit 9 Monaten Gefängnis. 4. Vom Stadtgericht Berlin 1877 wegen Beleidigung des Reichskanzlers mit 6 Monaten Gefängnis. 5. Vom Landgericht Leipzig 1881 wegen Beleidigung des Bundesrats und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen mit 2 Monaten Gefängnis. 6. Von demselben Gericht 1883 wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen mit 4 Monaten Gefängnis. 7. Vom Landgericht Mannheim am 1. Juli 1888 wegen Vergehens gegen das badische Vereinsgesetz mit 15 M. Geldstrafe und 8. vom Landgericht Freiberg wegen Geheimbündelei mit 9 Monaten Gefängnis. Abg. Singer ist noch nicht bestraft, ebenso noch 21 der Mitangeklagten. Die übrigen sind sämtlich wegen politischer Vergehen, Gewerbetradition und groben Unfugs verurtheilt.

Hauptzeuge wird der Kriminalkommissar Schöndre sein, außerdem eine Anzahl Kriminalhülfsleute.

Der Vorsth im Gerichtshof führt Landgerichtsdirektor Kaeller, die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Drescher. Als Verteidiger fungiren Justizrath August Munkel und die Rechtsanwälte Wolfgang Heine und Herzfeld.

Bemerk sei noch, daß die angeklagten Reichstagsmitglieder auf ihr Recht, das Verfahren vor der Genehmigung des Reichstags abhängig zu machen, verzichtet haben.

Die Verhandlung findet im großen Schwurgerichtssaal statt. Die Angeklagten werden außer auf der Anklagebank auf den Geschworenenbanken und auf Stühlen, die vor den Geschworenenbanken stehen, placirt.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Kaeller, eröffnet die Sitzung um 9/4 Uhr mit dem Aufruf der Angeklagten. Es sind sämtliche 47 Angeklagte erschienen.

Es werden die Zeugen aufgerufen. Nachdem sie auf die Bedeutung des Eides hingewiesen sind, werden sie für den heutigen Verhandlungstag entlassen und auf morgen früh bestellt.

Die Angeklagten werden zu den Personalien vernommen und bekräftigen die Angaben der Anklage. Der Angeklagte Antrich bekräftigt, daß er nicht unbestraft, sondern mit drei Tagen Haft wegen des Andringens eines Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie verurtheilt sei. — Vors.: Wohl großer Unfug? — Antrich: Es ist wohl so bezeichnet worden.

Vors.: Ich beabsichtige die Verhandlungen in folgender Weise zu leiten. Ich werde über die allgemeinen Gesichtspunkte den Abg. Auer befragen. Ich mache darauf aufmerksam, daß es sich hier lediglich um eine Uebertretung des Vereinsgesetzes handelt und bitte die Angeklagten, alles politische zu vermeiden. Ich werde solches nicht dulden. Die übrigen Angeklagten bitte ich, dem Verhör mit dem Angeklagten Auer genau zu folgen. Ich werde später jeden einzelnen nach seiner persönlichen Thätigkeit fragen.

Verteidiger Justizrath Munkel: Ich mache darauf aufmerksam, daß nach dem Eröffnungsbeschlusse der Thatbestand des § 8 des Vereinsgesetzes nicht erfüllt ist. Der § 8 verlangt die Feststellung des Handelns zu gemeinsamen Zwecken. Diese beiden Worte fehlen im Eröffnungsbeschlusse, dieser handelt also von einem Vergehen, das keines ist und ich bin der Meinung, daß wir nicht verhandeln.

Staatsanwalt Schweiger: Ich gebe zu, daß die Worte „zu gemeinsamen Zwecken“ fehlen. Ich halte das aber für so un wesentlich, daß deshalb nicht die ganze Verhandlung in Frage gestellt werden kann. Eventuell kann der Fehler ja durch einen Nachtrag wieder gut gemacht werden.

Justizrath Munkel: Ich halte es für unzulässig, nachträglich die Worte einzufügen, nachdem im ganzen Verfahren mit keinem Wort die Rede davon gewesen ist. Außerdem halte ich die Feststellung, ob eine Handlung zu gemeinsamen Zwecken geschieht, für so wesentlich, daß ich das Eintreten in eine Verhandlung für unzulässig halte.

Vors.: Haben die übrigen Herren Verteidiger etwas anzuführen?

Rechtsanwalt Heine: Ich äußere mich zu dieser Sache nicht. — Rechtsanwalt Herzfeld: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Kollegen Munkel an.

Vors.: Dann wird sich der Gerichtshof zur Berathung zurückziehen.

Es ist unzweifelhaft, daß die Worte „zu gemeinsamen Zwecken“ fehlen, dieser Mangel kann aber, wie das Reichsgericht wiederholt festgestellt hat, durch Ergänzung ausgeglichen werden. Wie haben die Ergänzung beschlossen und machen die Angeklagten auf den nunmehr veränderten rechtlichen Gesichtspunkt aufmerksam. Es fragt sich nur noch, ob wegen dieser Veränderung eine Verlegung beantragt wird.

Justizrath Munkel: Ich enthalte mich jedes Antrages auf Verlegung, mache aber darauf aufmerksam, daß eine Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes nicht stattfinden kann, wenn vorher gar kein rechtlicher Gesichtspunkt, keine strafbare Handlung vorlag.

Vors.: Ich beginne also mit dem Verhör. Die sechs Wahlvereine bilden hier die Grundlage der Organisation? — Auer: Nein, die Grundlage bildet das Statut, das in Halle genehmigt worden ist. Hier in Berlin besteht in jedem Wahlkreise je ein Wahlverein. — Vors.: Nun behauptet die Anklage, es besteht neben der öffentlichen Organisation noch eine geheime. Geben Sie das zu. — Auer: Nein, das ist absolut falsch. — Vors.: Stehen an der Spitze der Wahlvereine Vertrauenspersonen? — Auer: Nein, im Gegentheil, sie haben mit der Führung der Geschäfte in den Vereinen absolut nichts zu thun. — Vors.: Wie sieht es mit den Revisoren. —

Auer: Sie sind keine dauernde Institution, sie werden gewählt zur Kontrollirung und über diese von Zeit zu Zeit aus. — Vors.: Was hatte die Agitations- und Preschkommission zu thun? — Auer: Die Agitationskommission hatte für die Ausbreitung sozialdemokratischer Ideen in der Provinz Brandenburg zu sorgen. Die Preschkommission hat eine gewisse Kontrolle über den „Vorwärts“ auszuüben bezüglich der Versammlungsberichte und der Inserate. Sie hatte über Beschwerden zu entscheiden. Die Lokalkommission hatte die Saalkreise zu regeln. — Vors.: Jeder Wahlverein hatte einen Vorstand? — Auer: Ja wohl, selbstverständlich. — Vors.: Wie regelte sich der Verkehr der Parteileitung mit den Wahlvereinen? — Auer: Die Wahlvereine standen in gar keiner Verbindung mit der Parteileitung. Wir verkehrten nur mit den Vertrauensleuten, die unserer Anschauung nach mit den Wahlvereinen nichts zu thun haben. — Vors.: Wie steht es nun mit der geheimen Organisation? — Auer: Ich bestritte das Bestehen einer solchen. Hätte die Polizei auch nur geringe Anhaltspunkte für eine solche, so würden wir uns wohl hier nicht bloß wegen eines Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu verantworten haben. Ich bitte beide Organisationen streng zu scheiden, die allgemeine Partei-Organisation, die sich auf das System der Vertrauensmänner gründet, und die Organisation der Wahlvereine.

Der Vorsitzende verliest die Statuten der Wahlvereine in den sechs Berliner Reichstags-Wahlkreisen.

Vors.: Ist Ihnen etwas über die Aufbringung der Gelder in den Wahlvereinen bekannt? — Auer: Darüber geben die Statuten Auskunft. Ich bezahle meinen Beitrag, ich nehme an, daß auch die übrigen Mitglieder das thun. Es ist möglich, daß auch Feste arrangirt worden sind. — Vors.: Jedes Mitglied bekam ein Mitgliedsbuch? — Auer: Jawohl, darin wurde der Monatsbeitrag gebucht. — Vors.: Wer sind die Vertrauenspersonen? — Auer: Die Vertrauenspersonen sind einzelne Personen, denen die Vertretung der Gesamtinteressen der Partei obliegt. Der Vorstand muß doch auch mit den einzelnen Parteigenossen verkehren dürfen. Die Parteileitung muß also einzelne Vertrauensleute haben, um auf die Partei einzuwirken, da sie mit den Vereinen nicht in Verbindung treten darf. Die freisinnige Partei nennt diese Leute Korrespondenten, die deutschkonservative Partei ebenfalls Vertrauenspersonen. Ohne dieses System ist jeder politischen Partei die Thätigkeit unterbunden. Die Vertrauensmänner sind ein Aushilfsmittel gegen das Vereinsgesetz. — Vors.: Die Anklage behauptet nun, die Vertrauenspersonen sollten den Verkehr mit den Vereinen ermöglichen. — Auer: Mit den Vereinen suchte die Parteileitung gar keine Verbindung, nur mit der Partei an sich. Ich mache darauf aufmerksam, daß die sechs Berliner Wahlvereine zusammen nicht über 10 000 Mitglieder hatten, während die Partei an sich über 100 000 Mann verfügt. — Vors.: Die Anklage behauptet doch nun, die geheime Organisation bestände, um im Falle der Auflösung der öffentlichen Organisation die Geschäfte weiter zu führen. — Auer: Ja, das ist so eine Behauptung in der Anklage, für die ich aber jeden Beweis verweigere. — Vors.: Die Anklage will den Beweis für die geheime Organisation darin gefunden haben, daß sie verschiedene Zusammenkünfte entdeckt hat. — Auer: Ich bestritte die Zusammenkünfte nicht, es sind eben Zusammenkünfte ad hoc, um Dinge privater Natur zu besprechen, deren öffentliche Besprechung nicht angängig ist. Solche gelegentlichen Zusammenkünfte kann doch keine Partei entdecken. Ich verweise auf die Vorgänge in der konservativen Partei, den Fall Hammerstein, den Fall Stöcker; diese Dinge sind auch nicht in öffentlichen Versammlungen verhandelt worden. Das ist doch ganz natürlich. — Vors.: Sie behaupten also, es waren nur gelegentliche Besprechungen. — Auer: Jawohl. — Vors.: Was wissen Sie von den Korporations-Sitzungen? — Auer: Ich könnte sie ja bestritten, ich gebe aber zu, in der Zeit des Sozialistengesetzes, wo öffentliche Versammlungen unmöglich waren, nannte man die geheimen Zusammenkünfte mit diesen wunderlichen Namen. Es ist möglich, daß jetzt, wo diese Zusammenkünfte ja erlaubt sind, der alte Name noch manchmal gebraucht wird. — Vors.: Die Vertrauensleute sollen diesen Sitzungen vorgesehnen haben. — Auer: Ich weiß das nicht, möchte aber bestritten, daß es der Fall war. Bezüglich der geheimen Organisation möchte ich darauf hinweisen, wie ich schon sagte, eine geheime Organisation deshalb zu unterhalten, um im Falle der Auflösung eines Vereins die Geschäfte weiter zu führen, wo doch gar nichts im Wege steht, daß sich nach der Auflösung des einen Vereins sofort ein neuer Verein bildet. Ich meine, wir müßten dumme Kinder sein, wenn wir aus solchen Gründen den Apparat einer geheimen Organisation unterhalten sollten, der uns in die allerstärksten Kollisionen mit dem Gesez bringen könnte. — Vors.: Die Vertrauenspersonen haben sich nun öfter geeinigt, so zur Abfassung einer Depesche, so zur Abhaltung von Arbeitslosen-Versammlungen. — Auer: Beweis haben solche gemeinsamen Besprechungen stattgefunden. Wenn man aus solchen gelegentlichen Zusammenkünften bestimmter Personen gleich einen Verein konstruiren will, so find wir ohnmächtig. — Vors.: Es handelt sich nicht um vereinzelte solche Besprechungen, sondern um häufige Zusammenkünfte. — Auer: Ja, die Partei besteht eben und da findet sich oft Stoff und Gelegenheit zu solch gemeinsamen Besprechungen.

Der Vorsitzende verliest das sogenannte geheime Zirkular, das den Vertrauenspersonen Anweisungen erteilt, damit sie keine Verhöre gegen das Vereinsgesetz begehen. Angeklagter Auer bekennt sich als Verfasser des Zirkulars; ich bin überrascht zu hören, daß der Jubal so ausgelegt wird, als wollten wir auf diese Weise nur das Gesez umgehen. Nein, um das Gesez zu respektiren, um die Verbindung mit den Vereinen zu vermeiden, haben wir die Vertrauensmänner eingerichtet und die Anweisung an dieselben erlassen. Ich verweise auf das Organisationsstatut der freisinnigen Volkspartei und der deutschkonservativen Partei, sie enthalten gleiche oder ähnliche Bestimmungen. (Angest. verliest die betreffende Stelle.) — Vors.: Jawohl, es entsände hier allerdings die Frage, ob nicht auch diese Stellen anders auszufassen sind und ob nicht die anderen Parteien sich auch strafbar gemacht haben. Das interessiert uns aber nicht. Hier haben wir es nur mit Ihrer Partei zu thun. — Auer: Jawohl. Ich wollte Ihnen nur zeigen, daß keine politische Partei, will sie sich nicht lahmliegen lassen, solche Bestimmungen in der Organisation enthalten kann.

Es tritt eine kleine Pause ein.

Vors.: Die Anklage hält nun alle die schon bezeichneten Vereine für politische. Was ist Ihre Ansicht? Halten Sie die Wahlvereine für politische? — Auer: Jawohl, sie wollen ja Politik treiben. — Vors.: Wie steht's mit der Preschkommission? — Auer: Die Preschkommission hat sich jedenfalls nicht für einen politischen Verein gehalten; ich halte sie auch nicht dafür. Sie hatte sich auch nicht um den politischen Theil des „Vorwärts“ zu bekümmern. Ebenso halte ich die Agitationskommission nicht für einen politischen Verein im Sinne des Gesezes. — Vors.: Nun aber die Parteileitung. Sie hat sich selbst als politischen Verein gehalten und ist deshalb eine Verbindung mit den Vereinen aus dem Wege gegangen und hat die Vertrauensmänner installiert. — Auer: Wir geben nicht zu, daß die Parteileitung ein Verein ist, aber wir sagten uns, bei der bestehenden Judikatur ist es nicht ausgeschlossen, daß wir als Verein angesehen werden. Wir können nicht zugeben, daß ein Kollegium von 5 Männern schon einen Verein bildet, aber wir haben schon die wunderbarsten Anklagen und auch Erkenntnisse erlebt, daß wir uns sagten, Vorwärts ist hier sehr geboten. — Vors.: Sie betrachteten den Passus im Zirkular nur als Vorsichtsmäßregel? — Auer: Jawohl. — Vors.: Nun, halten Sie die Vertrauensmänner für einen Verein? — Auer: Nein. Sie mögen öfters zusammengelommen sein, aber einen Verein haben Sie nicht gebildet. — Vors.: Sie haben in dem Zirkular die Vertrauenspersonen vor dem Verkehr miteinander gewarnt? — Auer: Sie sehen eben, wie trüß es uns mit dem Zirkular war,

Es tritt eine kleine Pause ein.

Vors.: Die Anklage hält nun alle die schon bezeichneten Vereine für politische. Was ist Ihre Ansicht? Halten Sie die Wahlvereine für politische? — Auer: Jawohl, sie wollen ja Politik treiben. — Vors.: Wie steht's mit der Preschkommission? — Auer: Die Preschkommission hat sich jedenfalls nicht für einen politischen Verein gehalten; ich halte sie auch nicht dafür. Sie hatte sich auch nicht um den politischen Theil des „Vorwärts“ zu bekümmern. Ebenso halte ich die Agitationskommission nicht für einen politischen Verein im Sinne des Gesezes. — Vors.: Nun aber die Parteileitung. Sie hat sich selbst als politischen Verein gehalten und ist deshalb eine Verbindung mit den Vereinen aus dem Wege gegangen und hat die Vertrauensmänner installiert. — Auer: Wir geben nicht zu, daß die Parteileitung ein Verein ist, aber wir sagten uns, bei der bestehenden Judikatur ist es nicht ausgeschlossen, daß wir als Verein angesehen werden. Wir können nicht zugeben, daß ein Kollegium von 5 Männern schon einen Verein bildet, aber wir haben schon die wunderbarsten Anklagen und auch Erkenntnisse erlebt, daß wir uns sagten, Vorwärts ist hier sehr geboten. — Vors.: Sie betrachteten den Passus im Zirkular nur als Vorsichtsmäßregel? — Auer: Jawohl. — Vors.: Nun, halten Sie die Vertrauensmänner für einen Verein? — Auer: Nein. Sie mögen öfters zusammengelommen sein, aber einen Verein haben Sie nicht gebildet. — Vors.: Sie haben in dem Zirkular die Vertrauenspersonen vor dem Verkehr miteinander gewarnt? — Auer: Sie sehen eben, wie trüß es uns mit dem Zirkular war,

alle Klippen zu vermeiden. Die Vertrauenspersonen kennen sich aber nun im Laufe der Jahre alle, was Wunder, daß sie einmal zusammenkommen. — Vorsitzender: Sie kennen die Thatsache der nach Paris geschickten Depesche? — Auer: Jawohl, aus den Zeitungen. Ich halte diese Thatsache aber nicht für geeignet, deshalb auf einen Verein zu schließen. — Vors.: Für sich allein gewiß nicht, aber die vielen Besprechungen. — Auer: Es sind das alles Zusammenkünfte aus dem Augenblick heraus geboren. Die Abfindung der Depesche war eine Demonstration und die Vertrauensleute glaubten damit der Ansicht der Berliner Parteigenossen Ausdruck zu geben.

Vors.: Das wären so die allgemeinen Gesichtspunkte. — Auer: Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß die Anklage nicht streng die Organisationen der Wahlvereine und Wahlkreise auseinandergehalten hat. Sie spricht von Geldern aus den einzelnen Vereinen und führt zum Beweise dafür die Beiträge an, die von den Wahlkreisen durch die Vertrauenspersonen an die Parteileitung abgeliefert worden sind. — Vors.: Darauf kommen wir noch später. Hat einer der Angeklagten gegen die Darstellung des Abgeordneten Auer Einwendungen zu erheben? (Es meldet sich niemand.) Ich will dann also die Angeklagten einzeln vernehmen. — Soch bestritt, Obmann der Preßkommission gewesen zu sein und giebt nur zu, daß er Mitglied sei, ebenso bestritt Dimmick und Scholz, Obmänner der Agitationskommission und der Lokalkommission gewesen zu sein. — Fr. Waader giebt an, sie sei nur Vertrauensperson für die Frauen gewesen, ihre Thätigkeit sei mit derjenigen der Männer nicht zusammengefallen.

Vors.: Ich beginne mit den Einzelheiten wieder beim Angeklagten Auer. Sie sind als Schriftführer gewählt worden? — Auer: Ich bekleide diesen Posten seit 1890. — Vors.: Da die Kontrolleure über ganz Deutschland verstreut sind, so hat sich hier ein besonderer Parteivorstand gebildet. — Auer: Nein, er hat sich hier nicht gebildet, er ist als solcher schon gewählt worden. — Vors.: Die Anklage behauptet, es habe sich aus der Parteileitung ein besonderer Parteivorstand gebildet, der mit der Parteileitung nicht ganz identisch ist. — Auer: Nein, das ist nicht richtig. Ich bin in Breslau schon als Schriftführer gewählt worden, wir fünf haben unsere Namen schon vom Parteitag erhalten. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen und wir fünf hatten die Geschäfte der Parteileitung zu führen. — Vors.: Sie haben regelmäßig Sitzungen abgehalten und der Kassirer hat Gelder in Empfang genommen. — Auer: Jawohl. — Vors.: Woher stammten diese Gelder? — Auer: Von den Vertrauenspersonen, auch von einzelnen Parteigenossen. — Vors.: Haben Sie auch Gelder von Vereinen vernommen? — Auer: Nein, von Vereinen niemals. — Vors.: Was sind das für Gelder aus den Wahlkreisen, die in der offiziellen Uebersicht des Parteivorstandes stehen? — Auer: Das sind Gelder, die von Vertrauenspersonen eingegangen sind, mit den Wahlvereinen haben diese Gelder nichts zu thun. — Staatsanwalt: Bestehen auch im Reich überall Vertrauenspersonen? — Auer: Jawohl, darauf beruht ja unsere Organisation. — Vors.: Sind die Gelder, die ausgegibt worden sind, immer zu bestimmten Zwecken gegeben worden oder nur zur allgemeinen Agitation? — Auer: Gewöhnlich zur Agitation. Ich erinnere mich aber auch eines bestimmten Falles, wo die betreffenden Gelder zu einem bestimmten Zwecke gegeben wurden? — Vors.: Ist dieses Geld auch an den Vertrauensmann gezahlt worden. — Angeklagter Gerisch: Das Geld ist an den Vertrauensmann frei gezahlt worden. — Angeklagter Singer: Ich komme einem Ansuchen dieses Herrn nach, wenn ich hier erkläre, daß die Angabe der Anklagefalsch ist, daß der Herr in Konkurs gerathen sei, falsch ist. — Vors.: Der Name des Herrn ist ja noch gar nicht genannt worden. — Staatsanwalt: Ich habe aus Delikatesse für den Herrn den Namen nicht genannt, nachdem aber der Angeklagte Singer der Anklage den Vorwurf macht, muß ich sagen, es handelt sich um den Reichs-Abgeordneten Bogherr, der in Vermögensschwierigkeiten war und dem 9000 M. gegeben worden sind, damit er nicht gezwungen war, offiziellen Konkurs anzunehmen.

Vors.: Geben Sie die Zahlung des Geldes an die Agrarkommission zu? — Auer: Jawohl. — Vors.: Wird die Agrarkommission als Verein betrachtet, so wäre doch hier das Inverbindungtreten festzustellen. — Auer: Ich bestritte den Vereinscharakter ganz entschieden. Sollten wir mit der Agrarkommission, einer für die Bearbeitung einer bestimmten Frage eingesetzten Kommission nicht verhandeln dürfen, dann möchte ich sehen, wie man überhaupt eine Partei leiten soll. — Vors.: Hat der Vorstand an Sitzungen der Preßkommission theilgenommen? — Auer: In corpore nicht, obwohl ich auch darin nichts Strafbares gefunden hätte. Aber ich war oft bei Sitzungen aus persönlichem Interesse als Parteigenosse, der auch der Redaktion des „Vorwärts“ nahe steht, zugegen.

Es werden mehrere an den Parteivorstand zu Händen Auer's gerichtete Briefe verlesen, aus denen die Staatsanwaltschaft die Verbindung des Vorstandes mit Vereinen beweisen will. Es handelt sich um Briefe geschäftlicher Natur. Auer erklärt: Ich bin doch nur verantwortlich für das was ich thue, nicht für das, was mir andere an den Hals schreiben. Würden alle Briefe konfisziert, so würde sich kein im politischen Leben stehender Mann vor den Schlingen und Fängen des 88 im Vereinsgesetz retten können. Es handelt sich um geschäftliche Briefe der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt, deren Inhaber die Abgg. Auer, Bebel, Singer und Förster-Hamburg sind. Der Ausdrucks Parteivorstand sei gewählt, weil die Inhaber mit dem Parteivorstand identisch sind. — Angeklagter Bebel schließt sich diesen Ausführungen an und konstatiert, daß der Parteivorstand an sich mit der ganzen Sache nichts zu thun gehabt hat. — Vorsitzender und Staatsanwalt erklären nach diesen Belundungen die Sache für aufgelöst.

Der Staatsanwalt überreicht noch mehrere Briefe. Ein Brief führt von dem Vorstand eines Vereins her und sein Inhalt bezieht sich auf den Vorstand von Druckschriften. — Auer: Ich kann weder bestritten noch zugeben, daß dieser Brief bei mir beilagend worden ist. Dem Inhalte nach ist er nicht bei mir gefunden worden, denn ich habe mit der Druckschriftenvertheilung nichts zu thun. Im übrigen muß ich sagen, es kann doch vorkommen, daß einmal ein Verein an mich schreibt. Wenn mir aus jedem solchen Briefe ein Strich gedreht werden sollte, so geht das doch nicht an. Es kommt doch darauf an, was ich thue, nicht was andere mit mir thun.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten die Abhaltung mehrerer Sitzungen in dem Expeditionslokal des „Vorwärts“, Beuthstraße, vor, an denen er theilgenommen habe, bei denen es sich um den Bierbockott handelte. — Auer giebt die Anwesenheit zu, bestritt aber als Mitglied des Parteivorstandes zugegen gewesen zu sein. — Vors.: Es soll in der einen Sitzung über die Gustav-Adolf-Broschüre, in einer anderen über Arbeitslosen-Versammlung verhandelt worden sein. — Auer: Verhandelt ist wohl ein falscher Ausdruck. Immerhin mag die polizeiliche Vertrauensperson manches erhorcht haben. Es ist sehr leicht möglich, daß der Leiter der Buchhandlung, als er die Parteigenossen aus ganz Berlin sah, gesagt hat: Kinder, nächsten Tag erscheint die Gustav-Adolf-Broschüre, sorgt für gute Verbreitung, und daß man in einer anderen Sitzung von der bevorstehenden Arbeitslosen-Versammlung gesprochen hat.

Der Vorsitzende will eine kleine Pause eintreten lassen. Angekl. Singer bittet den Vorsitzenden, die Verhandlung um 9 Uhr zu verlagern, da die Abgeordneten zu einer wichtigen namentlichen Abstimmung nach dem Reichstag müßten.

Der Vorsitzende bittet, bis um 4 Uhr dazubleiben, zu welcher Stunde er die Verhandlung eintreten lassen wolle.

Pause.

Nach der Pause beginnt die Vernehmung Bebel's. Vors.: Sie sind Vorsitzender des Parteivorstandes? — Bebel: Jawohl. — Vors.: Woher kommt die Bezeichnung Vorstand, bedeutet sie eine besondere Art der Organisation? — Nein, der Name hat sich so im Sprachgebrauch herausgebildet, er war nur ein Theil der Parteileitung. — Vors.: Haben Sie Geld von Vereinen in Empfang genommen? — Bebel: Ich war bis vor 2 Jahren Kassirer und bestritte ganz entschieden, jemals Gelder von Vereinen in Empfang genommen zu haben. Die Gelder stammten von den Vertrauensleuten. Ich habe mehrfach von unpolitischen Gesangsvereinen Gelder genommen, nie aber von politischen. — Vors.: Sie haben an den Sitzungen der Preßkommission theil genommen. Haben Sie das als Vorstandskommission gethan. — Bebel: Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß ich in meiner Eigenschaft als Vorstand an den Sitzungen der Preßkommission theilgenommen habe. Der Vorstand hatte die Oberkontrolle über das Parteiorgan, ich mußte mich also dafür interessieren, was die Preßkommission beschloß. Es ist mir aber nicht im Traume eingefallen, die Preßkommission als einen Verein anzusehen. — Vors.: Sie waren auch bei Vertrauensmänner-Sitzungen zugegen? — Bebel: Jawohl. Es waren das ad hoc zusammenberufene Zusammenkünfte, in denen bestimmte Fragen, z. B. die Reiseleiter verhandelt wurden. Ich habe auch nie die Vertrauensmänner für einen Verein gehalten. — Staatsanwalt: Es ist nun festzustellen, daß die Wahlvereine wiederholt den Vertrauenspersonen Geld zur Agitation überwiesen haben. Haben Sie sich denn niemals darum gekümmert, ob bei dem Geld, was Sie erhielten, Geld aus Wahlvereinen dabei war? — Bebel: Herr Staatsanwalt, mir ist nie direkt oder indirekt mitgetheilt worden, daß Geld aus den Wahlvereinen dabei sei. Ich habe mich nicht darum gekümmert. Je mehr es war, desto lieber war es uns. (Weiterkeit im Zuscherraum.) Der Vorsitzende ersucht um Ruhe und droht mit deräumung des Saales.

Es folgt die Vernehmung des Angeklagten Singer, der sich in bezug auf die Organisation des Vorstandes ganz den Ausführungen Bebel's anschließt. Er wiederholt noch einmal, daß die Angabe der Anklage, Bogherr sei in Konkurs gewesen, falsch ist. Bogherr hat für die Summe, die nicht 9000 M., sondern 4500 M. beträgt, Bürgschaft geleistet, die Summe auch selbst als Schuld anerkannt. — Vors.: Sie waren auch bei Vertrauensmänner-Sitzungen zugegen? — Singer: Jawohl. Ich kam als Vertreter eines Berliner Wahlkreises im Reichstage und als Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung naturgemäß sehr oft in die Lage, mit den Berliner Genossen zu verkehren. So habe ich auch einmal nach einer Stadtverordnetenversammlung eine Anzahl Parteigenossen in den Rathskeller gebeten — es mögen auch einige Vertrauensmänner zugegen gewesen sein — um über die bevorstehende Agitation für die Stadtverordneten-Wahlen zu sprechen. — Vors.: Bei Ihnen ist ein Brief des Arbeitervereins Furtwangen gefunden, auf den Sie die Handbemerkung geschrieben haben, der neuen Parteileitung überwiesen. — Singer: Der Brief enthält ein Gesuch um einen Vertreter zur Agitation nach Furtwangen und war an den Breslauer Parteitag gerichtet, dessen Vorsitzender ich war. Ich bekam den Brief und habe den Vermerk darauf gesetzt. Der Sache ist keine Folge gegeben worden, weil wir nicht mit Vereinen verkehren wollten. Ich meine, ich bin doch nur verantwortlich für das, was ich thue, nicht für das, was andere an mich schreiben. — Vors.: Wie steht es mit den Sitzungen, wo über den Bierbockott berathschlagt wurde? — Singer: Ich war Leiter des Bierbockotts und mußte natürlich an den Sitzungen theilnehmen. Daß in einer solchen Sitzung auch von der Gustav-Adolf-Broschüre die Rede war, ist mir absolut nicht erinnerlich. Es kann nur so gekommen sein, daß der auch anwesende Chef der Buchhandlung eine Mittheilung über die Broschüre nach Erledigung der Bockottfrage gemacht hat.

Angeklagter Pfannkuch schließt sich den Angaben der vorhervernommenen Angeklagten an. Er giebt zu, direct vertheilte Gelder für den Kassirer angenommen zu haben und Quittungen darüber ausgehört zu haben.

Angekl. Gerisch bestritt ganz entschieden, auch nur einen Pfennig Geldes von den Wahlvereinen als Kassirer in Empfang genommen zu haben. Die Gelder in der Uebersicht der Einnahmen aus den einzelnen Kreisen seien von den Vertrauenspersonen der betreffenden Kreise gezahlt worden. Ich muß gegen die Behauptung der Anklagefalsch protestieren, in der es heißt: „Daß der Angeklagte Gerisch gewußt habe, daß das Geld von den Wahlvereinen herrührte.“ Das ist unwarhaft und wird durch die beschlagnahmten Kassenbücher widerlegt. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, diese Kassenbücher durchzusehen, er wird darin nichts finden, was die Behauptung der Anklage stützt. Vors. (die Bücher einsehend): Ich muß erklären, daß auch ich nichts für den Angeklagten Gerisch nach dieser Richtung hin Befastendes in den Büchern finden kann. — Haben Sie an geheimen sogenannten Korporation-Verfassungen theilgenommen? — Gerisch: Ich habe an viel Versammlungen theilgenommen, nie aber den Eindruck der Heimlichkeit empfunden. — Vors.: Es sind zwei Zeugen da, die Sie beobachtet haben. Sie sollen an einer Versammlung theilgenommen haben, an der sämtliche Wahlvereine, Vorsitzende und Vertrauenspersonen theilgenommen haben. — Gerisch: Ich kann mich nicht erinnern. Der Angeklagte Wenzels giebt Auskunft dahin, daß er und andere Parteigenossen zu einer Besprechung eingeladen worden seien. Einige Genossen, die die Parteireorganisation wollten, hatten diese Einladung bewirkt. Als wir zusammengekommen, habe ich es abgelehnt in irgend eine Verhandlung einzutreten, die auch nicht stattgefunden hat. Gerisch sei nicht anwesend gewesen.

Angekl. Meyner hat eine Einladung zu einer Sitzung der Vertrauensmänner und des Parteivorstandes erhalten, die bei ihm beschlagnahmt worden ist. Der Angeklagte giebt an, daß die Einladung von einer Privatperson, Herrn Bogherr, ergangen sei, nicht von einem Vertrauensmann. Es handelte sich um die beregte Angelegenheit Bogherr.

Der Vorsitzende verlegt hierauf um 3/4 Uhr die Sitzung auf Sonnabend früh 9 Uhr.

Der Verhandlung wohnten auf der einen Gallerie der Oberstaatsanwalt Drescher, Landgerichtsdirektor Niek und viele Richter bei, in der anderen Loge sah man viele Damen von Justizbeamten, die wohl gekommen waren, um die Abgg. Bebel, Singer und Auer auf der Anklagebank zu sehen! Der Zuscherraum war von Beginn bis Ende der Verhandlung ebenfalls dicht gefüllt.

Lokales.

Achtung, Schneeberg! Zur weiteren Flugblattverbreitung betrefft Zeitungspedition mögen sich die Genossen Sonntag früh 7 Uhr zahlreich einfinden bei Obst, Klauke, Klein, Finger, Hoffmann u. Fröhlich. Wesslungen auf den „Vorwärts“ und das „Vollblatt“ sind bei diesen sowie beim Parteiprediger W. H. Wäumer, Belgigerstr. 59, S. IV, anzubringen. Der Vertrauensmann.

Das Lokal zum Waldkater am Tegeler Weg ist von der Lokalliste zu kreiren.

Auf die in Charlottenburg, Augsburgerstr. 78 bei Bredlow, am Sonntag Nachmittag 6 Uhr stattfindende Volksversammlung, in der Frau Meisch referiren wird, sei hiermit besonders hingewiesen.

In Angelegenheiten der Volksküchen des Herrn Abraham fand kürzlich eine Zusammenkunft verschiedener sich dafür interessirender Herren und Damen im Hotel zu den Bier-Jahreszeiten statt. Bei der Rechnungslegung stellte es sich heraus, daß 87 000 M. verausgabt waren, von denen nur 12 000 auf

Nahrungsmittel entfielen. Es will uns scheinen, daß es für eine Veranstaltung, die lediglich der Ernährung dienen soll, etwas viel ist, wenn mehr als zwei Drittel der Ausgaben auf anderes, als Nahrungsmittel, verwendet werden, zumal eine große Anzahl Personen ihre Thätigkeit dort unentgeltlich ausüben. Doch die Versammelten nahmen daran keinen Anstoß; sie hatten über wichtigere Dinge zu sprechen. So betonte ein anwesender Prediger, daß die Ernährung bei der ganzen Veranstaltung nicht das wesentlichste sei, sondern man müsse vor allem auch eine erziehlche Wirkung auf das Volk, das gespeist werde, ausüben. Als hauptsächlichstes Mittel dazu empfahl er das Gebet. Wie schlagen vor, gemeinsame Morgenandachten zu veranstalten, und nur denjenigen ein Mittagessen zu verabreichen, welche sich über ihre Theilnahme daran anweisen. Sollte dies an dem heidnischen Sinn der Bevölkerung scheitern, so könnte man den frommen Kindern ja Ermäßigungen im Preise gewähren.

Die „Volksnahrung“, die Herr Abraham auf der Gewerbe-Ausstellung mit vielem Geschrei placirt hat, ist Gegenstand eines erbitterten Kampfes geworden. An das Unternehmen hatte sich bekanntlich eine vegetarische Küche angeschlossen, die unter Aufsicht berühmter Vegetarier angeblich gut zurecht haben soll. Am Sonntag ist diese Küche urplötzlich von Herrn Abraham geschlossen worden, und zwar, wie es in dem „Vegetarischen Vorwärts“ erbittert heißt, weil Herr Abraham die Kontrolle zu lästig war; sie, die Vegetarier, hätten mehrfach bei ihr ihre Küche gelieferten Rohprodukte allermindestwertigster Art beanstandet. Außerdem wird Herr Abraham der wohl mit einigen Zweifeln aufzunehmende Ausspruch nachgesagt, daß die carnivorische Abtheilung seines Geschäftsunternehmens eine Sawirchenschaft sei. Die Vegetarier wollen nunmehr ein selbständiges Unternehmen auf der Ausstellung gründen.

Der Auktions-Laden schloß am Mittwoch eine öffentliche Versammlung der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“. Das einleitende Referat hielt Rechtsanwalt Wieber, der den Auktions-Schluss aus ethischen Gründen forderte, daß Korreferat Kommerzienrath Lissauer, der diese Forderung aus denselben Gründen verwarf. Herr Wieber dachte dabei an das Wohl der Gehilfen, Herr Lissauer — er ist Vorsitzender des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller — an das Wohl der Geschäftsinhaber. Nebenbei hat Herr Lissauer auch ein warmes Herz für die Angestellten. Er rief freilich mit diesem Geständnis bei den als Gäste anwesenden Handlungsgehilfen stürmische Heiterkeit hervor. In der Diskussion, die von dem Vorsitzenden der Auktions-Schluss-Liga Herrn B. Heymann eröffnet wurde, sprachen die meisten Redner für die Forderung.

Von Griechen's Reisebüchern sind in neuer Auflage soeben zwei Bände erschienen, welche Berlin und die Gewerbe-Ausstellung behandeln. Letztere ist in der großen Ausgabe (Preis 2 M.) auf 64 Seiten Text beschrieben; auf etwa 150 Seiten Text findet sich in dem von Goldschmidt's Verlag herausgegebenen Werke eine recht groziöse Darstellung der hauptsächlichsten Sehenswürdigkeiten der Reichshauptstadt. Entsprechend kürzer wird Berlin und die Ausstellung in der zum Preise von 1 M. erschienenen Miniaturausgabe behandelt. Beide Ausgaben sind mit übersichtlichen Haupt- und Spezialplänen ausgestattet.

Das Berliner Verkehrslexikon ist soeben im Verlage von Max Schildeberger erschienen und enthält außer dem Adressenverzeichnis und den Fahrplänen einen knappen, aber recht instruktiven Führer durch die Gewerbe-Ausstellung.

Kiehlings großer Verkehrsplan von Berlin mit Vororten ist soeben erschienen. Die Ausgabe in sechs Farben kostet 2 M., die in fünf Farben 1,50 M. Der Plan enthält ein Verzeichnis der Straßen und Sehenswürdigkeiten.

Eine Ausstellung, welche alle Gebiete des Impfwesens umfaßt, ist gelegentlich des 100. Geburtstages von Jenner, dem Entdecker der Schutzpockenimpfung, im Medizinischen Warenhaus, Friedrichstr. 108, veranstaltet worden. Die Ausstellung ist werktäglich von 10—7 Uhr bis zum 31. Mai geöffnet.

Mit dem Finanzminister Miquel konferirte am Mittwoch eine Abordnung des Ausschusses, der sich zur Erhaltung des Botanischen Gartens als öffentliche Sammelanlage konstituirte hat. Herr Miquel blieb bei seiner Ansicht, daß der Botanische Garten nur gegen eine „angemessene Entschädigung“, über deren Höhe wohl eine Verständigung zu erzielen sei, an die Stadt abzulassen sei. Uebrigens sei für die Bebauung des Gartens von der Ministerial-Bauverwaltung bereits ein Plan ausgearbeitet worden. Bei dieser Gelegenheit machte Herr Miquel noch die für das krüppelhafte Ding, das sich Berliner Bürgerstolz nennt, wenig schmeichelhafte Bemerkung, daß Berlin das, was es sei, lediglich dem Hofe und der Erziehung des Deutschen Reiches verdanke.

Ein Bockott ist, wie ein Berichterstatter zu melden weiß, von zahlreichen Hausfrauen über diejenigen Händler und Händlerinnen in der Markthalle am Andreasplatz verhängt worden, die ihre Kundschaft in gar zu großem Ton behandelt haben. Der Bockott soll mit solchem Erfolg durchgeführt sein, daß der Umgangston in der Markthalle bedeutend gestillert geworden ist.

Mit Rücksicht auf den großen Fremdenverkehr will der Magistrat in den besuchtesten Straßen die hölzernen Brunnengehäuse durch eiserne ersetzen lassen. Der Magistrat sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Wassner der abgelegenen Straßen gleichfalls nicht ganz frei von ästhetischem Empfinden sind und wohl ebenfalls die häßlichen hölzernen Brunnen durch eiserne ersetzt wünschten.

Der Adreßbuch-Kampf zwischen den Firmen August Scherl und W. u. S. Löwenthal ist nunmehr dadurch beendet worden, daß letztere Firma sich nach einer Vereinbarung mit Herrn Scherl entschlossen hat, das in ihrem Verlage erscheinende alte Adreßbuch eingehen zu lassen. Herr Scherl theilt uns ferner mit, daß der umfangreiche, auch sämtliche April-Ausgabe enthaltene Nachtrag im Laufe der nächsten Woche erscheinen und allen Käufern des Scherl'schen Adreßbuches gratis verabfolgt werden wird. Der Vorbestellpreis des Scherl'schen Adreßbuches, welches also fortan das einzige Adreßbuch für Berlin sein wird, bleibt nach wie vor 6 M.

Ein Werk christlicher Nächstenliebe, dem sich der Armen-Kommissions-Vorsieder und Restaurateur Bode in der Bremerstraße gegenwärtig hingiebt, bildet in Moabit den Stoff zu allerhand Kommentaren. Am 23. November vorigen Jahres sind die Schulente August Budahn und Johann Domring wegen einer unerhörten Mißhandlung, die sie am Abend des 2. September an einer wehrlosen Frau und einem rabigen Bürger verübt haben, zu sechs resp. vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden, nachdem ihr abgefemter Versuch, die Mißhandlung durch eine Denunziation wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu Fall zu bringen, mißglückt war. Diese Strafe ist bereits rechtskräftig geworden, doch haben die beiden Verurtheilten ihre Haft noch nicht angetreten. Daß ihnen die Strafe überhaupt im Wege der Gnade erlassen werde, darum bemüht sich jetzt mit außerordentlich lebhaftem Eifer der genannte Restaurateur, indem er bei den Hausbesitzern und Geschäftsleuten der Gegend Trepp auf und Trepp ab läuft, damit dem Gnadengesuch durch deren Unterschrift eine besondere Befähigung zu theil werde. Der Gute sieht aber in seinem Bemühen bei denen, die die Sabelassäre des 2. September noch lebhaft in Gedächtniß haben, auf einen wenig mißverständlichen Widerstand.

Mehrere Verkehrsstörungen sind am Himmelfahrtstage auf den elektrischen Bahnen vorgekommen. Gegen 12 Uhr mittags brach auf der Linie Zoologischer Garten—Gewerbe-Ausstellung die Zuführungsstange eines Wagens und verurachte derartige Störungen, in der Leitung, daß der Verkehr eine Stunde lang stockte. Am Rottbuser Thor versagte auf der Strecke, die von

den Zierden Zoologischer Garten - Gewerbe-Ausstellung und Dönhofsplatz - Gewerbe-Ausstellung gemeinschaftlich benutzt wird, um dieselbe Zeit der Strom, so daß schließlich auf jeder Seite sechs Wagen hielten. Wiederholte Versuche, weiter zu kommen, scheiterten, bis nach einer Viertelstunde der Strom stark genug war.

Ueber zweihundert russisch-polnische Auswanderer passirten gestern Nachmittag Berlin. Es waren durchweg nur junge Leute beiderlei Geschlechts, in der Mehrzahl Juden, zum kleineren Theile Christen. Sie waren sämmtlich für ein großes industrielles Unternehmen in der Nähe von New-York verschrieben.

Durch die elektrische Straßenbahn in Spandau ist am Mittwoch der Bureauassistent Köppen vom Feuerwerkslaboratorium so unglücklich überfahren worden, daß der Tod bald eintrat. Dem Wagenführer soll keine Schuld treffen.

Kleine Mittheilungen von der Ausstellung. Etwa 45 000 zahlende Besucher hat die Ausstellung am Himmelfahrtstag gezählt. — Die Stufenbahn wird am Sonntag ihren Betrieb aufnehmen. — Die elektrischen Boote haben am Donnerstag den Verkehr auf den beiden Seen begonnen. — Kairo giebt von jezt an auch Dauerarten aus und zwar zum Preise von 15 Mark für Erwachsene und 8 Mark für Kinder. — In den letzten Tagen sind wieder fünf Personen an den Kontrollstellen der Gewerbe-Ausstellung abgefaßt worden, welche sich im Besitz geliehener Karten befanden; außerdem wurden zwei Personen angehalten, die im Besitz von Dauerarten von Kairo waren und auf Grund dieser, die einer bestimmten Art von Ausstellungskarten ähnlich sehen, sich Eintritt zu verschaffen suchten. Allen sieben Personen sind die Karten abgenommen und die strafrechtliche Verfolgung ist eingeleitet worden.

Beim Niederlegen eines eisernen Trägers für die elektrische Straßenbahn ist am Mittwoch Abend der Schlosser Todde auf entsetzliche Weise in der Yorstraße zu Tode gekommen. Der Träger fiel um und zerschmetterte dem Schlosser den Schädel, so daß der Tod sofort eintrat.

Ein schwerer Unfall ereignete sich Donnerstag am Hauptgebäude der Gewerbe-Ausstellung. Der Kobrleger Wilhelm Dreffel, hier Kopischstr. 3 wohnhaft, war an dem an der äußeren Mauer lang laufenden Dampfrohr mit dem Anziehen von Schrauben befaßt, als plötzlich mit gewaltigem Knall das Rohr platzte, wodurch Dreffel etwa drei Meter weiter fortgeschleudert wurde und sich beide Beine doppelt brach. Der schwer Verletzte wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Durch die Explosion erlitten auch zwei andere, in der Nähe befindliche Arbeiter, wenn auch nur leichte, Verletzungen.

Explosion. Als am Mittwoch Nachmittag gegen 5 Uhr der Gehülfe Ködler in der Fabrik für chemische und pharmazeutische Präparate von Nibel, Gerichtstraße 12, aus einem Gasballon Aether in eine leere Flasche füllte, explodirte plötzlich Flasche und Ballon, und in wenigen Sekunden standen die im Lager Keller befindlichen Stoffe: Benzol, Naphthalin und Alkohol in hellen Flammen. Wunderbarerweise hat sich der Gehülfe trotz dem noch unverehrt retten können. Die Feuerwehr mußte mit drei Rohren eine Stunde lang Wasser geben. Eine Weiterverbreitung des Brandes war ausgeschlossen, da der Lagerkeller feuerfester hergestellt ist.

Weil er längere Zeit arbeitslos war, hat der 40 Jahre alte Maler Ködler aus der Ringstraße zu Friedenau sich am Donnerstag die Pulsader geöffnet. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Ueberfahren. In der Mittagsstunde wurde am Mittwoch auf den Judenwiesen, in der Nähe der Gohlowsky-Brücke, der obdachlose Arbeiter Ferdinand Maronowski in hilflosem Zustande angefahren und nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. Seiner Angabe nach ist er durch einen Arbeitswagen überfahren worden.

Von einem Heutwagen ist am Mittwoch der Zimmermann Joseph Ködler in der Invalidenstraße überfahren und so schwer verletzt worden, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die Friedrichsgracht von der Gertraudenbrücke bis zur Scharrenstraße vom Grundstück Nr. 17 bis zur Friedrichsgracht werden wegen Umpflasterung und Aufhebung des Straßendamms vom 18. d. M. ab auf die Dauer von 5 Wochen für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Aus Furcht vor Strafe ist Freitag Morgen die 13jährige Schülerin Anna Rose aus der Pestalozzistraße 16 zu Charlottenburg verschwunden. Die Verschwindene, die anzubalten die Eltern alle bitten, die sie betreffen sollten, hat blondes Haar und trägt ein blaues Kleid, eine gestreifte Schürze und schwarze Strümpfe.

Witterungsübersicht vom 15. Mai 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. redivert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (9/10 F°R.).
Swinemünde	754	SW	5	bedeckt	11
Danburg	758	N	5	bedeckt	11
Berlin	757	SW	4	bedeckt	12
Biesbaden	763	SW	1	wolkenlos	12
München	765	W	5	heiter	12
Wien	760	W	4	halb bedeckt	13
Japaramba	756	N	4	wolkenlos	1
Petersburg	743	SW	3	Schnee	-0
Coel	768	N	2	heiter	16
Aberdeen	766	SW	6	bedeckt	9
Paris	766	SW	1	wolkenlos	10

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 16. Mai 1896. Ein wenig kühleres, ziemlich trübes Wetter mit leichten Regenfällen und mäßigen bis frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

National-Theater. Nach vieler Tage Qual brachte das National-Theater vorgestern einmal ein Stück, über das nicht kurzer Hand der Stab zu brechen ist. „Moderne Raubritter“, Geschichte aus dem Berliner Gewerbeleben, nennt sich ein dramatisches Werk, das Herrn Karl Pohl zum Verfasser hat. Der Autor hat wohl mit gutem Vorbedacht seine Arbeit nicht als Drama bezeichnet, denn sie besteht aus einer Anzahl aneinander gereihter Bilder, die zwar miteinander zusammenhängen, aber doch des zum Drama erforderlichen einheitlichen Kerns entbehren. In diesen Szenen wird mit guter Beobachtungsgabe in wirkungsvoller Form die Geschichte eines der vielen kleinen Fabrikanten Berlins erzählt, die sich mit redlichem Kopfschweigen mühen, ihr Geschäft in Flor zu bringen, und doch durch jede Lücke ihrer Abnehmer zu Grunde gerichtet werden können. Der Möbelfabrikant Krüger wird durch eine Falle umgebracht, welche die Händler Neumann in ihrem Geschäftskontak aufgelegt haben; die geschiedenen Geschäftsleute bringen ihn zum Selbstmord, nachdem er einen Lieferungsvertrag nicht hat innehalten können, und ernten dann mit leichter Mühe die Frucht seines jahrelangen Schwelms. Der Verfasser war nur so ungerecht, derartigen Ehrenmännern besondere Bosheit unterzulegen; die Günst der wirtschaftlichen Entwicklung bringt es so mit sich, daß der salbungsvolle Geist gleich dem habgierigen Juden seine

lieben Nebenmenschen in legalster Form ökonomisch umbringen kann, wenn sie nur weniger Kapitalkräftig sind als er. Im einzelnen waren die Bilder, wenn auch in grober Holzschmittmanier, so doch mit trefflicher Beobachtungsgabe gezeichnet. Ein entsprechender Theil des Erfolges gebührt auch der Darstellung, in welcher die Damen Schmidt und Arco und die Herren Schmitt, Bruch, Edmund und Hagmann vor anderen treffliches leisteten.

Kleine Theaterchronik. Die Eröffnungsvorstellung im Olympia-Theater ist auf Dienstag, den 19. Mai verschoben worden. — Im Schiller-Theater kommt heute, Sonnabend, „Ohne Geld“ zur lehtmaligen Wiederholung. Die Erstaufführung von „Viel Lärm um Nichts“ mit Frau Klara Meyer als Gast in der Rolle der Beatrice ist nunmehr auf Donnerstag, den 21. d. M. festgesetzt.

Die Polizeienfur. In Melle bei Osnabrück verbot der Bürgermeister die Aufführung des Stückes „Bismarckspende“, welches die Zahlstelle des Metallarbeiter-Verbandes dort zur Aufführung bringen wollte.

Die „vereinigten deutschen sozialistischen Schulen von New-York“ haben an Schriftsteller und Pädagogen, welche mit der religionslosen Schule sympathisiren, einen Aufruf gerichtet, in welchem sie um Beiträge (Fabeln, Parabeln, Gedichte und kurze Vorträge, die in freizeitheltem und sozialistischem Sinne gehalten sind) bitten, welche in einem einfachen Lesebuch Aufnahme finden sollen. Zuschriften sind zu richten an den Sekretär der genannten Vereinigung, Otto Paepzer, 441 East 81 Str. New-York City. Die Vereinigung bittet die sozialdemokratische Presse Deutschlands, von dieser Mittheilung Notiz zu nehmen.

Verfassungen.

Die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen besprachen am Mittwoch die bezüglich ihrer Lohnbewegung einzuschlagende Taktik. Derschend gab einen Ueberblick über den bisherigen Verlauf des Streiks. Danach ist die Zahl der Streikenden, die am 25. April 240 betrug, die sich auf 40 Geschäfte vertheilen, bis zum 8. Mai auf 169 in 29 Betrieben zurückgegangen und sind auch bis heute, mit Ausnahme eines Falles, keine neuen Meldungen von Arbeitsstellen mehr eingegangen. Soweit es der Kommission bekannt gegeben, arbeiten gegenwärtig 1216 Berufsangehörige in 220 Geschäften zu den neuen Tariflöhnen, während 104 Betriebe gleichfalls den Tarif bewilligt haben, ohne es erst zum Streik kommen zu lassen. Die Firmen, die nach dem neuen Tarif zahlen, seien nicht — wie die „Süddeutsche Tabak-Zeitung“ behauptet — nur keine mit einzelnen Arbeitern, sondern es befinden sich eine Reihe der größten Berliner Geschäfte darunter. Der Erfolg der Lohnbewegung sei demnach nicht zu leugnen. Allerdings hätten sich von den etwa 2000 in Berlin beschäftigten Tabakarbeitern und Arbeiterinnen 700 garnicht an der Bewegung beteiligt. Das wären aber die indifferenten Elemente, die jederzeit den Bestrebungen ihrer Kollegen um Verbesserung ihrer Lage fern ständen, und auf eine Heranziehung derselben sei für diesmal nicht mehr zu rechnen. Daher mache sich eine Aenderung der bisherigen Taktik notwendig, und möchten die Versammelten geeignete Vorschläge machen. Derschend schlug vor, von jezt an nur diejenigen Fabrikanten zu veröffentlichen, die nicht bewilligt haben, um dadurch einen Druck auf die öffentliche Meinung auszuüben und dem lausenden Publikum einen Fingerzeig zu geben. Hing und Börner kennzeichneten das Verhalten der Kapputzfabriken Arbeiter, die es nur ihrer eigenen Schuld zuzuschreiben hätten, daß diese Firma die Forderungen nicht bewilligt hat. Schelle, der bei Kapputz gearbeitet hat, bestätigte, daß dieser bereit gewesen wäre, den Tarif zu bewilligen, wenn es nur die Arbeiter verlangt hätten. Leider sei es ihm und einigen anderen Kollegen nicht gelungen, die Mehrheit dieser Firma zum Vorgehen zu bewegen. Das Resultat der Debatte lag in folgender Resolution zum Ausdruck, die einstimmig angenommen wurde: Die Versammlung beschließt, die Lohnbewegung insofern als abgeschlossen zu betrachten, daß keine neuen Meldungen von Arbeitsstellen mehr entgegen genommen werden; sie erklärt sich mit den zur Zeit noch Ausständigen auch ferner solidarisch und verpflichtet sich, alles zu thun, um auch für diese den tarifmäßigen Lohn zu erzwingen. Schließlich betonte Derschend noch, daß hiermit die Lohnbewegung keineswegs endgiltig beendet sei. Es gebe verschiedene Fabrikanten, die noch nicht bewilligt hätten und sich einweisen mit unzureichenden Arbeitskräften behelfen. Bei günstiger Gelegenheit werde man auch diese zum Nachgeben bewegen. Um die fernere Unterstützung der Ausständigen zu ermöglichen, sollten die Kollegen die Beiträge nicht vergessen.

Der Streik bei Lange u. Wundsch (Virus-Papierfabrik) beschäftigte am 13. Mai eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Steinbrüder, Lithographen, Schleifer, Präger, Prägerinnen und Berufsgenossen. Schöpple berichtete über die Unterhandlungen mit der genannten Firma. Nach den Ausführungen des Redners ist seitens der Deputation der Arbeiter alles geschehen, einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen, ohne dies zu erreichen. Herr Wundsch wollte wohl den Druckern bewilligen, aber nicht dem Verlangen willfahren, wenigstens eine bestimmte Anzahl (6) der ausständigen Prägerinnen sofort wieder einzustellen, um derenwillen hauptsächlich die Drucker die Arbeiter niedergelegt haben. Es handelte sich bekanntlich darum, daß den Arbeiterinnen Lohnreduktionen in Aussicht gestellt waren. Die Ausständigen sind ohne Ausnahme der Sache treu geblieben. Wundsch suchte sich jezt, legte der Redner des weiteren dar, zu helfen, indem er anderen Firmen seine Arbeiten übertrage. Durch strengste Beobachtung sei festgestellt worden, daß folgenden Fabriken Steine zugesandt wurden: Jagelberg; Kuhner und Berger; Heumann und Schmidt; Böttner u. Co.; Heilriegel. Die bei Böttner beschäftigten Steinbrüder, Präger und Schleifer hätten bereits beschlossen, in dem Moment gemeinsam die Arbeit niederzulegen, wo den Druckern die Ausführung Wundsch'scher Arbeit zugemuthet werde. An der sehr lebhaften Debatte nahmen auch Arbeiter der in die Angelegenheit hinein gezogenen oben erwähnten Fabriken theil; dieselben erklärten, sich am Freitag mit ihren Mitarbeitern zu verhandeln. Ein sogenannter Privatandrunder (Hausindustrieller), welchem Herr Wundsch ebenfalls Arbeiten übertragen hat, gab den Versammelten die Versicherung, die Arbeit mit Rücksicht auf den vorgetragenen Stand der Dinge nicht auszuführen. (Bravo.) Der Vorsitzende Sillier sprach den Wunsch aus, daß diesem Beispiel allerseits nachgeachtet werde. Er stellte fest, daß die Geschäftslage den Arbeitern zur Zeit äußerst günstig sei und daß es auch an materieller Unterstützung nicht mangle. Folgende Resolution wurde gegen 3 Stimmen angenommen: Die Versammlung erklärt auf den Bericht des Kollegen Schöpple, nach wie vor an den gestellten Forderungen festzuhalten. Unter keinen Umständen kann die Versammlung auf die von der Firma V. u. W. gewünschte Auslieferung der Prägerinnen eingehen. Die Versammelten verpflichten sich, sowie ihre nichtanwesenden, irgendwie in betracht kommenden Kollegen und Berufsgenossen, alle von der Firma anher dem Hause und an andere Fabriken vergebenen Arbeiten nicht anzufertigen. Ferner verpflichtet die Versammlung, den von der Firma für einen Prinzipienkampf erklärten Ausstand mit allen Mitteln zu unterstützen. — Die Wiedereinstellung der mit in den Ausstand getretenen Präger von Lange und Wundsch wurde entgegen dem Verlangen mehrerer ihrer engeren Berufskollegen deshalb aus den Forderungen ausgeschlossen, weil dieselben anderwärts untergebracht sind.

Die Maurer tagten am Mittwoch in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung im Kolberger Salon, um sich über die Mittel und Wege zu verständigen, wie die neunstündige Arbeitszeit allgemein in den Geschäften, welche noch 10 Stunden arbeiten lassen, durchgeführt werden könne. Der Vertrauensmann Kater hielt das einleitende Referat, in welchem er zunächst die in den letzten Tagen vorgekommenen Arbeitsstellenänderungen erörterte. Eine derartige Taktik, wie die Einstellung auf dem Bau in der Hansestraße müsse unterbleiben, da dies nur eine Schädigung der Interessen der organisierten Maurer im Gefolge habe. Der Kleinkrieg, die Hausperren müßten jezt mit Energie aber auch mit Umsicht und nach genauer Prüfung der Verhältnisse weiter geführt werden. Es sei nicht erforderlich, meint der Referent, wegen jedes Streikbrechers 40-50 Maurer ausständig werden zu lassen, welche dann womöglich durch Indifferente ersetzt werden. Darum sei es notwendig, die Kommission vor jeder Arbeitsstellenänderung zu informieren, um im gegenseitigen Einverständnis zu handeln. In der Debatte, an welcher sich hauptsächlich Vorpahl, Vegeler, Beyerndorf, Schigolitz und Silberstein betheiligten, wird die einzuschlagende Taktik in der Bewegung zur Durchführung des Neunstundentages einer gründlichen Besprechung unterzogen. Besonders betont wird, daß die Kommission dafür sorgen solle, den Zugang durch regelmäßige Publikationen in der gesammten Arbeiterpresse herabzumindern.

Der Zentralverband deutscher Brauer (Zweigverein Prov. Brandenburg) hielt am 5. Mai bei Jubel eine Generalversammlung ab. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Kollegen M. Wiehle gelangten die eingelaufenen Anträge zum Delegirtenrat zur Berathung. Auf Antrag Richters wurden sämtliche Anträge der vorgeordneten Zeit wegen dem Delegirtenrat als Material überwiesen. Bei der hierauf vollzogenen Wahl des Delegirten zum Verbandstage wurde Hobbapp mit der Vertretung betraut, weiter wird B. Richter als Vertreter des Verbandsausschusses an dem Delegirtenrat theilnehmen.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend Abend von 8-9 Uhr: Säkularschule. Waldemarstr. 14: Redebung. (Die wichtigsten Feste für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrages) Herr Gerlach Schulz - Nordstraße, Müllerstr. 179a: National-Ökonomie. (Allgemeine Nationalökonomie. Ueber den gesellschaftlichen Arbeit. Die verschiedenen Produktionsformen. Das charakteristische der kapitalistischen Produktionsform. Theorien zur Erklärung des Kapitalismus, die klassische Nationalökonomie. Marx' Fortführung und Kritik: Werth, Mehrwerth, Zirkulation des Kapitals, Profit, Handelsgewinn, Grundrente. Die Tendenzen der freien Konkurrenz und der Emanzipationstheorie der Arbeiterklasse. Die ökonomische Theorie von Marx in ihrem Verhältnis zur materialistischen Geschichtsauffassung.) Herr Dr. Konrad Schmidt. — Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Arbeiter - Sängerbund Helios und Jungesung. Vorsitzender: H. Neumann, Telenmalerstraße 3. — Alle Versammlungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Mantuffelstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Sängerbund Helios und Jungesung. Versammlungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Kottbuser Damm 79.

Allgemeine Frankens- und Steiermärker der Metallarbeiter (S. 29. Hamburg) Filiale Berlin 6. Heute Abend 8 Uhr bei Diefel, Behringstr. 47: Mitglieber-Versammlung. (Besprechung Filiale 4: abends 8 Uhr Mitglieber-Versammlung bei S. Wonn. Kleine Mantuffelstr. 16. Filiale 3: Mitglieber-Versammlung abends 8 Uhr, Mantuffelstr. 46. Wichtige Tagesordnung. Filiale Berlin 8: Sonntag, den 17. d. M., vormittags 10 Uhr, Uferstr. 123 bei Harten. Mitglieber-Versammlung.)

Sozialdemokratischer Auktionsverein für den Reichstags-Wahlkreis Straßburg-Neuburg. Sonntag, den 17. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Einke, Südbüchse, 26: Sitzung. Gäste willkommen.

Schüler-Verein. Heute Abend 9 Uhr Reichthorstr. 18: Versammlung: Jahresbericht der Lehramter u. verwandter Berufsgenossen. Heute Abend 9 Uhr: Versammlung. Vortrag des Genossen Bösch über die Verfassung des Privatgüterthums.

Vergnügungsverein Vorwärts. Sitzung abends 8 Uhr bei Seibel, Gubenstr. 6.

Konfessionsklub „Juf“. Heute Abend 9 Uhr bei Weger, Dreßdenerstraße 20: Gesang, Aufnahme neuer Mitglieder, Gemüthliches Beisammensein. Am Sonnabend, den 23. d. M.: Parthei nach Burg und Umgegend. Gäste willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Montag, den 18. Mai, 8 Uhr abends, Alexanderstr. 27c, Englischer Garten: Beschließende Versammlung.

Jahung Maurer! Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend nimmt in folgenden Zahlreichen Beiträge entgegen: N.: bei Wiede, Schwinnmalerstr. 20; O.: bei Böhl, Waidersdorferstraße 8; SO.: Noll, Waldemarstr. 61; S.: Biele, Wittensmalerstr. 43; W.: Wehrendt, Flumenthalstr. 6; Moabit: Gohlbächer, Turmstr. 24; Wedding: Raabe, Kolbergerstr. 23. — Dort wird jeden Sonnabend Abend von 8-10 Uhr kassirt. Der Vorstand.

Vermischtes.

Bonfottirt haben die Bewohner der vornehmen Villenkolonie Wilhelmshöhe bei Kassel die Geschäftsleute und die handarbeitende Bevölkerung von Bahlershausen, weil eine Neuwahl zur Gemeindevorstellung nicht nach dem Wunsche der Befehlenden ausgefallen ist. Von einem Vorgehen des Staatsanwalts gegen diese Herrschaften hat man bislang noch nichts gehört.

Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. Diejenige Fundamentalfah der weidenschen Rechtspflege will anscheinend auch die mehr noch durch ihre patriotischen Aufpassungsvermögen als durch ihre Kunstfertigkeit berühmte deutsche Künstlerische Rechnung tragen. In der guten Stadt Ulm modellirt ein Herr Federlin eine Justitia, die für das neue Gerichtsgebäude am Orte bestimmt ist. Die Göttin ist nach der Nr. 109 der „Ulmer Schnellpost“ recht sinngemäß mit unverbüllten Augen dargestellt. Wie anders wäre es ihr auch möglich, dem Rechtsgrundfah des Justizministers v. Schönstedt gebührend Geltung zu verschaffen?

Der Herzog von Meiningen hat in Italien entschieden Ankläd. Nachdem erst vor 14 Tagen ein Raubattentat auf ihn ausgeübt worden ist, ist er am Donnerstag bei seiner Ankunft in Varenna auf steiler gepflasterter Straße gestürzt, hat sich das rechte Knie verletzt und wird voraussichtlich längere Zeit liegen müssen.

Eine Explosion, deren Ursache unbekannt ist, entstand am Mittwoch in Toulon an Bord des Kreuzers „Admiral Duperré“ in der mittelfinsten Pulverkammer. Der daraus ausbrechende Brand wurde rasch gelöscht. Personen wurden nicht verletzt, jedoch herrscht hier große Erregung über den Vorfall.

In Lemberg schneit es seit zwei Tagen. In ganz Galizien herrscht eine empfindliche Kälte.

In Triest schoß eine Wittwe, namens Anna Gonzali, auf den Gerichtsadjuanten Dr. Perich und verletzte denselben unbedeutend am Kopfe. Der Adjuant hatte die Annahme eines verspätet eingebrachten Rekurses verweigert. Die Aktenäterin wurde verhaftet.

Die Cholera in Ägypten. Die „Times“ melden aus Kairo, daß eine große Anzahl von Europäern aus Besorgniß über das weitere Zunehmen der Cholera Alexandria verläßt. Gestern sind 30 Neuerkrankungen und 22 Todesfälle vorgekommen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (sowie Buchhaben oder eine Sachangabe) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

2 Wettende. Ein Physiker, dem wir Ihre Frage zur Beantwortung übermittelt haben, schreibt uns: Der „Augenblick“ als Name für ein bestimmtes Zeitmaß ist mir noch nie vorgekommen; ich glaube sagen zu können, daß er überhaupt nicht existirt. Die Tertie als der sechzigste Teil der Sekunde mag wohl gelegentlich einmal eingeführt worden sein; daß man sich ihrer in der Wissenschaft bedient, ist mir nicht bekannt; man kann Zeitmessungen unter Umständen bis auf Tausendstel einer Sekunde machen, pflegt aber die kleinsten Zeiten als Bruch von Sekunden zu schreiben (0,001 Sek.) und nicht in einer kleineren Maßeinheit (Tertien) auszufragen.

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung vom 15. Mai 1896. 1 Uhr.

Am Ministertische Dr. Miquel und Kommissarien. Der Gesetzentwurf betr. die Gewährung von Umzugskosten an Regierungsbaumeister steht zur dritten Lesung. — Die Vorlage stellt für die außerordentlich beschäftigten Regierungsbaumeister, soweit ihnen die Aussicht auf dauernde Verwendung ausdrücklich eröffnet ist, die Gewährung von Umzugskosten fest. — Ein Antrag Ricker (fr. Bg.) will die Worte, „soweit ihnen die Aussicht auf dauernde Beschäftigung ausdrücklich eröffnet ist“ streichen.

Der Antrag Ricker wird abgelehnt. Die Vorlage wird unverändert definitiv angenommen. Der Nachtragsetat, welcher 200 000 M. als erste Rate für den Umbau des pathologischen Instituts der Charité fordert, wird debattelos genehmigt.

Es folgen Petitionen. Bei einer Petition um Aufbesserung der Eisenbahnwerkmeister- und anderer Eisenbahnbeamten-Gehälter bemerkt der Abg. Dr. Arendt (fr.), daß eine Aufbesserung nur möglich wäre, wenn die dazu erforderlichen Mittel aus der Konversion der vierprozentigen Staatsanleihe gewonnen werden könnten.

Regierungskommissar Geh. Rath Gerlach bemerkt, daß die verschiedenen Beamtenkategorien doch unterschiedlich behandelt werden müssen.

Abg. Ricker (fr. Bg.): Diese Ansicht steht im Widerspruch mit den Versicherungen des Eisenbahnministers. Mit Herrn Arendt stimme ich bezüglich der Konvertierung überein.

Abg. Reichardt (natl.) wünscht auch die Petitionen, deren Erledigung durch Tagesordnung die Kommission beantragt, der Regierung als Material zu überweisen; auf die Konvertierung braucht man nicht zu warten.

Abg. Dr. Lohmann (natl.) spricht in gleichem Sinne; verquiert man die Konvertierungsfrage mit dieser Angelegenheit, so hindert das beide.

Abg. Gothein (fr. Bg.) stimmt dem Abg. Arendt bei. Die Gehaltserhöhung muß durch Einnahmen gedeckt werden, dazu ist die Konvertierung ganz geeignet. Erfolgreich ist der Meinungsumschwung auf der Rechten, wo man früher die Notwendigkeit der Gehaltserhöhung leugnete. Hat die Nähe der Wahlen diese Meinungsänderung bewirkt?

Abg. Dr. Gerlach (fr.) weist diese Insinuation zurück. Vor drei Jahren standen wir vis-à-vis da; heute hat ja Herr Arendt die Deckungsmittel vorgeschlagen.

Von dem Abg. Kirsch (Z.) wird beantragt, die sämtlichen vorliegenden 26 Petitionen von verschiedenen Eisenbahnbeamten-Kategorien, soweit jene durch Tagesordnung nach dem Kommissionsantrage erledigt werden sollen, der Regierung als Material zu überweisen.

Das Haus beschließt nach diesem Antrage, jedoch mit Ausnahme einer Petition, in welcher um Anstellung von Eisenbahn-

arbeitern als Staatsbeamte petitioniert wird. Diese Petition wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Montag, 11 Uhr: Nachtragsetat (3. Lesung), Antrag Ballbrecht (natl.) betr. Vauschöffen-Kemler (2. Lesung), Petitionen. Schluß 4 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins dauert fort. Die Zahl der Streitenden hat sich auf 2600 vermindert, da wiederum einige Firmen die Forderungen zum theil bewilligten. Es sind dies die Firmen: Kunze u. Sohn, Schulze, Lubitz, Schmiedel, von Mohden, Schütze u. Cie., Dreger u. Cie., Wiesner, Oberholthaus, Groß, Grütze, Hoffmann u. Cie., Herbst, Fürstenberg, Harmonie, S. Pfl., Gättschow, Schmidt u. Sommerfeld, Westermeyer, Mittag, Köhler, Hansen, Hirschfeld, Duxsen, Neufeld und Fisenheim. Das Fabrikantenorgan, die „Instrumenten-Zeitung“ giebt sich im Bunde mit der „Staatsbürger Zeitung“ die lächerliche Mühe, den Zustand als ein Nachwort sozialdemokratischer Agitatoren auszuweisen, die „die Unzufriedenheit erst seit kurzer Zeit in die Arbeiterkreise dieser Branche durch systematische Wühlereien künstlich hineingetragen“ hätten. Eine eigentlich schlechte wirtschaftliche Lage der Instrumentenarbeiter sei nicht vorhanden, die Streitenden hätten sich nur unter dem Druck der sogenannten Lohnkommission, aus Furcht vor dieser, der Bewegung angeschlossen. Auch behauptet die „Instrumenten-Zeitung“, die im „Vorwärts“ über den Streik veröffentlichten Publikationen seien unwahr. Demgegenüber erklärt die Kommission, daß sämtliche Publikationen im „Vorwärts“ von der Lohnkommission eingesehen sind und den Thatsachen durchaus entsprechend, was aus den Lohnbüchern und Unterstützungslisten jederzeit erweisbar sei. Die Schuld an dem Streik hätten sich die Unternehmer lediglich selbst zuzuschreiben, indem sie wegen ganz nichtiger Ursachen die Aussperrung der gesamten Arbeiter der Klaviaturbranche veranlaßten. Die Streitenden sind gewillt, ihren Kampf mit aller Energie fortzuführen.

Die Maurer Berlins und Umgegend werden von der Streikkommission der Breslauer Kameraden ersucht, energisch dafür zu agitieren, daß der Zuzug von Berlin unterbleibt. Trotzdem die Arbeitsverhältnisse in Breslau nichts weniger als genügend sind, haben sich doch einige Streikbrecher aus Berlin eingefunden.

Parquetbedenker Berlins, Achtung! Den Kollegen zur Kenntniß, daß die Streikunterstützung heute Vormittag 11 Uhr bei Schöning, Köpnickstr. 68, ausgezahlt wird. Der Vertrauensmann.

Den Metallarbeitern Berlins zur Kenntniß, daß ich jeden Sonnabend Abend von 5-9 Uhr im Lokal bei Stehr, Kottbuser- und Brigerstraßen-Ecke, die Abrechnung vorziehe, auch

neue Marken ausgabe. Ferner ersuche ich alle diejenigen, die noch alte Reste zu begleichen haben, in kürzester Zeit mit mir abzurechnen. Der Vertrauensmann. C. Kobach.

Die Töpfer Magdeburgs sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern einen einheitlichen Lohn und Beschränkung der Arbeitszeit. Einige Unternehmer haben diese Forderungen bereits anerkannt.

Die bisher lokalorganisirten Hasenarbeiter Harburgs beschloßen den Beitritt zu dem kürzlich gegründeten Verband der Hasenarbeiter Deutschlands.

Die Innungs-Zimmerergesellen Lambachs und Umgegend in Thüringen bekommen jetzt 18-20 Pf. Stundenlohn. Sie beauftragten ihre beiden Altgesellen, die Unternehmer um 10 pCt. Lohnerböschung anzugehen. Anstatt die 1-2 Pfennige zu bewilligen, wurde einer der Altgesellen entlassen, obwohl er bei dem betreffenden Unternehmer schon vier Jahre thätig war, also gewiß ein tüchtiger Arbeiter ist.

Die Differenzen in der Perlmutterindustrie Wiens sind durch Vermittlung der Wiener Handels- und Gewerbelammer beigelegt. Zwischen Exporteuren, Meistern und Arbeitern ist ein Lieferungs- und ein Lohnvertrag vereinbart. Die Arbeiter bekommen nunmehr in allen Werkstätten für gleiche Arbeit denselben Lohn, und während sie bei den am schlechtesten zahlenden Meistern bisher 5-6 fl. wöchentlich verdienten, werden sie künftig 8-9 fl. bekommen, und in den besten Werkstätten 9-10 fl., anstatt früher 8-9 fl. Die Handels- und Gewerbelammer ist bereit, auch bei künftigen Differenzen ihre Dienste als Einigungsamt zur Verfügung zu stellen.

In Rotterdam dauert der Hasenarbeiter-Konflikt unverändert fort. Bürgergarde, Polizei und Marine-Soldaten sperren die Quais und Häfen zum Schutze der nicht-ausländischen Schiffsentlader ab. Die Streitenden halten ihre Forderungen aufrecht. — Die Fabrikanten hielten unter Leitung der Liga der Schiffsentlader eine Versammlung ab und lehnten den Lohnvertrag ab. Wenn die Unternehmer diesen Tarif nicht annehmen sollten, beabsichtigen die Fabrikanten, ebenfalls in den Streik einzutreten. Die Ruhe ist nirgends gestört. Trotzdem hat man das Panzerschiff „Kortenaar“ zur Überwachung der Maas beordert. Kriegsschiffe zur Verwendung gegen die eigenen Landeskinder, das ist ein nettes Zeichen „moderner Kultur“.

Der Präsident der Union der englischen Schiffsentlader, John Havelock Wilson, ist aus Liverpool in Rotterdam eingetroffen, um die Angelegenheit des Ausstandes zu prüfen und die Mannschaften der fremden Schiffe zu bereden, daß sie nicht versuchen, die holländischen Schiffsentlader zu ersetzen. Auf Ersuchen der Leiter des Ausstandes hat sich der Bürgermeister zur Vermittlung bereit erklärt; einer der hervorragendsten Unternehmer hat infolge dessen bereits einen freundschaftlichen Vorschlag gemacht, der am Freitag in einer Versammlung der Ausständigen beraten wurde. Am Donnerstag waren einige hundert Arbeiter aus Bergen-op-Zoom eingetroffen, sind aber nach Ansprachen der Leiter des Ausstandes wieder nach Bergen-op-Zoom zurückgekehrt.

Tabakarbeiter-Streik. Achtung, Arbeiter, Genossen!

Den tarifmäßigen Lohn zu zahlen haben die nachfolgenden Firmen abgelehnt, resp. es wird nicht zum tarifmäßigen Lohn gearbeitet:

- | | | |
|---|---|--|
| <p>Praschnig u. Wehe, Mithhaber Spröckow. Geschäfte: Brunnenstraße, Fischerstraße und Badstraße. Vockow u. Blaurot (liefert für folgende Zigarrengeschäfte: Wertheim's sämtliche Bazar-Filialen; Anders, Langestr. 95; Müller, Mantel- und Waldemarstraße-Ecke; Caspar, Walnertheaterstraße; Schley, Landsbergerstraße 80; Blaurot, Frankfurter Allee; Reimann, Budowerstraße; Wolf, Schöneberg, Gleditschstraße. Restaureure: Schüller, Heiligegeiststraße; G. Neumann, Landsberger- und Ecke Frankfurterstraße; Schuf, Landsberger- und Palfisadenstraße-Ecke; Mertens, Waldemarstraße; Haupt,</p> | <p>Reißwälder und Heinersdorferstraße-Ecke. Dommann, Velfortstr. 5. Wag Jacob, Streiherstr. 52. A. Hauffe, Wäckerstraße 60. Kottlow, Brenzlauerstraße 1-2. Joh. Richter, Chorinerstraße 28. Schäfer, Sneyenstraße 98. G. Reipsh, Elsserstraße 8. Vernicke, Brunnenstraße 84. Orhne, Gollnowstr. 11. Kumhauer, Neue Poststr. 9. Spyermann, Linienstr. 12. Joachimthal, Chorinerstr. 6. Griert, Invalidenstr. 98. Gustav Kapfau, Inhaber vieler Zigarrenläden. Guida, Rheinbühlstr. 62. Dorenberg, Brunnenstraße 46, Stralsunder- u. Schönholzerstraße-Ecke. H. Schmeißer,</p> | <p>Schaafeestrasse, Ader- und Elsserstraße-Ecke. Schuermann, Brunnenstr. 144. Sonabend, Alexanderstraße. Seeger, Palfisadenstraße 7. Vlekou u. Cron, Palfisadenstr. 27. Wolff, Marienburgerstr. 34. Kalmus u. Co., Linienstr. 155. Saupe, Kottbuserstr. 6a. Litwiz, Gipsstr. 16. Kolbe, Griebenowstr. 12. Kowalsky, Wrangelstr. 11. Kell, Invalidenstr. 84. Vein, Kleine Alexanderstr. 7. Rose, Barnimstr. 17. Jensen, Weberstraße 25. Schermann, Brunnenstr. 64. Wolff, Schöneberg, Sedanstr. 31.</p> |
|---|---|--|

Ueber diese Geschäfte ist seitens der Unterzeichneten die Sperre verhängt!

Gastwirth, Händler, Arbeiter Berlins! Wir appelliren an Euer Solidaritätsgefühl! Helft uns zum Siege! Die Lohnkommission der Tabakarbeiter Berlins und Umgegend.

Achtung! Kaufen Sie **nur echte** Brantweine, alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak. **O. J. Engelke**, Neue Jacobstr. 26. Kleinverkauf von 10 Pf. ab. 50212*

Dost & Hilpert S., Kottbuser-Damm 10. **Fabrik für Restaurations-Artikel.** Billigste Bezugsquelle für Restaurateure. **Sitte Preiskurante zu verlangen.**

Jede Uhr repariren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 M. 50 Pf. außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Vincenes. **Carl Lux**, Uhrmacher, 35, Chaussee-Strasse 35.

Filz- und Seidenhüte billigste Quelle Berlins eigenes Fabrikat, daher billiger wie beim Zwischenhändler. **Fabrik: Schillingstr. 35, part.**

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Kervidobden bei Bestellung unsonst. **Gudel**, Vauschöffenplatz 2, Elsserstr. 12

Hüte! Hüte! Den Genossen zur Nachricht, daß ich mein Outgeschäfte nach der Admiralstraße 16 verlegt habe und werde zu folgenden Engrospreisen verkaufen: **Weiche Hüte** von 2,00 M. an **Stiefe Hüte** 2,25 **Zylinderhüte** 5,00 **Mützen u. Ströde** billigt in großer Auswahl. **Rob. Teipfelte**, Gutmacher, Admiralstr. 16.

Seine sorten z. Preise anerkannt **Mehl** von 11-18 Pf. vorzügl. per Pfund, **jowie alle Badzuthaten**, empfiehlt zum Pfingstfest 51088* **P. Herrguth**, Berlin, Müllerstr. 180. (Weddingplatz).

Milchkübel, Kannon, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen **Jordan**, Kleine Markus-Strasse Nr. 28

 Größte **Kinderwagen-Ausstellung**. Eleg. Neuheiten zu reell billigt. Preisen **Fabriklager: A. v. Langheim** Craniensstr. 65.

Mariannenstraße 35. Von allen Schuhen u. Stiefeln in der Welt, erhält man die besten für wenig Geld. Nur bei Schuhmachermeister **Adomzent**, 660b Berlin, So will man's haben, da geht man hin. **Reparatur** schnell und sauber.

Künstl. Zähne. F. Steffens, Kollenthalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Reell und billig läuft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hittchoke, gegründet 1872, Staligerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. 50158*

Achtung! Kein Laden. Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabak. Rippentabak 2 Pf. 80 Fig. 50231*

Möbel u. Polsterwaaren reelle Waare empf. **Franz Tutzauer**, Tischlermeister, 49928* Berlin SW., Pläcker-Strasse 14. Täglich, auch Sonntags vorm. von 7-9 Uhr: 40411*

Verkauf von gekochtem Rind- u. Schweinefleisch à 30-40 Pf. per Pfund. **Rückenfett** à 45 Pf. per Pfund. **Verwaltung der Kochanstalt Central-Viehhof.**

Oranienburg. **Waldhaus Sandhausen**, nahe dem Lehnitz- u. Grabowsee, fünfzehn Minuten vom Bahnhof rechts. Empfehle den Genossen mein Lokal zu Ausflügen. Dasselbe ist am Walde gelegen, mit großem schattigen Bor- und Hintergarten, gr. Pariser Tanzsaal, Konzertbühne, für Gesangsvereine vorz. geeignet. M. Saal für Gesellschaften etc. zur gefl. Benutzung. 4696L* **J. Woyde**, Gastwirth. Einziges Verkehrslokal der Genossen von Oranienburg und Umgegend.

Paster's **Gesellschafts-Säle** Neue Königstrasse 7. Säle von 100-400 Personen mit Garten für Festlichkeiten und Versammlungen. 5019L*

Mart. Berndt's Würstelinbe empfiehlt nach wie vor allen Freunden und Bekannten ihren vorzüglichen **Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch**. Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab: **st. Eisbaino**. Für gute Biere ist selbstverständlich bestens Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet **Martin Berndt**, Dranien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke.

Restaur. Spree-Schloss **Bef.: Ernst Brüning.** **Friedrichshagen, Seestr. 23.** Erstes Wasser-Lokal Friedrichshagens mit Dampfer-Kulgeestellen, großem schattigen Garten, Saal, Kegelbahn. **Patrich Bier Seidel 10 Pf., Berliner Weisse 20 Pf., Ruderboote 1 bis 3 Personen Stunde 50 Pf.** 2126L*

Sänger's Ruh **Gust. Haensel** **Beelighoj (Wannsee)** in 20 Min. vom Bahnhof Schlachtensee sowie Wannsee zu erreichen. Großer schattiger Garten, Kaffeeliche, Kegelbahn u. f. w. Vorzügl. Speisen und Getränke. 50562* Große verdeckte Hallen u. Saal für Vereine und Gesellschaften stehen zur Verfügung. Bei größeren Partien Preisermäßigung. **Carl Ulrich**, Buffetier.

Hochmoderne **Capes** verkauft 50 pCt. billiger um zu räumen, nur nachmittags von 4-7 Uhr. 1431b **Arbeitsstube** Prinzenstr. 46 S. r. l.

Arbeitsmarkt. **Redaktion.** Journalist, anfangs 30er Jahre, seit längerer Zeit lokal- und Gerichtsberichterstatler einer größeren, sog. unparteiischen Zeitung, im Feuilletonwesen hervorragend thätig, auch mit Expedition- und Annoncenwesen vertraut, sucht unter bescheidenen Ansprüchen Beschäftigung im Redaktions- oder Expeditionswesen einer sozialdemokratischen Zeitung. Grund: Konflikt mit seinem Verlage wegen politischer Tendenz. Gest. Offerten unter „Redaktion 100“ an die Exped. d. Blg. erbeten.

Farbignmacher sucht Goldbleichenfabrik Liegnitzerstr. 15. 1432b

Verfälscher finden dauernde Beschäftigung bei **Dugo Nauke u. Co.**

Kartonarbeiterinnen, geübte, verl. **Greifenhagen**, Dresdenerstr. 78. [1430b

Ich suche für meinen Sohn eine Stelle als Tischlerlehrling. **F. Thran**, Griebenstr. 101, v. 4 Tr. 1442b

Nährige Acquisiteure in Berlin u. Vororten, bei höchster Provision, (Abschluss- u. laufende) sucht gut eingeführte alte deutsche Feuer- u. Versicherung. Gest. Offerten sub 385 E. O. an **Robert Gruer u. Co., S. W. 68**, Ritterstraße 50.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 16. Mai.
Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Neues Opernhaus. Bar und Zimmermann.
Schauspielhaus. Hadasa.
Deutsches Theater. Die Stützen der Gesellschaft.
Festung-Theater. Waldmeister.
Berliner Theater. König Heinrich.
Neues Theater. Tata-Toto.
Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Hungerleider.
Schiller-Theater. Ohne Geld.
Selle-Alliance-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
National-Theater. Moderne Raubritter.
Theater Unter den Linden. Die Fledermaus.
Adolph Ernst-Theater. Das flotte Berlin.
Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Kämmer. Vorher: Zankteufelchen.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr: Ohne Geld.
 Sonntag, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 132.
 Direktion: Max Samst.
 Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Moderne Raubritter
 oder:
 Wie's gemacht wird!

Geschichten aus dem Berliner Gewerbeleben in 5 Akten (8 Bildern) nach wahren Begebenheiten für die Bühne bearbeitet von Carl Pohle.
 Regie: Fritz Schöler.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 40. Male:
Das flotte Berlin.
 Große Ausstattung - Gesangsposse in 8 Akten von Leon Treptow und Ed. Jacobson.
 Kuplets und Quodlibets von G. G. Dr. h. M. u. S. Steffen.
 2. Akt: „Alt Berlin.“
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alt-Berlin
 Täglich:
 Nachmittags 5 1/2 Uhr: Aufzug zum Ringelsteinchen.
 Drei Musikkorps.
 Gemischter Chor d. Theaters Alt-Berlin.
 Volksbelustigungen. Sektänzer.
 Zauberei u. Irrgarten. Diorama u. c.
 Eintritt: 25 Pfg.
 ohne jede weitere Nachzahlung.

Theater Alt-Berlin.
 Täglich 1 Vorstellung: abends 7 Uhr.
 Billeterverkauf in den Niederlagen von Löser & Wolf in der Zentral-Buchhandlung (Rudolf Engländer), Zentral-Hotel, wofürst auch Legbücher zu haben sind.

Kaufmann's Variété-Theater
 Königstraße, Colonnaden.
 Eröffnung d. Sommer-Saison im neuen großen Garten.
 Täglich:
 Grosse Vorstellungen.
 Von 8 Uhr an:
 Doppel-Konzerte von 2 Kapellen.
 26 Elite-Nummern,
 u. a.:
 Die Perle aller Clowns Willy Aegoston,
 Der Rattenkönig Barna.
 Um 12 Uhr vormittags:
 Grosse Matinee.

Urania.
 Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
 Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater
 abends 8 Uhr.
 Invalidenstr. 57/52, Behr. Stadtbahn.
 Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr
 abends ab. Eintritt 50 Pf.
 Wissenschaftl. Vorträge abends 8 Uhr.
 Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.
 Nur noch kurze Zeit!
 Ein afrikanischer Harem
 mit echten Bauchtänzerinnen.

Castan's Panopticum.
 165 Friedrichstrasse 165.
Das Bärenweib
 phänomenales Naturspiel aus den Felsenbergen New-Mexico's!
 Illusionen — Kasperle-Theater — Damen-Kapelle — Irrgarten.

Reichshallen Saal und Garten.
 Leipzigerstraße, am Dönhofsplatz.
 Täglich:
Norddeutsche Sänger
 Kolossaler Erfolg von
Alle fünf Barrisons
 Hochbrachtes Ensemble.
 Anfang Wochentags 8 Uhr,
 Sonntag 7 Uhr, Entree 50 Pf.
 Von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
 Abonnenten haben freien Zutritt zu den Vorstellungen.

Olympia Riesentheater
 Alexanderstr., Ecke d. Magasinstr.
 4000 Personen fassend. Die 2500 Quadratmeter große Bühne ist von jedem Platz des Theaters aus vorzüglich zu übersehen. Der „Orient“ ist das größte Schauspiel der Welt und es mußte daher in Berlin ein eigenes riesengroßes, 12000 Quadratmeter fassendes Theater erbaut werden. Preise der Sitzplätze inkl. Garderobe: Orchester-Loge Nr. 3, 10, Parquet-Loge Nr. 4, 10, Parquet Nr. 3, 10, Parquet Nr. 10, 10 Pf.
 Parterre-Sitz (Mitte) Nr. 1, 60, Parterre-Sitz (Seiten) Nr. 1, 10, Entree zum Garten-Concert inkl. Parterre-Sitzplatz, soweit der Raum es gestattet, Nr. 0, 50, Operngläser und Legbücher je 20 Pf.

Bolossy Kiralfy's Orient.
 (Eine Mission nach dem Osten.)
 Das größte Schauspiel der Welt.
 Prachtvollste Ausstattung.
 Wunderbare Original-Musik.
 Entzückende Scenerien.
 Unvergleichliches Ballet.
 Ca. 1000 mitwirkende Personen.
 Feenhafte Wasser-Schauspiele.
 Zweimal täglich Vorstellungen I von 5—7 und 9—11 Uhr Abends.
 Garten-Concert der 60 Mann starken Kapelle.
Eröffnung Mitte Mai.

Alcazar.
 Variété- u. Spezialitäten-Theater.
 Dresdenstr. 52/53 (City-Passage).
Der Stellvertreter.
 Poffe mit Gesang in 1 Akt.
Miss Galuba,
 die reizende Taubenkönigin,
 das berühmte
Sarno Duo.
 Anf. Wochent. 8 u. Entree: 10 Pf.
 Sonnt. 7 u. Entree: 20 Pf.
 R. Winkler.

Reichsgarten
 Friedenstr. 20
 (Ecke Hörsingstraße).
 Täglich:
Grosses Frei-Concert.
 Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet.
 NB. Meinen alten Kunden und Freunden zur Nachricht, daß ich mein Gartenlokal in dieser Saison wieder selbst bewirtschafte. Am 2. u. 3. Feiertag Früh-Konzert. H. Koslowski.

Apollo-Theater
 und Concert-Garten
 Friedrichstraße 218. Dir. J. Glöck.
 Das beste u. humoristischste Programm der Residenz.
 Auftreten d. hervorragendsten Künstler.
 Kaffeeöffnung 5 1/2 Uhr. Konzert 6 Uhr. Anf. d. Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Sonnabend, den 16. Mai 1896, zum ersten Male mit vollständig neuer u. glänzender Ausstattung:
Die Spree-Amazone.
 Gefangsposse in 1 Akt v. A. Sonnfeld.
 Musik von Paul Lincke.

W. Noack's Sommer-Theater.
 Brunnenstr. 16.
Eröffnung der Saison
 am 24. Mai (1. Pfingstfesttag) mit vollständig neu engagiertem Schauspiel- u. Spezialitäten-Personal.
 Empfehle meinen schönen prachtvollen Garten (bis 1000 Personen fassend) mit Konzert-, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung an Vereine, und Gewerkschaften zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten zu den kostantesten Bedingungen.

Viktoria-Brauerei
 Lützowstrasse 111/112.
 An allen 3 Pfingstfeiertagen:
Stettiner Sänger
 (Kaysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).
 Anfang 7 Uhr. — Entree 50 Pf.
 Von Pfingsten an finden die Soireen der Stettiner Sänger wieder täglich (außer Sonnabends) in der Viktoria-Brauerei statt.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.
 Schönhauser Allee 148. Dir. E. Nadolny.
 Sonntag, 17. d. M.:
Gr. Elite-Theater-Vorstellung.
 Im Saale: Tanz. Entree 30 Pf.
 Anfang 4 Uhr.
 Zur Eröffnung meines herrlich angelegten, 1500 Personen fassenden
Gartens
 lade ich alle meine Freunde und Bekannten nebst werthen Familien zum Sonntag, den 17. d. Mts., ganz ergebenst ein.
 Großer Saal zu Versammlungen, 8 Vereinszimmer und 2 Kegelsbahnen stehen zur Verfügung.
 Telefon Amt III Nr. 2440.
Julius Wernau,
 Restaurateur,
 Schwedterstrasse No. 23/24

Restaurant zum Eichbusch
 Neue Krug-Allee 4. Neue Krug-Allee 4.
 8 Minuten hinter dem Paradiesgarten.
 Großer Tanzsaal.
 Jeden Sonntag: Großer Ball.
 Zimmer für Vereine und Gesellschaften unentgeltlich.
 45708*
 Georg Schulmeisterstr.

Deutscher Bortier.
 Dessert- u. Malzkraftbier 1. Ranges.
 Branerei Wurgalter, Potsdam, gegr. 1736, besond. f. Blutarme, Brustkr., Bleichf., Wöschn., Refkon. u. d. leicht bedämmel., nahrhaft kräftigste Bier. — Ist blutbildend, besch. best. Gesichtsfarbe u. Gewichtzun. über-rasch. 14 Fl. drei 50 Fl. zehn Mk. exkl. In Geb. (1/4, 1/2, 1/3) u. Selbstb. weinl. billiger. Allein. Versandt. f. Berlin u. Provinz: Bortier-Kellerei Ringler, Berlin, Brunnenstr. 152. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet!



Arbeiter-Bildungsschule
 Sonntag, den 17. April 1896:
Vorstellung im neuen Hause der „Urania“,
 Taubenstraße 48/49:
Durch den Gotthardt.
 Eröffnung der „naturkundlichen Ausstellung“ vorm. 9 Uhr.
 Beginn der Vorstellung 10 Uhr.
 Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen, sowie an der Kontrolle zu haben. Zahlreichen Besuch erwartet.
 Der Vorstand.

Am Sonntag, den 17. Mai 1896, in Keller's Festsälen, Koppenstraße Nr. 29:
Zweite große volkstümliche Soiree,
 arrangirt von Paul Friedrichs
 unter Mitwirkung bedeutender Künstler.
 Ein Theil des Ueberschusses ist für die Textilarbeiter in Kottbus bestimmt.
 Anfang präzis 6 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Nach dem Konzert: Tanz. (Herren 50 Pf.)

Verband aller in der Metallindustrie besch. Arbeiter Berlins und Umgegend.
 Sonnabend, den 13. Juni 1896:
Grosses Sommernachts-Fest
 in den Gesamträumen der **Neuen Welt, Hasenhaide 108-114.**
Grosses Concert.
Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Großes Brillant-Land- und Wasser-Feuerwerk.
 In beiden Sälen: **Grosser Ball.**
 Anfang Nachmittag 4 Uhr.
 Alles Nähere besagt das Programm, welches beim Eintritt zur Ausgabe gelangt.
 Billets inkl. Tanz à 30 Pf. sind bei den Werkstätten-Vertrauensmännern, bei den Kassirern, in sämtlichen Zahlstellen, sowie auf dem Arbeitsnachweis, Auenstr. 89, zu haben. (278/17) Der Vorstand.

Gewerbe-Ausstellung 1896.
Spezial-Ausstellung KAIRO
 Von 7 Uhr abends ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet direkt v. Köpnicke Landstrasse u. v. Ausstellungs-Bahnhof zugänglich.
 Waffensammlung d. Chediwa. — Ausstellungen egypt. Staatsbehörden. — Salon bedeutendster Orientaler. — Hofkapelle des Chediwa in Uniform.
 Riesen-Arena: Monstreauflüge v. ca. 500 Arabern etc. um 5 u. 8 1/2 Uhr nachm.
 Entree 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. **Elitetag (Dienstag) 1 Mk.**
 Dauerkarten: à 15 M. f. Erwachsene; Kinder unter 12 Jahren 8 M.

Patzenhofer Brauerei, Berlin NO.,
 auf der Gewerbe-Ausstellung in der „Spreewaldschänke“ am Karpfenteich (in idyllischer Lage vis-à-vis von Alt-Berlin); auf der Internationalen Kunstausstellung (am Lehrter Bahnhof) im Haupt-Restaurant und Braustüb'l.

Ostbahn-Park
 Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Himschoek.
 Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.
 Volksbelustigungen jeder Art. 4 Kegelbahnen zur Verfügung.
 Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
 H. Jmbs.

Kaiser Friedrich-Bad,
 Kaiser Friedrichstrasse 51. Nähe des Bahnhofes Charlottenburg.
 Russisch-Kömissh., Dampfbäder, Lohthausen, Wannen, Massage, sowie sammtliche med. Bäder. — Damenbäder separat. (51878*)
 Annahme für sämtliche Krankenkassen. F. Sandow.

W. Magdeburg's Restaurant, Zur Bierdeckel
 Mitten im herrlichen Laubwald gelegen mit großen Spielplätzen.
 Am ersten Pfingstfeiertag: **Grosses Früh-Konzert,** wozu ergebenst einladet. (51888*) W. Magdeburg.

Treptow Restaur. „Zum Karpfenteich“.
 Täglich: Großer Saal.
 Trotz Ausstellung wird mit altem Brauche nicht gebrochen.
 Es können Alle nach wie vor bei Otto's Kaffee kochen.
 Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet. Hermann Otto.

Grünau.
Gastwirthschaft G. Tindenhayn, Friedrichstraße 2.
 Garten — Kegelbahn — Kleiner Saal mit Piano — Verkehrslokal des Arbeiter-Bildungs- und Gesangsvereins. — Speisen und Getränke in bekannter Güte. Gr. Weiss 20 Pf. 1/10 Böttow Versand 15 Pf.

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonntag, den 17. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saal von L. Keller, Koppenstraße 29:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Der Stand unserer Bewegung und das Verhalten der Ausständigen. Pflicht eines jeden arbeitenden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Lohnkommission.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 18. Mai 1896, abends 8 1/2 Uhr, bei Hirthe, Elisabethstraße 14:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht). 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches und Vereinsangelegenheiten. Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- u. Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigt. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Th. Boltz, Alte Jakobstraße 75:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Urabstimmung. 2. Mitgliedschafts-Angelegenheiten. Mitgliederbuch legitimiert. Es bittet mit Hinweis auf die wichtige Tages-Ordnung um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.

Die Mitglieder werden ersucht, heute Abend in den Badstellen zu erscheinen, um ein Flugblatt in Empfang zu nehmen, da am Montag, abends 8 Uhr, bei Wilke, Andreasstr. 26, eine

Öffentliche Versammlung

stattfindet. Tages-Ordnung: 1. Die Gleichheit des Fabrikantenthums gegenüber der der Arbeiter. Referent: Kollege Karl Kurth. 2. Wie stellen sich die Kollegen gegenüber den Absichten des Herrn Just? 3. Bericht und Abrechnung der Meiseier. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Fachverein der Stellmacher.

Versammlung

am Sonntag, den 17. d. Mts., vormittags punkt 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bahiel, Rosenthalerstraße 57.

Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen zum Anschluss an den Holzarbeiter-Verband; eventuell Neuwahl des Vorstandes. 2. Verschiedenes. Mitgliederbuch legitimiert. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ersucht um reges und pünktliches Erscheinen Der Vorstand.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlin und Umgegend.

Montag, den 18. Mai 1896, abends 8 1/2 Uhr, in

Bezirksversammlung für den Osten.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bernstein. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Die nicht organisierten Kollegen sind als Gäste willkommen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung

der Holz- und Bretterträger sowie Bretterschneider

Berlins und Umgegend.

am Sonntag, den 17. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, in Keller's Festsaal, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung: 1. Unsere Lohnbewegung. 2. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die Lohnkommission.

Verein der Maschinisten, Heizer u. Berufsgen.

Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 17. Mai, nachmittags 6 Uhr,

Dranienstr. 51:

Versammlung.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der Vorstand.

Armaturenarbeiter!

Montag, den 18. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, im großen Saale von Cohn, Deuthstraße 20:

Gr. öffentl. Versammlung

sämtlicher in Armaturen-Fabriken beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Der Stand der gegenwärtigen Lohnbewegungen der Metallarbeiter. 2. Wahl eines Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter. Otto Naether, N., Anklamerstr. 44.

Achtung, Vergolder!

Monats-Versammlung

der Filiale Berlin am 18. Mai, abends 8 Uhr, bei Berger, Annenstr. 16.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Delegierten vom Gewerkschafts-Kongress. 2. Rassenbericht vom 1. Quartal. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Stellungnahme zu einem Sommerfest. 5. Verschiedenes. NB. Die Versammlung wird pünktlich um 8 Uhr eröffnet. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Den Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt

zur Nachricht, daß die Gewinne von folgenden Loosen: Nr. 30, 71, 74, 75, 77, 103, 120, 131, 146, 180, 189, 197, 313, 343, 348, 367, 370 abgehoben sind beim Genossen Karl Mars, Rastanien-Allee 95/96. Ebenso sind dort folgende gefundene Gegenstände abgehoben: ein Sonnenschirm, ein Paar Handschuhe, ein Armband. Das Komitee.

Codes-Anzeige.

Den Mitgliedern aller in der Dnt- und Holzwaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zur Nachricht, daß der Kollege

Carl Fröhlich

gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Freireligiösen Gemeinde (Pappel-Allee) aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Am Donnerstag, den 14. Mai, verstarb infolge von Lungenentzündung mein lieber, herzenguter Mann

Carl Fröhlich.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Freireligiösen Gemeinde (Pappel-Allee) aus statt. Um stille Teilnahme bittet die trauernde Wittwe Franziska Fröhlich.

Zentral-Kranken- und Sterbeder Tischler u.

(Verwaltung Berlin S.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied

Reinhold Bürkner

am 12. Mai verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag den 17. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Jakobikirchhofes (Kollnupf) aus statt. Die Ortsverwaltung.

Codes-Anzeige.

Den Puhern Berlins und Umgegend die Trauernachricht, daß meine gute strebsame Frau in ihrem Verufe in der Koppenstraße (Keller's Lokal) am 11. Mai, abends 9 Uhr, plötzlich vom Tode ereilt wurde. Die Beerdigung findet Sonntagabend nachmittags 5 Uhr in Lichtenberg von der Leichenhalle aus statt.

Ludwig Koch, Werkzeugschmied.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die Trauernachricht, daß meine liebe Frau

Louise Groffer geb. Mäglich am 14. d. M. nach langjährigem schweren Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Wilhelmshagen aus statt. Der trauernde Gatte Ernst Groffer.

Für die vielen unendlich liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme und die überaus zahlreichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres lieben Sohnes und Bruders Wilhelm Meister sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten des Entschlafenen unseren innigsten Dank. Die tiefbetrübte Wittwe, Eltern, Schwiegereltern und Geschwister.

Herr Pommer,

welcher seinerzeit mit Pütte und Pinde zusammen gearbeitet hat, wird um Aufgabe seiner Adresse gebeten von

Z. Dammacher, Andreasstr.

Hüte

Engros-Geschäft Gabriel Grünor Weg 112 prt. Herrenhüte: neueste Reize Form 1,50; 2,40; 2,80 bis 5,00 M.; welche in allen Farben von 1,50 bis 3,50 M. Daarft, 3,00 M. Kinder- und Knabenhüte in großer Auswahl. Elegante Cylinder von 5 bis 12 Mark.

Metallarbeiter!

Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Agitationskommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zum Zwecke der Unterstüzung der Ausgesperrten vom 1. Mai Listen und Marken à 50 Pf. herausgegeben hat. Dieselben sind bei folgenden Kollegen in Empfang zu nehmen:

- Eugen Gabron, N., Kolbergerstr. 14, Eisl. 3 Tr. (kassiert Sonnabends bei Seidel, Gerichtstr. 19, abends von 8-10 Uhr.)
- Herm. Haber, W., Flotwellstr. 15 v. part. Zentralbureau, Fischerstr. 22.
- Robert Gabron, N., Kolbergerstr. 14, Og. 4 Tr.
- Herd. Stranz, N., Bankstr. 45a, Hof part.
- Karl Malow, N., Grünhaldersstr. 67, 1 Tr.
- Hug. Rohler, N., Gerichtstr. 44 (kassiert Sonnabends von 6-8 Uhr bei Klein, Chausseestr. 71).
- Friedr. Riewe, N., Puttbuscherstr. 44 v. 1 Tr.
- Wilh. Bickwedel, N., Puttbuscherstr. 7 v. 3 Tr. (kassiert Sonnabends von 8 bis 10 Uhr bei Gnadt, Puttbuscherstr. 32).
- Paul Dohow, N., Koloniestr. 113 (kassiert bei Haberland, Bellermannstr. 87, Sonnabends von 8-10 Uhr).
- Emil Springer, N., Neue Hochstr. 13 (kassiert Sonnabends von 8-10 Uhr bei Rühle, Kieferstr. 110).
- Wasmuth, N., Strelitzerstr. 44 v. 3 Tr.
- Martin Dieck, S., Gräferstr. 84, Og. 3 Tr.
- Wilh. Berger, C., Klosterstr. 27 v. 3 Tr. (kassiert Sonnabends von 8-10 Uhr bei Preuß, Neue Friedrichstr. 20).
- Gustav Richter, C., Seydelstr. 11 v. 1 Tr. (kassiert Sonnabends von 8-10 Uhr bei Taubert, Waldemarstr. 16).
- Oskar Heidenreich, C., Nikolaiskirchstr. 3, 3 Tr. (kassiert Sonnabends von 8-10 Uhr bei Berner, Bälowsstr. 59).
- Mag. Böhm, SO., Reichenbergerstr. 137 v. 1 Tr.
- Friedr. Schlegel, SW., Goltzstr. 2, 2 Tr.
- C. Beyersdorf, NW., Besselerstr. 77 v. 2 Tr.
- Karl Hagen, NW., Siedingstr. 1, Eisl. 4 Tr. (kassiert Sonnabends von 8-10 Uhr bei Döhning, Thurnstr. 72).
- Otto Böhmer, O., Andreasstr. 75 v. 4 Tr.
- H. Wiltsch, O., Koppenstr. 70, 1 Tr. (kassiert Sonnabends von 8-10 Uhr bei Moritz, Langestr. 65).
- Theodor Schulz, Rixdorf, Richardstr. 118, Hof 3 Tr.
- Emil Schwefel, Rixdorf, Thomastr. 6-7 v. 2 Tr. (kassiert Sonnabends von 8-10 Uhr bei Stummer, Berlinerstr. 55).

Kollegen! Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, zeichnet nur auf Listen, resp. entnimmt nur die von der Agitationskommission unseres Verbandes ausgegebenen Listen und Marken. Siehe heutige Bekanntmachung unter Gewerkschaftlichen.

Es ist notwendig allwöchentlich abzurechnen. Die Agitationskommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. J. A.: V. Kargas, Reinickendorferstr. 10.

Zentralverein deutscher Böttcher.

Sonntag, den 17. Mai 1896, vormittags 11 Uhr, Andreasstraße 26:

Versammlung.

Ersuche pünktlich und zahlreich zu erscheinen. D. Winter, Vorsitzender.

Achtung! Stuckateure. Achtung!

Große öffentliche Versammlung

am Sonntag, 17. Mai, vorm. 10 Uhr, bei Ebert, Kommandantenstr. 72. Tages-Ordnung: 1. Entgeltliche Beschlußfassung über den von beiden Kommissionen aufgestellten Tarif. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. [14435] Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht! Dem Lässigen steht kein Recht der Kritik zu. Mit kollegialischem Gruß Die Lohnkommission.

Hutarbeiter u. Arbeiterinnen Berl.

Sonntag, den 17. Mai, vormittags 10 Uhr, im Schweizer Garten, Am Königsthor:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit dem Fabrikanten-Verein. 2. Wie stellen wir uns zu den Beschläffen des Fabrikanten-Vereins. 98/13

Zuzug nach Berlin ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission.

Achtung! Parquethodenleger Berlins! Achtung!

Sonntag, den 17. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstraße 108:

Öffentl. Parquethodenleger-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Stand unserer Lohnbewegung. 2. Wie verhalten sich die Parquethodenleger Berlins dem Angebot der auswärtigen Firmen gegenüber? Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich. Der Vertrauensmann.

Bildhauer Rixdorf's!

Montag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, in den Victoriajälen, Hermannstraße 48-50: 28/3

Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen zu der in Berlin bestehenden Organisation der Bildhauer (Zentralverein der Bildhauer Deutschlands)? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Einberufer: O. Meyer.

Achtung! Rixdorf! Achtung!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Dienstag, den 19. Mai, abends 8 Uhr,

in den Viktoria-Jälen, Rixdorf, Hermannstraße:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und werden die Kollegen ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Ortsverwaltung.

Köpenick!

Öffentliche Versammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins

am Dienstag, den 19. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schulz, Schönauerstraße.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Komitees über die geplante Dampferpartie. 2. Sonstige Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Durch den Brand,

welcher am 9. d. M. in meinem Engros-Lager stattfand, erleidet der Geschäftsbetrieb keinerlei Unterbrechung. Mein Vorrath an Hüten ist bereits durch die allernuesten Formen reichlich ergänzt, und bitte ich meine geehrte Kundschaft — wegen des großen Andranges vor dem Feste — ihren Bedarf möglichst frühzeitig zu decken.

Alvin Sussmann, Hut-Engros, Holzmarktstrasse 38.

A. Spiro, Charlottenburg.

Berlinerstrasse 53. I. Geschäft Berlinerstrasse 53.

Spezial-Nette-Geschäft: Kleiderstoffe: Wolle, Mouselin de lain, Batist, Raffin, Barchend, Gardinen.

Woll- und Baumwollwaaren, Trikotagen, Teppiche, Läuterstoffe, weisse und bunte Wäsche.

Wilmerdorferstrasse 132. II. Geschäft Wilmerdorferstrasse 132.

Fertige Herren- u. Knaben-Garderobe. Grosse Auswahl in Arbeitersachen. Oberhemden, Kragen, Manchetten, Schlipse.

A. Spiro, Charlottenburg.



Herren-Hüte 65 Pf.
 Confirmanden u. bessere Hüte, enorm billig, verkauft das Fabrik-Komptoir 50511.*
Barnimstr. 45,
Müllerstr. 12c.
 Kastanien-Allee 101.

Bereinszimmer mehrere Tage frei. Plück, Simeonstr. 23.*

Hut-Engros-Geschäft
Alvin Sussmann, Holzmarktstrasse No. 38.
 Grösste Auswahl der Hutbranche.

Neueste steife Form „Elegant“, prima Qualität 2,40, 2,80 Mark.
 Großes Sortiment weicher und steifer „Schneidiger“ Herrenhüte von 1,75, 2,00, 2,40, 2,75 Mark. 51312*
 Konfirmanden-Hüte, weich oder steif, von 1,00 M. an, bis 2,50 M.
 Hocheleganter Cylinderhut „Chico“ 7,50 Mark.
 Sonntags von 7-10 und von 12-2 Uhr geöffnet.

Möbeltischlerei

11. Lager compl. Wohnungseinrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solider Ausführung zu den billigsten Preisen empfohlen 5012L.*
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
 Eigene Werkstatte im Hause.

Echt Stansdorfer Likör,

ausgezeichnet im Geschmack à Liter 1,20 M.
 Echten alten Nordhäuser, Bitterl. 1,10 M., 5 Liter à 0,90 M.
 Berliner Getreidekummel, Bitterl. 1,10 M., 5 Liter à 0,90 M.
 Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzügl. Preis 1,30.
 Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M.
 empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin
Eugen Neumann & Co.,
 6 a Bellealliance-Platz. 81 Neue Friedrichstrasse. 8 Oranienstr.
 29 Genthinerstr. Niederlage in Potsdam, Bäckerstr. 7.

Hackescher Markt 4 **J. Brünn** Am Stadtbahnhof
 (Ecke Neue Promenade) **Börse.**

Nach beendeter Saison gelangen nunmehr zum 5028L.*

Ausverkauf:

Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Leinenwaaren! Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen!

Waldemarstr. 44

partier rechts im Comptoir, zwischen Elisabethufer und Adalbertstrasse, ist die billigste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Filzhüte. Einzelverkauf zu Engrospreisen. Knabenhüte von 1,- M. an Herrenhüte 1,50 „ „ Cylinderhüte 4,- „ „ Haarfilzhüte 4,50 „ „ Nur moderne fehlerfreie Waare! Grösste Auswahl! Kein Laden. Auch Sonntags geöffnet.

Einzelverkauf zu Engrospreisen.

Fruchtweine

Johannisbeerwein, weiß u. roth. Stachelbeerwein, Heidelbeerwein



pro Glas
 1/10 Liter.
 Hofballe der Berliner Groß-Debitateure Berliner Gewerbe-Ausstellung
Eugen Neumann & Co.
 Elektrische Eisenbahn, Hallesche 4. (Marineschanzplatz.)

Möbel-Ausverkauf,

passendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königstrasse 88, sollen ca. 200 Wohnungs-Einrichtungen, vertheilt gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheits-Einkäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirtschaften für 90, 100, 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderständer 15 Mark. Kommoden, Küchenspend 12, Aufbaum-Kleiderständer, Vertikow 20 Mark. Aufschlupfen 25, Vertikowen mit Matrassen 15 Mark. Sophas 15, Säulenspenden, Kleiderständer, hochlegant 25, Trümmel mit Säulen und Krugallgias 20, Herrenschreibtisch, Glashagarnituren 20 Mark. Gantelsofa 75 Mark. Steppbetten, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanns transportirt, auch nach ausserhalb. 4881L.*

Sophastoff-Resse

in Kips, Damast, Cröpe, Phantastie, Gobelin und Plüsch spottbillig!

Proben franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Läuferstoffe
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstrasse 158.

M. J. Hahlo, Patentanwalt,

Berlin NW., Karlstrasse 8.
 Patentnachsuehung und Verwerthung. 50142*
 Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei.
 Erste Referenzen im In- u. Auslande.

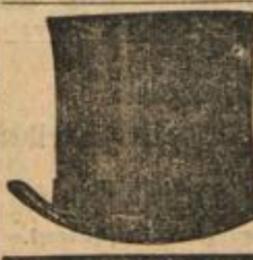


Friedrich Garth,
 Schuhmachermeister, 4681L.*
 27. Brunnenstr. 27.
Schuh- u. Stiefel-Lager.
 Mass- und Reparaturarbeiten - Werkstatt.
 Gute Waare. Mäßige Preise.
 Vorzügliche Passform. Heelle Bedienung.

Hute Parteigenossen!
 nur mit
Hute Kontrollmarke,
 Schirme, Stöcke, Kravatten.
Otto Gerholdt, Dresdenerstrasse 2.
 Ecke Skalitzerstr.

Große Berliner Schneider-Akademie

Berlin C., Rothes Schloß nur Nr. 1.
 Seit 1880 in denselben Räumen. Grösste und besuchteste Fachschule, garantiert gründlichste theoretische und besonders praktische Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäsche-Schneiderei. Neue Kurse am 1. und 15. jeden Monats. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Man beachte genau unsere Firma u. Hauseingang: nur Nr. 1. 4633L.*
 Die Direktion (früher Kuhn).



Herren-Hüte 75 Pf.
 Mustersachen. Vollständig fehlerfrei.
 Nur neueste Facons, extra prima Qualitäten, giebt zu enorm billigen Preisen ab
 Die Fabrik 50182*
 im Comptoir im Comptoir
 Grüner Weg 2, I, Reichenbergerstrasse 166,
 im Comptoir
 Chausseestrasse 50, I, an der Nordb. Brauerei.
 Geöffnet bis abends 9, auch Sonntags.

Frischen Maitrank

ausgezeichnet im Geschmack, à Flasche 50 Pf. excl. 4780L.*
 Johannisbeer-Wein, weiß und roth.
 Heidelbeer-Wein, Stachelbeer-Wein, ganz vorzügl. Dessertwein, à Fl. 75 Pf.
 Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin
Eugen Neumann & Co.
 6 a Belle-Alliance-Platz. 81 Neue Friedrichstr. 8 Oranienstr.
 29 Genthinerstr. Niederlage in Potsdam, Bäckerstr. 7.

M. Panknin,

Berlin SO.,
 Adalbertstr. 91,
 Ecke Oranienstrasse.

Putz-

und
Modewaaren.
Trauerhüte



in großer Auswahl.

Paletots und Anzüge für Herren und Knaben, Kleiderstoffe, Wäsche, Gardinen, Teppiche, Betten, Möbel, ganze Wirtschaftsinrichtungen, auf Theilzahlung mit geringen An- und Ratenzahlungen bei L. Silberstein, Rosenthalerstr. 49 I. 50112*

Der heutigen Nummer des Blattes liegt ein Prospekt der Deutschen Compagnie Weisinger u. Co., Herren-Konfektion, Oranienstrasse 40/41, für die Stadt-Abonnement bei.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert
Schuhwaaren en gros & en detail
 in eleganter und solider Ausführung.

Arbeiter Berlins!
 Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99
 und
Rosenthalerstr. 63/64
 verkauft.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.

Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75, in nur reeller Ausführung. 43211L.*

In der Bellealliance-Strasse bitte genau auf Nummer 98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**